



Geschäftsbericht 2020

1. Prolog des Regierungspräsidenten	3
2. Berichte der Staatskanzlei und der Departemente	6
1. Staatskanzlei	6
2. Volkswirtschaftsdepartement	12
3. Departement des Innern	18
4. Bildungsdepartement	24
5. Finanzdepartement	34
6. Baudepartement	40
7. Sicherheits- und Justizdepartement	46
8. Gesundheitsdepartement	52
3. Aussenbeziehungen	58
4. Regierungscontrolling	62
5. Antrag	86

Prolog des Regierungspräsidenten

Liebe Leserinnen und Leser

Die Corona-Pandemie hat im vergangenen Jahr unseren Alltag und unser Arbeitsleben dominiert. War zu Beginn der Pandemie die Kraft spürbar, wie man eine solche Krise meistern will, zeigte sich gegen Ende Jahr die Ermüdung der Bevölkerung. Viele sind inzwischen erschöpft und wünschen sich nichts mehr als das normale Leben zurück. Einige haben die schweren Auswirkungen des Virus hautnah erleben müssen, sei es wegen eines heftigen Krankheitsverlaufs oder gar wegen des Verlusts eines Familienmitglieds. Die persönlichen Schicksale haben mich getroffen.

Die Pandemie hat auch nicht gesundheitliche Nebenwirkungen entfaltet – oder zumindest die Bekämpfung der Pandemie. Die sozialen Kontakte mussten wir lange Zeit einschränken, unsere Familien und engsten Freunde zum Schutz aller nicht mehr treffen. Das hat geschmerzt. Zudem haben viele Mitmenschen ihre Stelle verloren oder durften ihrer Arbeit nicht nachgehen. Es wird wichtig sein, den Betroffenen auch nach der Krise beizustehen.

Gleichzeitig hat die Pandemie uns gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist. An dieser Stelle danke ich im Namen der Regierung des Kantons St. Gallen allen Pflegerinnen und Pflegern, Ärztinnen und Ärzten sowie den weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Institutionen, die sich aufopfernd um die Corona-Kranken gekümmert haben. Auch danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der zugewandten Stellen, die oft in sehr kurzer Zeit sehr viel geleistet haben – seien es der Aufbau und Betrieb einer Infoline, die Umsetzung von Testzentren oder die Erstellung von Härtefallprogrammen und weiteren finanziellen Unterstützungsmassnahmen.

Die Corona-Pandemie hat aber nicht allen Platz eingenommen. So bin ich glücklich darüber, dass wir im vergangenen Jahr wichtige politische Geschäfte weiterentwickeln konnten.

Zukunftsweisender Innovationsstandort

Der Innovationspark Ost überwand eine zentrale Hürde, um sich als neuer Forschungsstandort für Wirtschaft und Wissenschaft zu etablieren. Im November 2020 stellte der Stiftungsrat von Switzerland Innovation beim Bundesrat den Antrag, die Bewerbung um die Akkreditierung als Netzwerkpartner gutzuheissen. Ebenfalls im November 2020 beschloss der Kantonsrat die rechtlichen Grundlagen zur Gründung und Finanzierung des Innovationsparks. Damit sind die Weichen gestellt, um im Jahr 2021 das Unternehmen zu gründen, das den Innovationspark aufbauen wird. Die St. Galler Wirtschaft glaubt an die Idee des Innovationsparks Ost und beteiligt sich an dessen Aufbau.



Bruno Damann
Regierungspräsident

Schritt zu nachhaltiger Energiepolitik

Einen weiteren zukunftsweisenden Beschluss stellte die Verabschiedung des neuen Energiegesetzes im September 2020 durch den Kantonsrat dar. In der Novembersession 2020 genehmigte der Kantonsrat zudem das neue Energiekonzept 2021–2030 und einen Nachtragskredit. Das neue Konzept unterstützt Massnahmen, um den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen und die Energie effizienter zu nutzen. Mit diesen Massnahmenpaketen macht der Kanton St. Gallen wichtige Schritte in Richtung einer nachhaltigen Energiepolitik.

Qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung

Der Kantonsrat hiess die Erlasse der Vorlage zur Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde gut. Die Beschlüsse erlauben, die Zahl der Spitalstandorte im Kanton St. Gallen in den nächsten Jahren von neun auf fünf zu reduzieren. Damit ist das Fundament gelegt, um langfristig die medizinische Qualität und die wirtschaftliche Basis der St. Galler Spitalverbunde zu sichern.

Erhöhung der Standortattraktivität

Vertreterinnen und Vertreter der Ostschweiz und der Bodenseeanrainer unterzeichneten am 19. Februar 2020 in Bregenz die Charta zum Metropolitanraum Bodensee. Mit der Charta soll das Profil des Metropolitanraums besser wahrgenommen und seine Position gestärkt werden. Dazu gehören die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, der Ausbau der Wissens- und Bildungsinfrastruktur sowie die Erweiterung von Kultur- und Freizeitangeboten. Der Kanton St. Gallen will mit dieser Massnahme seinem Ziel näherkommen: Der Metropolitanraum Bodensee soll als sechster Schweizer Metropolitanraum anerkannt werden.

Attraktiver Bildungsstandort

Die aktuelle Pandemie hält uns vor Augen, wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem ist. Zentral ist, dem wachsenden Ärztemangel in der Region Einhalt zu gebieten. Im September 2020 startete das erste Semester des Joint Medical Master an der Universität St. Gallen. Damit schliesst der Kanton St. Gallen eine Ausbildungslücke im Bereich der Medizin.

Der Bildungsstandort St. Gallen wurde des Weiteren gestärkt, als am 1. September 2020 die Fachhochschule OST ihren Betrieb aufnahm. Die bewährten Fachhochschulen FHS St. Gallen, HSR Rapperswil und NTB Buchs schlossen sich zu einer starken Fachhochschule in der Ostschweiz zusammen. Das neue Netzwerk bietet fünf neue Studiengänge an. Zwei davon sind direkte Resultate der IT-Bildungsoffensive. Mit dieser soll das Bildungsangebot in der Region erweitert und die Abwanderung der Nachwuchskräfte verhindert werden.

Im Namen der St. Galler Regierung wünsche ich Ihnen, dass Sie gesund bleiben, dass Sie vermisste Gewohnheiten zurückerlangen und dass Sie Ihre Agenden wieder mit frohen Erwartungen füllen können.

B. Damann

Bruno Damann, Regierungspräsident



Auch für die neu konstituierte Regierung galt im Corona-Jahr: Abstand halten.

1. Staatskanzlei



Staatssekretär Benedikt van Spyk
Leiter Staatskanzlei

Wie hat die Corona-Pandemie Sie persönlich herausgefordert?

Durch die Pandemie wurden in sehr kurzer Zeit viele Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten im privaten und beruflichen Alltag umgestossen. Dieses Gefühl der Unsicherheit anzunehmen und dabei das richtige Mass an Nähe und Distanz zum Thema zu finden, ist für mich immer wieder eine Herausforderung.

Wie hat sich die Pandemie auf die Arbeit der Staatskanzlei ausgewirkt?

Ab Anfang März 2020 hat die Bewältigung der Corona-Pandemie die Staatskanzlei massgeblich geprägt. Während in der ersten Welle sämtliche Arbeiten auf Corona ausgerichtet werden konnten, mussten mit Beginn der zweiten Welle die Arbeiten zur Bewältigung der Pandemie parallel zum ordentlichen Geschäft geleistet werden. Das hat in allen Dienststellen zu einer sehr hohen Belastung geführt, die nur dank viel Flexibilität und einem hohen Mass an Arbeitseinsatz bewältigt werden konnte.

Wo konnte die Staatskanzlei abseits der Pandemie Akzente setzen?

Wir haben uns in der Staatskanzlei in diesem Jahr neu organisiert und unsere Aufgaben neu gebündelt – eine Reorganisation in einem Corona-Jahr, das war wirklich eine Parforceleistung. Dass es funktioniert hat, ist den Mitarbeitenden zu verdanken. Sie haben in einem partizipativen Prozess viele Aspekte der Reorganisation selbst erarbeitet. Dadurch sind wir näher zusammengedrückt und das Ergebnis wird auch mitgetragen.

Was hätte im Jahr 2020 besser funktionieren können?

Wir konnten aufgrund personeller Abgänge Anfang Jahr gewisse Projekte nicht wie geplant voranbringen. Das betrifft vor allem die Ausbreitung des Vorlagenmanagements sowie die Erarbeitung von übergreifenden Prozessen in Gever. Hierauf werden wir im Jahr 2021 einen besonderen Fokus legen.

Wo wollen Sie im Jahr 2021 sonst noch Akzente setzen?

Die Staatskanzlei wird auch im Jahr 2021 den Ausbau der digitalen Angebote und die Verbesserung der elektronischen Zugänglichkeit von Dienstleistungen der Staatskanzlei vorantreiben. Einen Schwerpunkt bilden Themen im Bereich der politischen Rechte wie namentlich E-Voting, E-Collecting und die Ablösung des Systems für Wahlen und Abstimmungen WABSTI. Einen zweiten Schwerpunkt bildet der schrittweise Ausbau der digitalen Bearbeitung des Postverkehrs.

Virus, Wahlen, Weiterentwicklung

Der Staatskanzlei ist es während der Corona-Pandemie gelungen, den politischen Betrieb aufrechtzuerhalten, den Wahlzyklus der Gesamterneuerungswahlen abzuschliessen sowie Regierung und Verwaltung in der Krisenbewältigung zu unterstützen. Dabei stellte die Staatskanzlei auch sicher, dass sich die Bevölkerung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser aussergewöhnlichen Situation auf digitalem Weg aktuell informieren konnten. Schliesslich hat sich die Staatskanzlei im vergangenen Jahr unter neuer Leitung eine neue Struktur gegeben.

«Wir verbinden und überzeugen» lautet das Motto der Staatskanzlei. Doch wie verbindet man in einer Zeit, in der Distanz halten als oberstes Gebot gilt? Die Corona-Pandemie beeinflusste die Arbeit der Staatskanzlei im vergangenen Jahr auf allen Ebenen: Neue Massnahmen verlangten neue Rechtsgrundlagen, die Arbeit im Homeoffice erforderte neue Infrastruktur und es mussten neue Wege gefunden werden, um innerhalb der kantonalen Verwaltung und auch mit der Bevölkerung in Verbindung zu bleiben. Bei all diesen Aspekten konnte die Staatskanzlei zur Lösung beitragen.

Die Regierung intensivierte ihre Zusammenarbeit in der Krise und traf sich zu 40 ordentlichen und 22 ausserordentlichen, kurzfristig einberufenen Sitzungen. Dabei entstanden 960 Regierungsbeschlüsse, das sind 73 mehr als im Vorjahr. In Sachen Rechtsetzung wurde die Regierung eng von der Dienststelle Recht und Legistik begleitet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden durch das unglaublich hohe Tempo und den grossen Umfang gefordert. Über 40 kantonale Erlasse ergingen im Berichtsjahr allein im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie – zum Teil mit wenigen Tagen oder gar Stunden Vorlauf. So wollte der



Die Regierung traf sich im letzten Jahr zu 40 ordentlichen und 22 ausserordentlichen Sitzungen.



Die Medienorientierungen der Regierung im Pfalz Keller wurden erstmals simultan in Gebärdensprache übersetzt.



In der Olma-Halle konnten die Mitglieder des Kantonsrates die Corona-Distanzregeln einhalten.

Kanton beispielsweise die Unternehmen im Frühling 2020 möglichst rasch mit Solidarbürgschaften unterstützen. Gleichzeitig musste der Kanton aber sicherstellen, dass die rechtlichen Grundlagen dafür vorhanden waren. Hinzu kam die Koordination zahlreicher Vernehmlassungsantworten zu Massnahmen des Bundes.

Dank der Arbeit des Sekretariats beziehungsweise der neuen Abteilung Administration konnte die Regierung darauf zählen, dass die Tagesordnungen festgelegt und die Sitzungsunterlagen rechtzeitig und komplett elektronisch aufgeschaltet waren. Die Dienststelle Informatik und Infrastruktur wiederum rüstete die Sitzungszimmer mit Videokonferenz-Systemen aus, damit sowohl die Regierung als auch andere Gremien mit digital zugeschalteten Mitgliedern tagen konnten.

«Das Tempo und der Umfang in der Rechtsetzung waren beispiellos.»

Digital Nähe schaffen

Fast schon zu einem festen Kalendereintrag wurden die Medienorientierungen der Regierung aus dem Pfalz Keller. Im Jahr 2020 informierte sie 19-mal über die neuen Beschlüsse und die aktuelle Lage. Unterstützt wurde die Regierung dabei von der Dienststelle Kommunikation. Sie streamte die Medienorientierungen live ins Internet und auf Facebook, damit sich die Bevölkerung in der Krise aus erster Hand informieren konnte. So konnten nicht nur Medienschaffende, sondern auch Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen direkt an die Mitglieder der Regierung richten.

Die Möglichkeit zum direkten Kontakt über Social Media stiess auf sehr grosses Interesse. Die Nutzerzahlen auf Facebook haben sich von März 2020 bis zum Ende des Jahres fast verdoppelt. Dank simultaner Übersetzung in Gebärdensprache war es erstmals auch Hörbehinderten möglich, die Medienorientierungen mitzuverfolgen.

«Die Bürgerinnen und Bürger konnten über Social Media ihre Fragen direkt an die Mitglieder der Regierung stellen. Das stiess auf sehr grosses Interesse.»

Das wichtigste Informationsinstrument in der Krise stellte hingegen die Webseite www.sg.ch/coronavirus dar. Diese diente allen Departementen zur Informationsvermittlung und wurde von der Dienststelle Kommunikation erstellt. Täglich besuchten rund 10 000 Personen die «Corona-Webseite» des Kantons. Zum Vergleich: An einem normalen Tag verzeichnet die Hauptseite www.sg.ch gerade einmal halb so viele Besucherinnen und Besucher. An Tagen, an denen der Kanton Massnahmen zu verkünden hatte, informierten sich sogar bis zu 50 000 Personen über die Kantonsseite. Viele Departemente nutzten die Gelegenheit, ihre Anspruchsgruppen über die Homepage mit aktuellen Informationen rund um die Pandemie zu versorgen. Auf einer eigens erstellten Webseite für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wiederum konnten sie sich zu Fragen als Arbeitnehmende in dieser Ausnahmesituation informieren.

Mit diesen digitalen und barrierefreien Angeboten konnte die Staatskanzlei zur Erreichung der Schwerpunkte «Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung» und «Gesellschaftliche Vielfalt und Integration» beitragen.

Debatten statt Bratwürste auf dem Olma-Gelände

Nicht nur die Exekutive war in der Krise gefordert, auch die Arbeit der Legislative war gefragt. Sie musste allerdings in ungewohntem Rahmen tagen, denn der Kantonsratssaal erwies sich als zu klein, als dass die 120 Ratsmitglieder die gebotenen Distanzregeln hätten einhalten können. Die Sessionen wurden auf das Olma-Gelände verlegt, wo wegen der Corona-Pandemie die Olma selbst nicht stattfinden konnte. Die Verlegung von vier Sessionen stellte für die Parlamentsdienste und die Staatskanzlei eine enorme organisatorische und logistische Herausforderung dar. Besuchergruppen waren aus gesundheitlichen Überlegungen nicht gestattet, weshalb die Live-Übertragung der Sessionen ins Internet umso relevanter war. Allein das technische Material für die Live-Übertragung füllte einen ganzen Lieferwagen, für jede Session mussten mehr als anderthalb Kilometer Kabel verlegt werden.

Hinzu kamen zahlreiche rechtliche Fragen, die angesichts der aussergewöhnlichen Umstände geklärt werden mussten. War es zum Beispiel vertretbar, eine Session durchzuführen, falls Ratsmitglieder nicht teilnehmen könnten, weil sie einer Corona-Risikogruppe angehörten? Das Präsidium und damit auch die Parlamentsdienste waren durch diese und ähnliche Fragen intensiv gefordert. Ein weiteres Novum im letzten Jahr war, dass ab Mai 2020 die Sessionen papierlos durchgeführt wurden. Neue Vorstösse und Anträge hat die Staatskanzlei (von einigen Ausnahmen bei komplexen Geschäften abgesehen) nicht mehr kopiert und im Saal verteilt, sondern elektronisch aufgeschaltet und zugänglich gemacht. Dies bedeutete für viele eine Umstellung, funktionierte technisch aber einwandfrei und war für die Bearbeitung im Hintergrund eine enorme Erleichterung. Die Sessionen extra muros konnten schliesslich in hoher Qualität und zur Zufriedenheit von Kantonsrat und Regierung durchgeführt werden.

Erneuerungswahlen in Corona-Zeiten

Mitten im Krisenjahr wurden zudem die Mitglieder der Regierung und des Kantonsrates neu gewählt. Die Gesamt-erneuerungswahlen – auch die Kreisgerichte und die Gemeindebehörden wurden im Berichtsjahr neu bestellt – forderten in erster Linie die Dienststelle Recht und Legistik mit ihrem Dienst für politische Rechte. Für die 120 Sitze im Kantonsrat hatten sich über 1000 Kandidierende auf insgesamt 78 Listen beworben – so viele wie noch nie. Das Coronavirus machte beim zweiten Wahlgang der Regierungswahlen die bislang einmalige Einschränkung notwendig, auf die Stimmabgabe an der Urne zu verzichten. Auch

konnte an diesem Tag das sonst so beliebte Wahlzentrum im Pfalz Keller nur für die Medienschaffenden, nicht aber für die Bevölkerung geöffnet werden. Trotz dieser Anpassungen konnte die Staatskanzlei alle Erneuerungswahlen letztlich ohne nennenswerte Probleme ordnungsgemäss durchführen.

Mit neuer Leitung und Struktur in die Zukunft

Nicht nur in der Regierung und im Kantonsrat gab es personelle Veränderungen, sondern auch in der Staatskanzlei: Staatssekretär Canisius Braun trat nach zwölf Jahren zurück und übergab die Führung an seinen bisherigen Stellvertreter Benedikt van Spyk. Der vormalige Vizestaatssekretär und Leiter der Dienststelle Recht und Legistik wurde in der Februarsession vom Kantonsrat ins Amt gewählt.



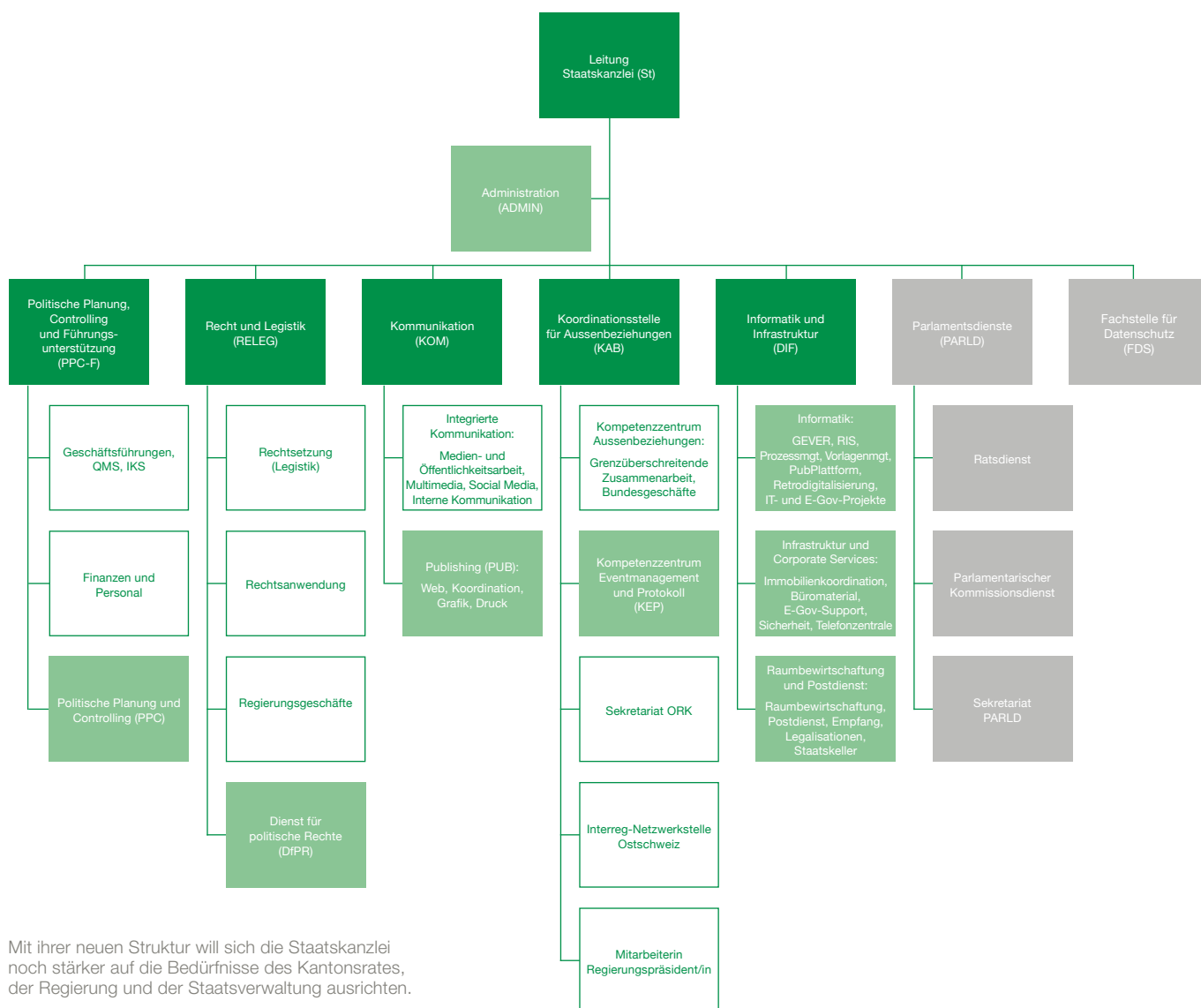
Benedikt van Spyk ist neuer Staatssekretär

In der Februarsession wählte der Kantonsrat Dr. Benedikt van Spyk mit 107 von 118 abgegebenen Stimmen zum neuen Staatssekretär. Er folgt auf Canisius Braun, der nach zwölf Jahren zurückgetreten war.



Jan Scheffler ist neuer Vizestaatssekretär

Die Regierung wählte Dr. Jan Scheffler zum neuen Leiter Recht und Legistik und – im Einvernehmen mit dem Präsidium des Kantonsrates – zum Vizestaatssekretär. Er übernimmt in diesen Funktionen die Nachfolge des neuen Staatssekretärs.



Nach seinem Amtsantritt im Juni 2020 hat Benedikt van Spyk die bereits gemeinsam mit seinem Vorgänger angestossene Reorganisation der Staatskanzlei weiter vorangetrieben. Mit einer neuen, gestrafften Struktur will sich die Staatskanzlei noch stärker auf die Bedürfnisse des Kantonsrates, der Regierung und der Staatsverwaltung ausrichten. Zudem war das Ziel, den XX. Nachtrag zum Geschäftsreglement des Kantonsrates umzusetzen und damit die Aufgaben des Staatssekretärs und des Leiters Parlamentsdienste zu entflechten. So wurde der Leiter der Parlamentsdienste zum Geschäftsführer des Parlamentes mit umfassender Verantwortung für alle Aufgaben, die den Geschäftsverkehr des Kantonsrates und seiner Organe betreffen.

Die neu strukturierte Staatskanzlei besteht nur noch aus fünf Dienststellen. Die Zentralen Dienste und die Material-

zentrale wurden in andere Dienststellen überführt und neu aufgestellt. Der Dienststelle Politische Planung, Controlling und Führungsunterstützung wurden neu die Bereiche Personal und Finanzen zugeordnet. Bei ihr ist damit die Führungsunterstützung innerhalb der Staatskanzlei gebündelt. Die Dienststelle Recht und Legistik wurde personell neu aufgestellt und ihr Aufgabenportfolio geschärft. Innerhalb der Dienststelle Kommunikation wurde die Abteilung Publishing gegründet, ein Kompetenzzentrum für Druck, Grafik und digitales Publishing für die kantonale Verwaltung. Damit will die Staatskanzlei Synergien beim Druck nutzen und Kosten sparen.

Neu gibt es in der Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen ein zentrales Eventmanagement. Dieses kann in Zukunft aus einer Hand Anlässe professionell planen und durchführen. Die Dienststelle Informatik und Infrastruktur legte

ihren Fokus auf die Digitalisierung und die Effizienzsteigerung. Mit der Auslagerung des Verkaufs von Büromaterial an einen externen Anbieter kann die Staatskanzlei auf die Lagerhaltung verzichten. Die neue Abteilung Administration entstand aus einem Teil des früheren Sekretariates. Sie kümmert sich um alle organisatorischen Fragen rund um die Regierung und deren Sitzungen, ist Ansprechpartnerin für die Verwaltung und übernimmt zusätzliche Unterstützungsaufgaben innerhalb der Staatskanzlei. Zudem sind der Staatskanzlei die Parlamentsdienste und die Fachstelle für Datenschutz administrativ zugeordnet.

«Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben viele Aspekte der Reorganisation in einem partizipativen Prozess selbst erarbeitet.»

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben viele Aspekte der Reorganisation in einem partizipativen Prozess selbst erarbeitet. Die neue Organisationsstruktur wird daher intern breit mitgetragen und stellt eine gute Grundlage für eine wirksame und wirtschaftliche Leistungserfüllung durch die Staatskanzlei dar. Sie ermöglicht es zudem, die Leistungen der Staatskanzlei in den nächsten Jahren gezielt weiter zu optimieren und durch digitale Services zusätzlich zu unterstützen.

Was die Staatskanzlei neben Corona beschäftigte

Das Projekt «Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde» ist mit komplexen politischen und organisatorischen Weichenstellungen und anspruchsvollen rechtlichen Fragen verbunden. Die Dienststelle Recht und Legistik hat den Lenkungsausschuss und die Regierung in dieser Hinsicht beraten und stand bei Bedarf auch dem Kantonsrat beziehungsweise seinen Mitgliedern zur Verfügung. Sie klärte 2020 unter anderem, welche Verfahren zur Anwendung kommen und welche rechtlichen Vorgaben für die Beteiligung der Stimmberechtigten bestehen.

Bis Ende Mai 2021 wird die Regierung die Schwerpunktplanung für die Jahre 2021 bis 2031 verabschieden. Die Dienststelle Politische Planung, Controlling und Führungsunterstützung erarbeitete 2020 im engen Austausch mit der interdepartementalen Arbeitsgruppe Planungs- und Steuerungsinstrumente einen Grundlagenbericht. Dieser dient der Regierung als Basis für die Überarbeitung der Schwerpunktplanung. Eine auf den Kanton St. Gallen fokussierte Analyse der Stärken und Schwächen sowie der Chancen und Gefahren (SWOT-Analyse) half dabei, die für den Kanton relevanten strategischen Handlungsfelder

zu identifizieren, aus denen sich die strategischen Ziele sowie die Strategien für die nächsten Jahre ableiten.

Erstmals koordinierte die Dienststelle Politische Planung, Controlling und Führungsunterstützung zudem die Erarbeitung des Berichts über die geltenden und geplanten zwischenstaatlichen Vereinbarungen, die der Kanton mit dem Ausland, anderen Kantonen und dem Bund abgeschlossen hat. Der Bericht wird jährlich aktualisiert und dem Kantonsrat unterbreitet. Gemäss Auftrag der Staatswirtschaftlichen Kommission wird der Bericht künftig um zusätzliche Angaben ergänzt.

Die Dienststelle Informatik und Infrastruktur führte in der Staatskanzlei und in vorerst fünf Pilotdienststellen des Kantons die digitale Postbearbeitung ein. Dabei scannt der Postdienst die eingehende Post und stellt sie den Mitarbeitenden elektronisch zur Verfügung. Dieser digitale Zugang erleichterte insbesondere auch die Arbeit im Homeoffice.

Die Personalzeitschrift «Pfalzbrief» erhielt im vergangenen Jahr ein neues Gewand. Die grafische Gestaltung ist nun moderner und lebendiger. Neu können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den «Pfalzbrief» auch online auf einer eigenen Plattform lesen.

Ausblick 2021

Das Jahr 2021 wird noch im Zeichen des Coronavirus stehen. Deshalb werden die Dienstleistungen der Staatskanzlei (Rechtsetzung, Kommunikation, Administration, Infrastruktur usw.) weiterhin rege nachgefragt sein, was zu einer hohen Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen wird. Denn gleichzeitig stehen grosse Geschäfte an: So wird beispielsweise die neue Schwerpunktplanung verabschiedet und kommuniziert, eine neue Marke für den Kanton etabliert, das Gesetz über Referendum und Initiative revidiert und der Kanton wird den Vorsitz der Internationalen Bodenseekonferenz übernehmen.

Die Staatskanzlei in Zahlen

	2020
Anzahl begleitete vorberatende Kommissionen	23
Anzahl eingereichte Vorstösse	227
Anzahl Beglaubigungen	6708
Anzahl Anlässe in den Räumlichkeiten des Regierungsgebäudes	109
Anzahl begleitete Regierungssitzungen	62
Anzahl Medienmitteilungen	326

2. Volkswirtschaftsdepartement



Regierungsrat Beat Tinner
Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement

Wie hat die Corona-Pandemie Sie persönlich herausgefordert?

Das Volkswirtschaftsdepartement ist aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen stark von der Pandemie betroffen. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit ist seit März 2020 intensiv mit Kurzarbeitsgesuchen konfrontiert und kontrolliert die Einhaltung der Schutzkonzepte in den öffentlich zugänglichen Betrieben. Zudem stellen sich vermehrt Fragen der finanziellen Unterstützung von betroffenen Unternehmen. Als Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes bin ich entsprechend stark herausgefordert.

Wie hat sich die Pandemie auf die Arbeit Ihres Departementes ausgewirkt?

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit war mit der Kurzarbeit, der Kontrolle der Schutzkonzepte, aber auch mit der steigenden Zahl der Arbeitssuchenden stark betroffen. Mit der Ausweitung von Homeoffice konnten wichtige Erfahrungen gesammelt werden. Diese geben eine wertvolle Grundlage für die zukünftige Gestaltung der Arbeitswelt – nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Wirtschaft.

Wo konnte Ihr Departement abseits der Pandemie Akzente setzen?

Wir haben mit dem Bericht zu den Perspektiven der Landwirtschaft oder mit dem Start der Erhebung der Biodiversitätskartierung Schwerpunkte gesetzt. Die erfolgreiche Bewerbung um einen Innovationspark Ost nicht zu vergessen. Auch der Gegenvorschlag zur Initiative gegen das Tierleid ist ein wichtiger Meilenstein im Jahr 2020.

Was hätte im Jahr 2020 besser funktionieren können?

Die Digitalisierung ist bei der Aufgabenerfüllung noch nicht so weit fortgeschritten, wie ich mir das wünschen würde. Dass etwa die Kurzarbeitsgesuche anfangs noch in Papierform beim Amt eingereicht werden mussten und erst dort digitalisiert wurden, hat mich sehr erstaunt. Hier sind wir allerdings von einer Bundeslösung abhängig und können nicht eigenständig handeln. Ich befürworte die fortschreitende Digitalisierung, sofern sie zu schlankeren Abläufen und damit auch zu einer schlankeren Verwaltung führt.

Wo wollen Sie im Jahr 2021 Akzente setzen?

Einen ersten Akzent setzen wir Anfang Jahr mit der Umsetzung der kantonalen Härtefallverordnung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Im Jahr 2021 soll sodann das Unternehmen für den Aufbau des Innovationsparks Ost gegründet werden. Weiter wird uns die Umsetzung der kantonalen Biodiversitätsstrategie beschäftigen, in der wir uns insbesondere auf die erneuerte kantonale Schutzwaldstrategie fokussieren. Einen Schritt weiter wollen wir auch mit dem grenzüberschreitenden Personenverkehr kommen und dabei speziell die Fragen der Tarifierung angehen.

Eine verlässliche und fortschrittliche Wirtschaftspolitik

Die St. Galler Wirtschaft stand 2020 wegen der Corona-Pandemie vor grundlegenden Herausforderungen. Dem Volkswirtschaftsdepartement ist es gelungen, das Massnahmenpaket im Rahmen der Corona-Krise unbürokratisch umzusetzen sowie die Gesuche für Kurzarbeitsentschädigungen schnell abzuwickeln. Daneben setzte das Departement mit dem Bericht «Perspektiven der Landwirtschaft» ein Zeichen für eine starke und wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Des Weiteren hat der Innovationspark Ost eine entscheidende Hürde auf dem Weg zur Aufnahme ins nationale Netzwerk genommen.

Mit der Neukonstituierung der Regierung übernahm Regierungsrat Beat Tinner das Volkswirtschaftsdepartement von Regierungsrat Bruno Damann. Dieser wechselte mit dem bisherigen Generalsekretär, den beiden Assistentinnen sowie dem Leiter Rechtsdienst vom Volkswirtschaftsdepar-

tement ins Gesundheitsdepartement. Das Generalsekretariat des Volkswirtschaftsdepartementes hat dadurch ein neues Gesicht erhalten. Seit Anfang Januar 2021 sind wieder alle Stellen besetzt.

Wirtschaft und Arbeit im Zeichen des Virus

Die Corona-Pandemie prägte das Geschäftsjahr 2020 und die Arbeitsabläufe im Amt für Wirtschaft und Arbeit massiv. Die Ausrichtung von Kurzarbeitsentschädigungen an Betriebe trug dazu bei, Entlassungen zu vermeiden. Im Jahr 2020 wurden im Kanton St. Gallen gemäss provisorischen Berechnungen rund 15,5 Millionen ausgefallene Arbeitsstunden entschädigt. Dafür wendete die Arbeitslosenversicherung gegen 420 Millionen Franken auf. Der zusätzliche Personalbedarf für die Bearbeitung der Voranmeldungen sowie die Auszahlung wurde temporär durch amtsinterne Aufgabenzuweisungen und die befristete Anstellung von 26 neuen Mitarbeitenden gedeckt. Auch die Kontrolle der betrieblichen Schutzkonzepte und die Umsetzung der Einreisebeschränkungen des Bundes gehörten neu zum Pflichtenheft des Amtes.



Beat Tinner und Bruno Damann
bei der Amtsübergabe.



Thomas Unseld neuer Generalsekretär

Thomas Unseld ist seit 1. August 2020 Generalsekretär des Volkswirtschaftsdepartementes. Zuvor war er seit November 1998 Generalsekretär-Stellvertreter im Volkswirtschaftsdepartement. Von 2006 bis 2010 war Thomas Unseld zudem Sekretär der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren VDK.



Adrienne Fehr neue Generalsekretär-Stellvertreterin

Seit Anfang 2021 ist Adrienne Fehr Generalsekretär-Stellvertreterin im Volkswirtschaftsdepartement. Zuvor war sie beim Bund in der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit und darauffolgend im Bundesamt für Gesundheit tätig.

Die Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie führten zu einem raschen Anstieg an Stellensuchenden. Zu Beginn des Jahres 2020 lag der Wert bei gut 10 000 Personen. Am Ende des Jahres waren knapp 14 000 Stellensuchende bei den RAV gemeldet. Das entspricht einem Anstieg innert Jahresfrist um 40 Prozent.

Regierung berät Massnahmen zur Medienförderung

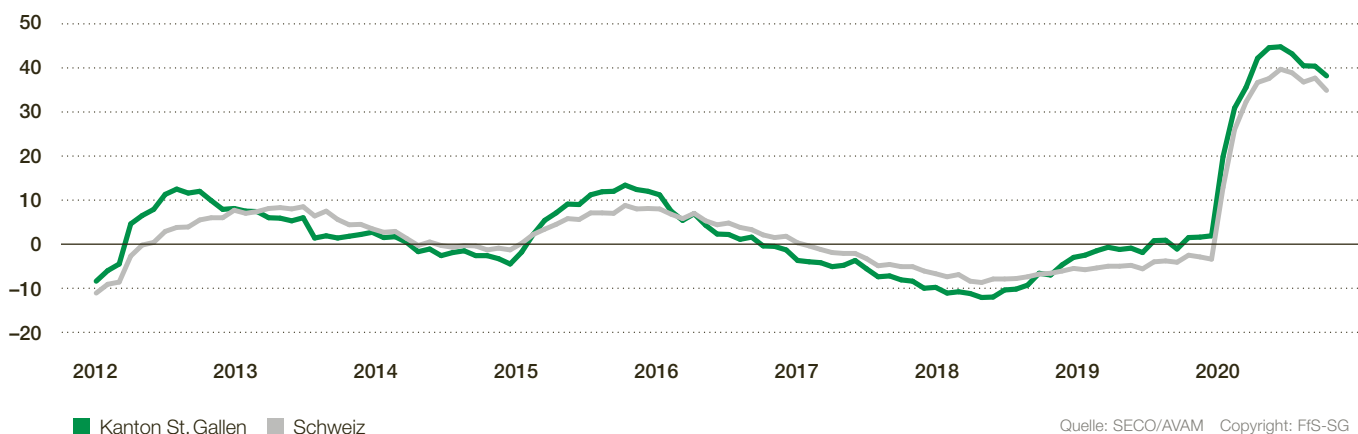
Im Dezember 2019 setzte sich die Regierung anlässlich einer Klausur vertieft mit einer möglichen kantonalen Förderung der lokalen Medien auseinander. Im Raum stand insbesondere ein sogenanntes Media-Lab, das für die lokalen und regionalen Medien Leistungen zu deren Gunsten erbringen würde. Die Regierung bezeichnete den Vorschlag im Rahmen der Beantwortung der Motion 42.19.32 «Demokratie braucht Medienvielfalt» gegenüber dem Kantonsrat als möglicherweise zielführend. Nach eingehender Prüfung verzichtet die Regierung jedoch auf ein Media-Lab, weil damit die angestrebte Wirkung auf der kantonalen Ebene nicht zu erreichen ist. Der Bundesrat hat im Frühjahr 2020 ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien geschnürt. In diesem Zusammenhang wird die Regierung gegebenenfalls ergänzende kantonale Massnahmen für St. Galler Medien prüfen. Zudem will sie die Bemühungen der «ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit» mit Beiträgen mittragen.

Diskussion um neue Rahmenbedingungen für den Flugplatz Altenrhein

Regierungsrat Bruno Damann hatte im November 2019 zusammen mit dem Vorarlberger Landesrat Marco Tittler die gemeinsam erarbeiteten Eckwerte für die zukünftigen Rahmenbedingungen des Flugplatzes Altenrhein den betroffenen Gemeinden und der Öffentlichkeit präsentiert. Die Gemeinden konnten dazu schriftlich Stellung nehmen. Zudem fanden Gespräche mit verschiedenen Interessengruppen statt. Ende Februar 2020 wurden die Ergebnisse

Prozentuale Veränderung der Anzahl Stellensuchender gegenüber Vorjahresmonat

Die Zahl der Stellensuchenden nahm 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozent zu.





Innovationspark Ost:
Die St. Galler Bewerbung für einen Standort
im nationalen Innovationspark hat 2020 die
entscheidende Hürde genommen.

dieser Anhörungen erneut auf Stufe der Regierungsvertreter diskutiert. Bis auf wenige Detailanpassungen bestand Einigkeit. Ein Treffen mit den Vorarlberger Gemeinden konnte wegen der Corona-Pandemie erst im November 2020 stattfinden. Die gemeinsame Arbeitsgruppe hat den Auftrag, die noch offenen Fragen zu klären. So sollen im Jahr 2021 die Eckwerte definitiv beschlossen und die Anpassung der zwischenstaatlichen Regelungen angegangen werden können.

Zahl der Meldeverfahren auf Vorjahresniveau

Die Personenfreizügigkeit mit der EU/EFTA wurde Mitte März 2020 wegen der Corona-Pandemie kurzfristig ausser Kraft gesetzt. Damit brachen auch die «Meldungen für die Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen bis 90 Tage» ein. Dieser Trend hielt bis zum dritten Quartal 2020 an, danach stiegen die Zahlen sogar über Vorjahresniveau. Das kann als Indikator für den Nachholbedarf der St. Galler Wirtschaft gewertet werden. Für das ganze Jahr 2020 bewegten sich die Meldezahlen auf dem Niveau des Vorjahres.

Innovationspark Ost nimmt entscheidende Hürde

An den Standorten St. Gallen Lerchenfeld und Buchs SG soll der Innovationspark Ost entstehen. Der Stiftungsrat von Switzerland Innovation hat im November 2020

entschieden, beim Bundesrat die Aufnahme des Innovationsparks Ost ins nationale Netzwerk zu beantragen. Mit dem formalen Beschluss des Bundesrates im Jahr 2021 wird für die Region, deren Unternehmen und Bildungsstätten ein neues Kapitel in Sachen Forschung und Innovation beginnen.

Zielkonzept 2035 wird weiterentwickelt

Das Bundesamt für Verkehr und die SBB haben 2020 begonnen, die Umsetzung des Ausbaus 2035 zu planen. Wichtige Projekte für den Kanton St. Gallen sind der Brüttenertunnel, das vierte Gleis in Zürich Stadelhofen, der Ausbau des Ostkopfs im Bahnhof St. Gallen und die Doppelspur Rorschach–Rorschach Stadt. Mit diesen Projekten wird dem Schwerpunktziel «Zukunftsfähige Infrastruktur» Rechnung getragen. Grosse Herausforderungen sind der dichte Betrieb auf dem Schienennetz, die vielen Bauarbeiten der vorherigen Ausbauschritte sowie der Substanzerhalt. Im Rahmen des Änderungsmanagements fordert der Kanton St. Gallen beim BAV, dass die Direktverbindungen St. Gallen–Bern bestehen bleiben und die Umsteigezeiten in Sargans etwas verlängert werden.

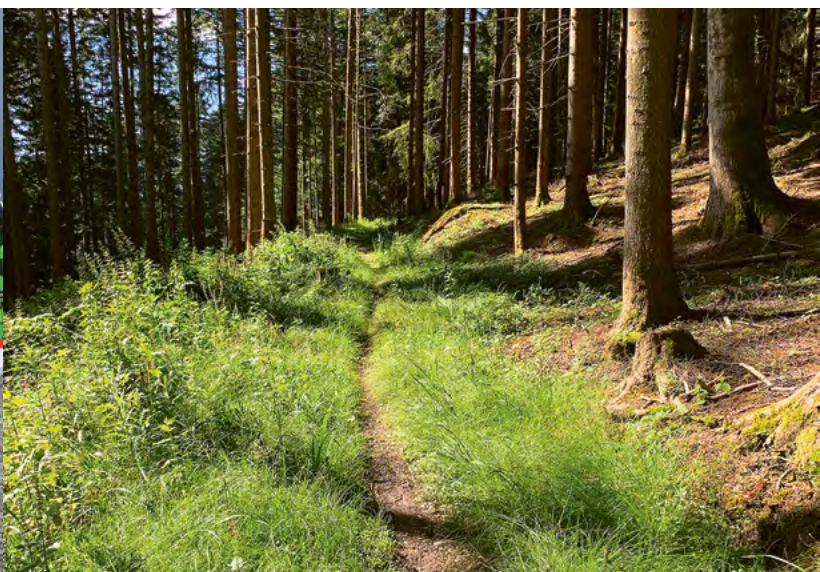
Mit dem Bahnausbauschritt 2035 wird das Schienennetz weiter ausgebaut. Dies bringt für den Kanton St. Gallen



Neuer Eurocity Zürich–München.
(Bild: SBB CFF FFS)



E-Bus VBSG.
(Bild: VBSG)



Eichberg: Biketrail im Wald.
(Bild: Kantonsforstamt)

viele Vorteile. Weniger erfreulich ist der lange Realisierungszeitraum von fast 15 Jahren. Daher hat der Kanton St. Gallen dem Bund Ende 2020 ein Migrationskonzept für einen Zwischenhorizont zur Prüfung eingereicht. Dank diesem könnten einzelne Angebotsverbesserungen deutlich früher eingeführt werden.

Doppelspurausbau Uznach–Schmerikon kann starten

Das Bundesgericht hat die Beschwerde gegen die Plan- genehmigung des Doppelspurausbau Uznach–Schmerikon im Herbst 2020 abgewiesen. Damit können die Bauarbeiten im Jahr 2021 starten. Dank der Infrastrukturausbauten werden künftig stündlich zwei direkte Züge zwischen St. Gallen und Rapperswil verkehren. Ziegelbrücke und Rapperswil werden mit halbstündlich verkehrenden S-Bahnen verbunden. Der Bahnhof Uznach wird ausgebaut und als regionaler Umsteigeknoten gestärkt.

«Künftig werden zwischen St. Gallen und Rapperswil zwei direkte Züge pro Stunde verkehren.»

Der Kanton St. Gallen strebt zudem an, die Busflotten langfristig ausschliesslich elektrisch oder mit alternativen, umweltschonenden Antrieben zu betreiben. Die dafür erarbeitete E-Bus-Strategie hat der Kantonsrat in der Novembersession zur Kenntnis genommen.

Das Stimmvolk des Fürstentums Liechtenstein hat das Projekt S-Bahn Liechtenstein im August 2020 abgelehnt. Das grenzüberschreitende Agglomerationsprogramm Werdenberg-Liechtenstein verliert damit sein Hauptanliegen und wird vorerst gestoppt. Das Liechtensteiner Verdikt könnte für die Nordschleife Buchs und die Eisenbahnum- fahrung Schaan eine Chance darstellen.

Mountainbiken im Lebensraum Wald

Der Veloverkehr hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Insbesondere das Mountainbiken erfreut sich grosser Beliebtheit. Allerdings fehlt dafür ein Wegnetz, wie es für Wanderinnen und Wanderer eines gibt. Im Wald und damit im Lebensraum wild lebender Tiere führt dies zu verschiedenen Interessenkonflikten. Bei der Ausgestaltung des eidgenössischen Veloweggesetzes ist aufzuzeigen, wie die Nutzungen mit dem Lebensraum in Einklang gebracht werden können. Die Motion 42.20.17 «St. Gallen braucht eine Mountainbike-Strategie» zielt in die gleiche Richtung. Sie wurde im Februar 2021 vom Kantonsrat gutgeheissen.

Schutzwaldstrategie St. Gallen 2020

Die Regierung will das Engagement des Kantons für die Schutzwaldpflege ausbauen. Das hat sie im Postulatsbericht 40.18.06 «Perspektiven der Waldwirtschaft im Kanton St. Gallen» und in der Antwort auf die Motion 42.18.24 «Massnahmen zur zielgerichteten und nachhaltigen Entwicklung des St. Galler Waldes» ausgeführt. Das Kantonsforstamt hat seine Schutzwaldstrategie im Jahr 2020 aktualisiert. Jährlich sollen 1040 Hektaren Schutzwald gepflegt werden. Dies sind 164 Hektaren oder rund 20 Prozent mehr als im Durchschnitt der letzten Jahre. Damit wird



Stacheldraht soll bald verboten werden.



Flachmoor im Toggenburg.

dem strategischen Ziel «Widerstandsfähige Ökosysteme» der Schwerpunktplanung Rechnung getragen.

Gegenvorschlag zur Gesetzesinitiative «Stopp dem Tierleid»

Die Landschaft im Kanton St. Gallen ist geprägt durch saftig grüne Weiden mit grasenden Kühen. Doch in den Weidezäunen verfangen sich immer wieder auch Wildtiere. Die Gesetzesinitiative «Stopp dem Tierleid – gegen Zäune als Todesfallen für Wildtiere» will daher die Rechtsgrundlage im kantonalen Jagdgesetz schärfen. Damit soll die Anzahl der Wildtiere, die sich in den Zäunen verfangen, reduziert werden. Der Kantonsrat lehnte die Initiative im Juni 2020 ab und beauftragte die Regierung, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Dieser beinhaltet unter anderem ein Verbot von Stacheldrahtzäunen. Im Februar 2021 wurde der Gegenvorschlag in erster Lesung im Kantonsrat beraten.

Umsetzung der kantonalen Biodiversitätsstrategie auf Kurs

Im Dezember 2017 erliess der St. Galler Regierungsrat die «Biodiversitätsstrategie St. Gallen 2018–2025». Diese soll zur Erhaltung und Stärkung der vielfältigen Natur beitragen. Die Zustandserfassung aller geschützten Biotop wurde 2020 weiter vervollständigt. Es folgt die Sanierung dieser Moore und Trockenwiesen. Besonders erfolgreich verläuft die Umgestaltung von Frei- und Grünflächen kantonal und kommunaler Bauten und Anlagen sowie die Etablierung von regionalem Saatgut von Wiesenpflanzen in der Landwirtschaft. Mit der «Biodiversitätsstrategie St. Gallen 2018–2025» wurde ein wichtiger Grundstein gemäss dem Schwerpunktziel «Widerstandsfähige Ökosysteme» gelegt.

Postulat «Perspektiven St. Galler Landwirtschaft» verabschiedet

In der Septembersession ergänzte der Kantonsrat den umfassenden Postulatsbericht «Perspektiven der St. Galler Landwirtschaft» mit zusätzlichen Aufträgen. In der Folge werden der Leistungsumfang und die Art der Umsetzung der kantonalen Landwirtschaftspolitik 2023+ im kommenden Jahr im Rahmen eines Projektauftrags festgelegt. Ziel ist es, die daraus resultierenden Umsetzungsprojekte zeitlich auf die Bundespolitik abzustimmen. Auf Bundesebene wurde die «Agrarpolitik 2022+» kurz vor Jahresende durch den Ständerat sisiert. Er verlangte vom Bundesrat einen Bericht zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik (Postulat 20.3931).

Ausblick 2021

Die Corona-Pandemie wird weiterhin den Takt der Wirtschaft und somit auch jenen des Volkswirtschaftsdepartementes vorgeben. Für das Jahr 2021 steht zudem eine zeitgemässe Ausgestaltung der Tourismusfinanzierung auf der politischen Agenda. Sie soll die aufwendige Abrechnung von Beherbergungs- und Gastwirtschaftsabgaben ersetzen. Die Ladenschlussgesetzgebung wird hinsichtlich Sonntagsverkäufen und längerer Öffnungszeiten geprüft und den heutigen Bedürfnissen angepasst. Beim Innovationspark Ost steht der Entscheid des Bundesrates sowie die Initiierung des Umsetzungsprozesses an. Neben der Ausarbeitung der kantonalen Landwirtschaftspolitik soll der Leistungsumfang für das landwirtschaftliche Zentrum Salez festgelegt werden.

3. Departement des Innern



Regierungsrätin Laura Bucher
Vorsteherin Departement des Innern

Wie hat die Corona-Pandemie Sie persönlich herausgefordert?

Als Vorsteherin des Departementes des Innern will ich dafür sorgen, dass in dieser schwierigen Zeit Einzelpersonen und Institutionen nicht um ihre Existenz bangen müssen. Diese Unterstützung ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Solidarität. Niemanden und nichts zu vergessen war eine Herausforderung, ebenso auf die ständigen Veränderungen der Rahmenbedingungen und Unterstützungen des Bundes zu reagieren.

Wie hat sich die Pandemie auf die Arbeit Ihres Departementes ausgewirkt?

Allen voran mussten im Amt für Soziales und im Amt für Kultur innert Kürze Unterstützungsprogramme geplant und umgesetzt werden. Das Amt für Kultur hat mit riesigem Einsatz eine Vielzahl von Gesuchen bearbeitet und rasch Entschädigungen ausbezahlt. Und natürlich haben wir im ganzen Departement die Schutzmassnahmen und Homeoffice-Regeln umgesetzt. Ich bin stolz darauf, wie rasch diese Umstellung gelungen ist, ohne Abstriche bei der Qualität der Dienstleistungen machen zu müssen.

Wo konnte Ihr Departement abseits der Pandemie Akzente setzen?

Wir konnten gleich mehrere Gesetzesvorhaben abschliessen. Auch haben wir neue aufgegleist, etwa zur besseren Sicherstellung von familiären Unterhaltsbeiträgen nach Trennungen. Verschiedene Bauprojekte im Bereich Kultur haben wir entscheidend vorangetrieben. Ebenso wurde nach langjähriger Arbeit die Kulturförderstrategie verabschiedet. Besonders berührt haben mich die Begegnungen im Rahmen des Projekts «Kanton St. Gallen gegen Rassismus», das wir initiiert haben, um ein Zeichen gegen Rassismus und für Toleranz zu setzen.

Was hätte im Jahr 2020 besser funktionieren können?

Leider sind von den Kürzungen beim Budget für den Personalaufwand auch Projektstellen im Bereich Archäologie betroffen, die wir nun nicht wie vorgesehen in den ordentlichen Haushalt überführen können. Das bedaure ich als Juristin und Vorgesetzte, weil wir diese Staatsaufgabe eigentlich nicht über den Lotteriefonds finanzieren dürfen. Zudem geht immer wieder wertvolles Fachwissen verloren und wir können den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht genügend sichere Arbeitsplätze bieten.

Wo wollen Sie im Jahr 2021 Akzente setzen?

Es gilt, die Instrumente der sozialen Sicherung zu beobachten, die Corona-Unterstützungsleistungen fortzusetzen und dort anzusetzen, wo sich Lücken zeigen. Im Jubiläumsjahr des Frauenstimmrechts möchte ich Themen der Gleichstellung angehen. Hierzu ist zunächst eine Auslegeordnung mit allen Beteiligten im Rahmen eines runden Tisches geplant. Die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen ist eine wichtige Massnahme für mehr Standortattraktivität und gegen den Fachkräftemangel.

Existenzen sichern, Innovationen vorantreiben

Das Departement des Innern leistete in der Corona-Krise einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Einzelpersonen und Institutionen – etwa in den Bereichen Soziales und Kultur. Auch wurden im Jahr 2020 in allen Ämtern Grundlagen für positive, langfristige Entwicklungen gelegt.

Die Stabsübergabe von Martin Klöti an die neue Departementsvorsteherin Laura Bucher war nicht die einzige bedeutende Veränderung, die sich im Departement des Innern im Frühling 2020 vollzog. Als erste Amtshandlung konnte Laura Bucher ein neues Amt eröffnen. Per 1. Juni 2020 nahm das Amt für Gemeinden und Bürgerrecht seinen Betrieb auf. Es ist entstanden aus der Zusammenführung des Amtes für Gemeinden mit dem Amt für Bürgerrecht und Zivilstand. Diese Reorganisation führt unter anderem zu mehr Ressourcen für operative Aufgaben, etwa für die Erfassung ausländischer Zivilstandsurkunden. Das Amt zählt rund 30 Mitarbeitende. Mit diesem Schritt hat das Departement des Innern im Kontext der Schwerpunktplanung der Regierung zum Ziel «Zukunftsorientierte Reformen» beigetragen.

Hilfe für den Kulturbereich

Solidarität, Chancengleichheit und ein starker Service Public – mit diesen drei persönlichen Kernbotschaften wandte sich Laura Bucher im Sommer 2020 an ihre Mitarbeitenden. Diese drei Stichworte haben auch Bezugspunkte zu den Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise. So waren kulturelle Veranstaltungen monatelang nicht mehr möglich, Angebote mussten für längere Zeit schliessen. Um die Existenz von Institutionen und Kulturschaffenden zu sichern, richtete das Amt für Kultur bis Ende 2020 Ausfallentschädigungen im Umfang von rund 10 Millionen Franken aus, je zur Hälfte finanziert von Bund und Kanton. Damit trug das Departement des Innern nicht nur zum Ziel der Schwerpunktplanung «Identitätsstiftende Kultur und Gemeinwohlorientierung» bei, sondern mit den existenzsichernden Beiträgen an Einzelpersonen auch zum Ziel «Gesellschaftliche Vielfalt und Integration».

In der ersten Phase wurden 343 Gesuche eingereicht, zwei Drittel davon wurden gutgeheissen. Für finanzielle Schäden von Ende Februar bis Ende Oktober erhielten Kulturunternehmen eine Ausfallentschädigung von durchschnittlich je rund 72 000 Franken, Kulturschaffende je rund 11 000 Franken. Seit November werden zusätzliche Beiträge an Transformationsprojekte ausgerichtet, welche die Langzeitwirkungen der Krise dämpfen und strukturelle Weiterentwicklungen von Institutionen fördern sollen. Die Kulturangebote des Kantons mussten während des Lockdowns im Frühling rasch an die neue Lage angepasst werden – im

i



Alexander Gulde leitet neues Amt

Alexander Gulde übernahm die Leitung des neu geschaffenen Amtes für Gemeinden und Bürgerrecht. Der promovierte Ökonom leitete zuvor das Amt für Gemeinden.

Fall der Kantonsbibliothek geschah dies etwa mit einem erfolgreich ausgebauten Postversand. Zudem nutzte das Publikum vermehrt digitale Angebote.

«Um die Existenz von Institutionen und Kulturschaffenden zu sichern, leistete das Amt für Kultur rund 10 Millionen Franken an Ausfallentschädigungen.»

Abrutschen in die Armut vermeiden

Die aussergewöhnliche Situation trifft Armutsbetroffene und Personen am Rand der Gesellschaft besonders hart. Umso mehr war auch das Amt für Soziales gefordert. Es realisierte zur finanziellen Unterstützung von Betroffenen im Auftrag des Kantonsrates einen Soforthilfefonds über 250 000 Franken. Eine Verordnungsänderung sorgte zudem dafür, dass Beziehende von Ergänzungsleistungen rasch einen Beitrag zur Deckung der Kosten von Schutzmasken erhielten. Viele Folgen der Corona-Krise werden aber erst verzögert spürbar sein, da zuerst vorgelagerte Leistungen greifen (Kurzarbeit, verlängerter Taggeldbezug usw.) und Betroffene lange warten, bis sie Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Im Auftrag des Kantonsrates wurden daher für das Jahr 2021 5 Millionen Franken im Budget vorgesehen, um die Entwicklungen im sozialen Bereich laufend zu evaluieren und weitere geeignete Unterstützungsmassnahmen umzusetzen. All dies trägt zum grundlegenden Ziel der Schwerpunktplanung bei, den «Sozialen Frieden zu sichern».

Auch die Aufsichtstätigkeit über die Institutionen im Sozialbereich war von den Auswirkungen der Corona-Massnahmen betroffen. So spüren etwa die Betagten- und Pflegeheime die Folgen der Krise stark. Sie sind laufend mit der Abwägung zwischen der Einschränkung der Freiheitsrechte und dem Schutz der Gesundheit konfrontiert. Das Departement des Innern unterstützte soziale Institutionen, etwa durch Informationen, durch Beratungsleistungen – zum Beispiel zu Schutzkonzepten, und schliesslich auch durch Klärung finanzieller Aspekte. Für die Kindertagesstätten mussten im Frühling Regelungen zur finanziellen Absicherung definiert werden. Insbesondere betraf dies Ertragseinbussen in jenen Fällen, in denen Eltern ihre Kinder gemäss den behördlichen Empfehlungen selbst betreuten.

Demokratische Rechte ermöglichen

Das Amt für Gemeinden und Bürgerrecht beantwortete viele Anfragen von Gemeinden und Zweckverbänden, welche die korrekte Durchführung von Bürgerversamm-



Regierungsrätin Laura Bucher zu Besuch im Caritas-Markt St. Gallen. Aufgrund der Corona-Krise kaufen deutlich mehr Menschen als sonst vergünstigte Lebensmittel und Alltagsartikel ein.

lungen oder Sitzungen von Behörden betrafen. Im Frühling 2020 wurde die Frist für die Durchführung der Bürgerversammlungen mit einer Allgemeinverfügung verlängert. Schliesslich wurden aber in vielen Fällen Urnenabstimmungen durchgeführt.

Im Konkursamt ist trotz Corona-Krise die Zahl der Konkursöffnungen gegenüber dem Vorjahr um 8 Prozent auf 699 Fälle gesunken – nach einem starken Anstieg in den letzten Jahren. Der Rückgang ist vor allem auf die Unterstützungsmassnahmen von Bund und Kanton sowie auf den Rechtsstillstand zurückzuführen. Für viele Firmen dürften jedoch die Probleme nur aufgeschoben sein, sodass von einem bevorstehenden Anstieg der Konkurszahlen auszugehen ist.

Neue Perspektiven im Kulturbereich

Viele Leistungen im Departement des Innern zielten auch im Jahr 2020 auf wichtige langfristige Entwicklungen ab, so etwa im Kulturbereich. Im Februar 2020 hat der Kantonsrat mit grosser Mehrheit die erste Kulturförderstrategie für die Jahre bis 2027 verabschiedet. Demnach will der Kanton die kulturelle Vielfalt fördern, das kulturelle Erbe von kantonaler Bedeutung bewahren und überliefern, die staatliche Überlieferung sichern und das Bibliothekswesen stärken. Im Übrigen hat das Amt für Kultur mehrere grosse Bauprojekte vorangetrieben, darunter die Realisierung des



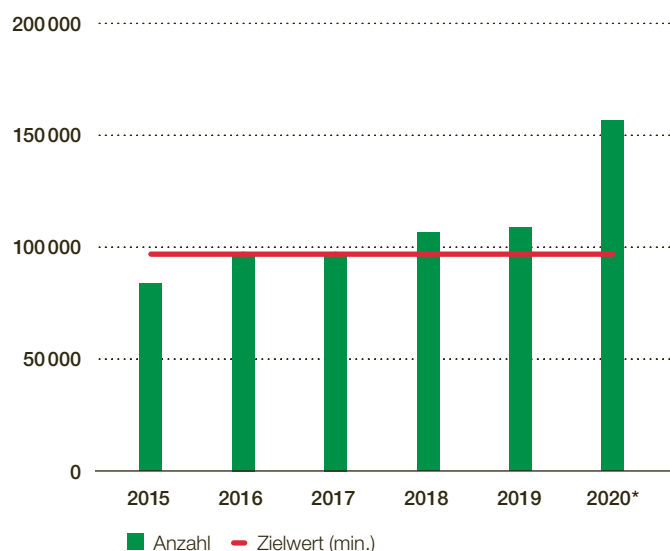
Die Corona-Bestimmungen erschweren den Kulturbetrieb, nicht nur im neuen Theaterprovisorium St. Gallen.
(Bild: Benjamin Manser, St. Galler Tagblatt)

Klanghauses Toggenburg sowie die laufende Erneuerung und Erweiterung des Theaters St. Gallen. Das Theater eröffnete im Oktober 2020 ein überzeugendes Provisorium, das aufgrund der Corona-Bestimmungen aber nur sehr eingeschränkt genutzt werden konnte.

Geplant wird auch für die neue Kantons- und Stadtbibliothek. Nach über fünf erfolgreichen Jahren der Bibliothek Hauptpost gilt es, dieses Provisorium abzulösen und alle Standorte der Kantons- und Stadtbibliothek St. Gallen am Standort Union im Stadtzentrum zu einer attraktiven «Public Library» zusammenzuführen. Im Jahr 2020 wurde dafür ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Die in den letzten Jahren laufend gestiegenen Besuchszahlen der Bibliothek Hauptpost bestätigen die Wichtigkeit dieses Vorhabens (vgl. Grafik). Zudem wurden die Projektarbeiten für den Ersatzneubau Staatsarchiv vorangetrieben. So trug das Amt für Kultur im Corona-Jahr 2020 auch zur langfristigen Erreichung des Schwerpunktziels «Identitätsstiftende Kultur und Gemeinwohlorientierung» bei.

Das Stiftsarchiv hat 2020 die neue Schriftreihe «vvaldo» mit zwei Heften lanciert. Benannt nach dem ersten Archivar des Klosters im 8. Jahrhundert dient dieses kunstvoll gestaltete Format der Veröffentlichung kleiner und grösserer Beiträge zur Fürstabtei. Die wissenschaftliche Erschließung der histo-

Anzahl Besuche in der Bibliothek Hauptpost



*Die Personenzählanlage wurde besser eingestellt und liefert nun realistischere Werte; vermutlich fielen auch die Vorjahreswerte zu tief aus.

rischen Archivbestände konnte im Rahmen des im Jahr 2020 erneuerten Managementplans UNESCO-Weltkulturerbe Stiftsbezirk St. Gallen im Übrigen planmässig vorangetrieben werden.

Finanzielle Fragen der Gemeinden im Fokus

Das Amt für Gemeinden und Bürgerrecht schloss 2020 gleich zwei Vorlagen zuhanden des Kantonsrates ab. Ab dem 1. Januar 2022 werden die Gemeinden verpflichtet, die Besoldung gewählter Behördenmitglieder zu veröffentlichen; im II. Nachtrag zum Gemeindegesetz verabschiedete der Kantonsrat dazu Bestimmungen. Im IV. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz beschloss der Kantonsrat Vereinfachungen beim Sonderlastenausgleich Weite sowie beim soziodemografischen Sonderlastenausgleich. Bereinigungen gab es bei den Gemeindestrukturen. Im Jahr 2020 lösten sich vier Schulgemeinden, eine Ortsgemeinde und fünf Korporationen auf. Die geplante Vereinigung der Gemeinden Hemberg, Neckertal und Oberhelfenschwil kam in enger Zusammenarbeit mit dem Amt einen wichtigen Schritt voran. Die Regierung stellt 11,7 Millionen Franken für das Projekt in Aussicht. Die Stimmberechtigten der Gemeinden werden 2021 über die Vereinigung entscheiden.

Weiterentwicklungen im sozialen Bereich

Im Jahr 2020 wurden auch im Amt für Soziales verschiedene Gesetzesvorlagen erarbeitet. Die Stimmberechtigten nahmen einen Gesetzesentwurf mit grosser Mehrheit an, der kantonale Beiträge an die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung vorsieht. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Erreichung des Schwerpunktziels «Neue Arbeitswelt». Zudem verabschiedete der Kantonsrat einen Gesetzesentwurf, der es Beziehenden von Ergänzungsleistungen ab dem Jahr 2021 erlaubt, Kosten für betreute Wohnangebote geltend zu machen.



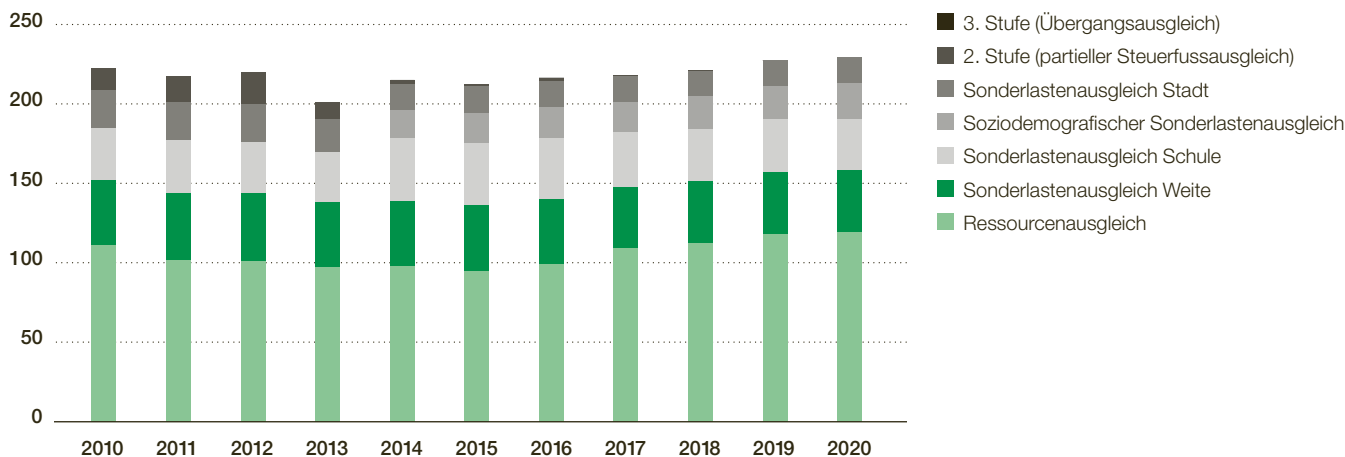
Die vorgesehene Erneuerung des Hofes zu Wil umfasst auch eine neue grosszügige Treppenanlage in Richtung Marktgasse. (Visualisierung: Stiftung Hof zu Wil)

Das stärkt die Selbstbestimmung und verfrühte Heimeintritte können unter Umständen vermieden werden, was volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Diese Massnahme ist ein Beitrag zu den Schwerpunktzielen «Demografische Entwicklung» und «Neue Arbeitswelt».

Im Frühling 2020 haben zwei private Trägerschaften neue Notunterkünfte für Kinder und Jugendliche in Krisensituationen in Betrieb genommen. Damit konnte das Angebot des einstigen «Schlupfhuus» nahtlos weitergeführt werden. Mit der Erweiterung auf Notfall- und Kriseninterventionsplätze für Säuglinge und Kleinkinder bis sechs Jahre wurde gleichzeitig eine Angebotslücke geschlossen.

Die kritische Auseinandersetzung mit Auslandsadoptionen aus Sri Lanka zwischen 1973 und 2002 konnte fortgeführt

Entwicklung der Ausgaben im Finanzausgleich (in Millionen Franken)





Rassismus darf im Sport keinen Platz haben, da ist sich Regierungsrätin Laura Bucher mit den Jugendlichen und Betreuern einig: Im Rahmen des Programms «Kanton St. Gallen gegen Rassismus» besuchte sie ein Training des FC Rheineck.

werden. Untersuchungen weisen darauf hin, dass auf kantonaler und kommunaler Ebene die vorgeschriebenen Prüfverfahren nicht immer eingehalten wurden. Das Amt für Soziales hat eine weitergehende Studie dazu in Auftrag gegeben und Massnahmen eingeleitet, die den Betroffenen die Herkunftssuche erleichtern.

Gegen Ausgrenzung und für Vielfalt

Ausgehend von den Anti-Rassismus-Protesten in den USA und den weltweiten Solidaritätsbekundungen hat das Amt für Soziales das Projekt «Kanton St. Gallen gegen Rassismus» ins Leben gerufen. Mit Plakaten und Veranstaltungen wurde die breite Bevölkerung sensibilisiert und zum Dialog über Erfahrungen mit Rassismus animiert. Dabei besuchte Regierungsrätin Laura Bucher Vereine und Arbeitsorte, um auch mit Betroffenen zu sprechen und mehr über

Alltagssituationen zu erfahren, in denen Rassismus und Diskriminierung vorkommen können.

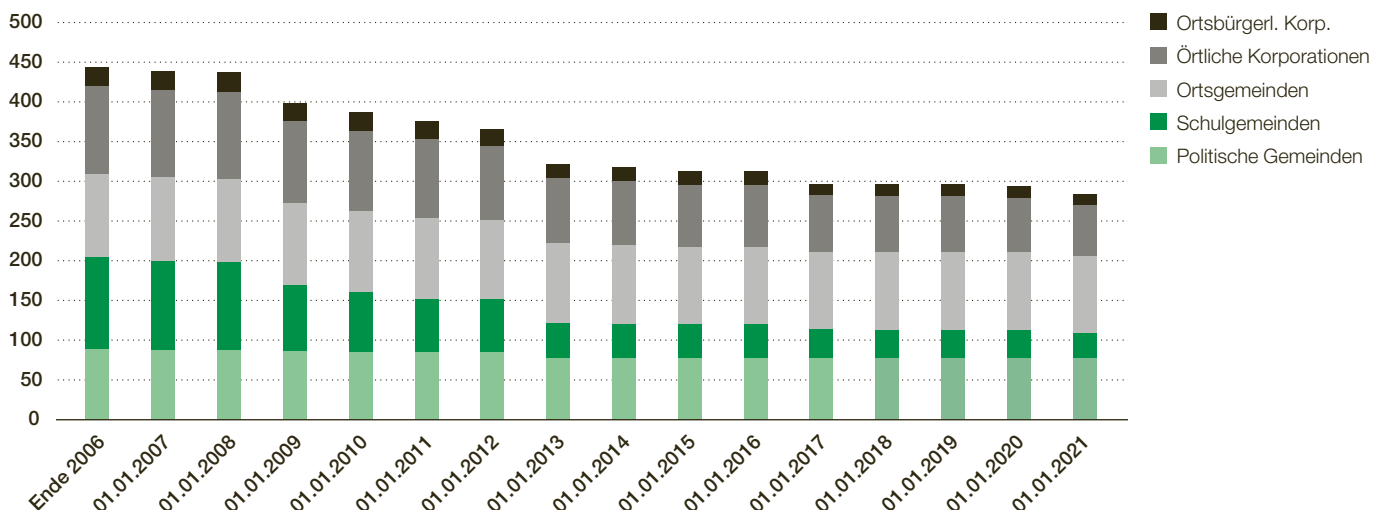
Automatisierte Antworten

Im Departement des Innern wurden 2020 verschiedene IT-Applikationen erneuert, so etwa im Konkursamt und im Amt für Handelsregister und Notariate. Das Amt entwickelt zudem einen sogenannten Chatbot. Dieser soll ab Mitte 2021 in einer Pilotphase via Website die wichtigsten Kundenanfragen zum Handelsregister automatisch beantworten. In einem anderen Bereich des Amtes wird die Digitalisierung hingegen noch gebremst. Zwar wurden die Verordnungsbestimmungen für die digitale Beurkundung geschaffen. Doch wegen Unzulänglichkeiten der heutigen elektronischen Signatur auf Bundesebene wird dieses Verfahren erst von wenigen Anwaltsbüros bzw. anderen Urkundspersonen genutzt.

Ausblick 2021

Im Jahr 2021 steht die Zuleitung mehrerer Vorlagen an den Kantonsrat an. So erarbeitet das Departement des Innern einen Bericht zur Strategie «Frühe Förderung 2015 bis 2020», einschliesslich einer Folgestrategie für die Jahre bis 2026. Im November 2020 hat die Regierung einen Beitrag von 5,4 Millionen Franken an die dritte Baustappe des Hofes zu Wil beschlossen. Dieser Investitionsbeitrag wurde dem Kantonsrat für die Februarsession 2021 zugeleitet. Die Zuleitung der Botschaft zum Ersatzbau des Staatsarchivs an den Kantonsrat ist für den Sommer 2021 vorgesehen. Ein aus verschiedenen Organisationen und Anspruchsgruppen zusammengesetzter runder Tisch soll neu im Bereich Gleichstellung eine gemeinsame Sicht auf Herausforderungen und Lösungen erarbeiten, etwa um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen zu verbessern.

Entwicklung des Gemeindebestands seit 2006 (Anzahl Gemeinden)



4. Bildungsdepartement



Regierungsrat Stefan Kölliker
Vorsteher Bildungsdepartement

Wie hat die Corona-Pandemie Sie persönlich herausgefordert?

Wir mussten im März Hals über Kopf ins Krisenmanagement wechseln. Das war vor allem für die Volksschule eine Zumutung. Für die Umstellung auf Fernunterricht hat der Bund den Kantonen und Gemeinden ohne jede Vorwarnung gerade mal ein knappes Wochenende Zeit gegeben! Wir haben unser Menschenmögliches getan, um die Schulen und die Sportvereine zu unterstützen. Diese haben eine Herkulesaufgabe bewältigt, was mich tief beeindruckt hat.

Wie hat sich die Pandemie auf die Arbeit Ihres Departementes ausgewirkt?

Operative Krisenarbeit hat die strategische Entwicklungsarbeit in den Hintergrund gedrängt. Das ist eine lehrreiche Abwechslung. Wenn es aber zum Dauerzustand wird, nervt es. In unserem Departement arbeiten Schulentwicklerinnen und -entwickler, die vorausdenken und mit einer minimalen Verlässlichkeit planen müssen. Davon lebt die Bildungsqualität. Wenn das auf die Länge nicht mehr möglich ist, leidet die Motivation. Schulentwicklung von der Hand in den Mund funktioniert nicht.

Wo konnte Ihr Departement abseits der Pandemie Akzente setzen?

2020 war das Jahr des Amtsdauerwechsels mit der Erneuerung vieler Gremien. Diese fiel bei uns zusammen mit der herausfordernden Konsolidierung nach wegweisenden Entscheiden in den Vorjahren (Lehrplan Volksschule, Neuordnung Behördenstruktur Berufsfachschulen, Gründung der Fachhochschule OST). Wenn dann noch eine Pandemie dazukommt, sind grosse Sprünge definitiv kein Thema mehr. Ich bin froh und meinen Mitarbeitenden dankbar, dass sie es mit zusätzlichen Anstrengungen geschafft haben, die Verzögerungen bei den normalen Aufgaben in engen Grenzen zu halten.

Was hätte im Jahr 2020 besser funktionieren können?

Die Zusammenarbeit mit dem Bund und unter den Kantonen war in der Krise suboptimal, der gemeinsame Auftritt nach aussen auch. Das hat dem Ruf des Föderalismus unnötig Schaden zugefügt. Bürgernähe und Selbstverantwortung der Einzelnen sind für unser Land auch in einer Krise unverzichtbar. Ihr Wert muss aber besser kommuniziert werden. Als Lehre aus der Pandemie wünsche ich mir ein Krisen- und ein Marketingkonzept für den Schweizer Föderalismus!

Wo wollen Sie im Jahr 2021 Akzente setzen?

Lehrgänge an der HSG und an der OST und die ersten Weiterbildungsmodule für die Volksschul- und die Berufsfachschul-Lehrpersonen stehen bereit. Auch die Modellschulen der Volksschule rollen an den Start.

Corona läutert die digitale Bildung

In der Corona-Pandemie zeigten sich Potenzial und Grenzen der Digitalisierung in der Bildung. Die kalte Dusche des Fernunterrichts letzten Frühling hat den Schulen vor Augen geführt, dass digitale Pädagogik, Didaktik und Methodik nicht primär technische Angelegenheiten sind. Vielmehr brauchen sie funktionelle Konzepte, denn Lernen ist ein sozialer Prozess. Die IT in der Bildung benötigt deswegen einen klar abgesteckten Platz und muss sich dem direkten menschlichen Austausch unterordnen.

Die höheren Schulen waren auf den Lockdown im März 2020 gut vorbereitet. Ausrüstung und Abläufe waren auf der Höhe und hielten dem Realitätstest stand. In der Volksschule musste im Fernunterricht mehr improvisiert werden, weil digitale Medien für die jüngeren Schulkinder nicht im Vordergrund stehen. Doch auch dies gelang. Die St. Galler Bildung hat den Lockdown insgesamt gut abgefedert. Das ist vor allem dem klugen und beharrlichen Einsatz der Lehrpersonen und Dozierenden zu verdanken. Nicht möglich war es leider, die soziale Schere ganz geschlossen zu halten.

Schulhäuser sind Orte der Sozialisation

Wenn die Pandemie etwas Gutes hat, dann, dass sie gezeigt hat, dass Lernen ein sozialer Vorgang ist. Trotz allem orts- und zeitunabhängigen Arbeiten sind Schulhäuser keine überlebten, sondern lebensnotwendige Treffpunkte. Das physische Schulleben hält die jungen Menschen psychisch gesund. Mit ihm integrieren sie sich in eine verantwortungsbewusste Gemeinschaft, egal ob Kindergartenkinder oder Doktoratsstudierende, ob von Haus aus privilegiert oder benachteiligt. Dies wurde im Tool- und Cloud-Fieber der letzten Jahre oft verkannt. Ausgerechnet die vom Virus erzwungene radikale Nutzung der IT hat dies aufgezeigt.

Schule und Bildung haben jetzt die Chance, mit einem neuen, menschengerechteren Bewusstsein die Digitalisierung in Angriff zu nehmen. Dazu ist der Kanton St. Gallen mit der IT-Bildungsoffensive auf dem richtigen Weg. Sie stellt die IT in den Dienst eines ganzheitlichen Lernens. Im Jahr 2021 sind erste gewichtige Ergebnisse zu erwarten.

(→ siehe Berichterstattung auf den Seiten 32–33)



Neuer Rektor der Kantonsschule am Burggraben St. Gallen

Der Bildungsrat hat Michael Lütolf zum neuen Rektor der Kantonsschule am Burggraben St. Gallen (KSBG) gewählt. Er übernimmt am 1. August 2021 die Nachfolge des zurücktretenden Marc König.

Michael Lütolf ist seit 2006 an der KSBG als Lehrer für Biologie tätig. Im Jahr 2012 übernahm er das Prorektorat für das mathematisch-naturwissenschaftliche und musische Gymnasium.



Eine Logistikerin in Ausbildung zum Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis – eine der über 140 verschiedenen Berufslehren, die im Kanton St. Gallen angeboten werden.
(Bild: berufsbildungsplus.ch)

Projekt Lehrplan – Musterbeispiel für Partizipation

Nach sieben Jahren konnte das Projekt «Lehrplan Volksschule» Ende 2020 plangemäss abgeschlossen werden. Von 2015 bis 2017 wurden alle rund 6500 Lehrpersonen in die neue Unterrichtsgrundlage eingeführt und erhielten eine Weiterbildung. Seit August 2017 ist der neue, von der sprachnationalen Vorlage abgeleitete Lehrplan verbindliche Grundlage für den Unterricht vom Kindergarten bis zur Oberstufe. Auf Beginn des Schuljahres 2021/22 hat die Regierung nach drei Jahren Erfahrung einige Anpassungen bei den Rahmenbedingungen beschlossen.

Sämtliche Ebenen und Anspruchsgruppen des Bildungssystems waren in das kantonale Projekt eingebunden: von der Regierung über den Bildungsrat, das Amt für Volksschule, die Schulträger, die Schulleitenden bis hin zu den Lehrpersonen. Die Pädagogische Hochschule St. Gallen (PHSG) arbeitete in verschiedenen Projektgremien mit. Sie war verantwortlich für die inhaltliche Konzeption sowie für die Organisation und Durchführung der Weiterbildungsveranstaltungen für die Lehrpersonen. Zentrales Element des Projekts war die Nähe zu allen betroffenen Anspruchsgruppen. Noch nie waren derart viele Anspruchsgruppen auf solch systematische Weise in ein Projektvorhaben der Volksschule eingebunden.

Der Lehrplan ist die Grundlage für die tägliche Arbeit der Lehrpersonen. Damit Aktualisierungen von Unterrichtsinhalten und -methoden gelingen können, braucht es insbesondere ihr Engagement. Zur erfolgreichen Einführung des neuen Lehrplans gebührt den Volksschullehrpersonen im Kanton St. Gallen ein grosses Dankeschön.

Gesamtkonzept Schulaufsicht evaluiert

Im Nachgang zum Abschluss des Aufsichtszyklus 2016 bis 2019 wurde das Gesamtkonzept Schulaufsicht und

Schulqualität aus dem Jahr 2015 einer Evaluation unterzogen. Der Evaluationsbericht konnte dem Bildungsrat auf einer guten Datenbasis zur Kenntnis gebracht werden. Der Bericht zeigt, dass sich das Gesamtkonzept in der Praxis und in der Umsetzung mehrheitlich bewährt hat. Als Fazit lassen sich unter anderem die folgenden Wünsche der Schulträger ableiten:

- Die Aufsicht soll ein Beitrag zur Schul- und Unterrichtsentwicklung sein.
- Sie soll vermehrt Aspekte von Schulführung und Unterrichtsqualität thematisieren.
- Die Prüfungsschwerpunkte sollen weg von Administration und Organisation und hin zum Kerngeschäft der Schule (Unterricht) und zu Qualitätsaspekten verlagert werden.

Der vollständige Bericht kann unter www.volksschule.sg.ch (→ Aus dem Amt → Berichte) eingesehen werden.

Sportklasse an der Kantonsschule Wattwil erfolgreich gestartet

Im Schuljahr 2020/21 konnte die Kantonsschule Wattwil ihr Ausbildungsangebot mit der erstmaligen Führung einer Talentklasse Sport erweitern. Die Kombination von Leistungssport und Gymnasium war bisher eine grosse Herausforderung. Für Sporttalente mussten stets individuelle Lösungen gefunden werden. Mit der zunehmenden Professionalisierung der Verbände im Juniorenbereich und dem Ausbau der Talentschulangebote der Volksschule ist das Bedürfnis nach Anschlusslösungen auf Mittelschulstufe angestiegen. Die erste Talentklasse Sport ist mit 20 Sporttalenten aus dem Linthgebiet, dem Toggenburg und dem Kanton Glarus auf den fünfjährigen Weg bis zur Matura gestartet.

Erste Abschlüsse der FMSplus

Mit Beginn des Schuljahres 2018/19 waren die ersten Klassen der Fachmittelschule nach dem überarbeiteten Lehrplan (FMSplus) gestartet. Der Lehrplan der naturwissenschaftlichen Fächer war angepasst. Der Unterricht in den

Berufsfeldfächern setzte bereits in der zweiten statt wie bis anhin in der dritten Klasse ein. Neu eingeführt wurde das Fach «Politik des Berufsfeldes». Im Sommer 2020 konnten die ersten Abschlusszeugnisse der Fachmittelschule übergeben werden. Die meisten Schülerinnen und Schüler setzen nun ihre Ausbildung fort, um die Fachmaturität zu erlangen.

Wesentliche Gesetzesänderungen in der Berufsbildung

Mit der neuen Amtsdauer 2020–2024 trat auch die neue Schulbehördenorganisation in der Berufsbildung in Vollzug. Demnach sind in den kantonsweit einheitlich regulierten Querschnittsbereichen (Personalrecht, Informatik, Immobilien) neu sowohl die Rektoren als auch die Berufsfachschulkommissionen (BFSK) dem Leiter des Amtes für Berufsbildung ABB unterstellt. Entsprechend stellt das Amt für Berufsbildung gemeinsam mit den Rektoren und den Kommissionen hauptverantwortlich die Führung und Koordination von schulübergreifenden pädagogischen und konzeptionellen Themen sicher. Daneben räumt das neue Gesetz den BFSK Gestaltungsfreiheit bei der Erfüllung lokaler Schulaufgaben ein. In der neuen Ordnung sind sodann die kantonalen Fachkommissionen von Bedeutung. Sie werden je Beruf oder Berufsfeld eingesetzt und fördern die Kooperation zwischen den drei Lernorten nach verbundpartnerschaftlichen Grundsätzen.

Erfahrungen im Fernunterricht in der höheren Berufsbildung

Die Anbieter der höheren Berufsbildung stellten mit Beginn des Lockdowns in der Corona-Pandemie schnell und erfolgreich auf Fernunterricht um. Die Diplomabschlussprüfungen wurden online oder unter Einhaltung der Restriktionen als Präsenzveranstaltungen in Kleinstgruppen durchgeführt. Dies ist gut gelungen. Generell zeigte sich allerdings, dass für orts- und zeitunabhängige Lehr- und Lernformen vertiefte und konzeptionelle Anstrengungen und Entwicklungsschritte notwendig sind.

Totalrevision des Universitätsgesetzes ist auf Kurs

Die Projektarbeiten zur Revision des Universitätsgesetzes wurden im Jahr 2020 weitergeführt. Zu wichtigen Revisionspunkten wie Trägerschaft, Governance, Compliance, Weiterbildung oder Stellung der Institute wurden Schlüsselfragen herausgearbeitet und Lösungen skizziert. Erste Ergebnisse konnten in eine universitätsinterne Vernehmlassung gegeben werden. Der Schlussbericht lag im Frühherbst 2020 vor. Daraufhin wurden erste konkrete Vorschläge für Normen zu den kantonalen Behörden sowie zu Organisation, Stellung und Aufgaben der Hochschulorgane erarbeitet. Im ersten Halbjahr 2021 erfolgt eine universitätsinterne Vernehmlassung zum Entwurf von Gesetz und Botschaft.



Vier neue Mitglieder für den Universitätsrat



Beat Eberle

lic. iur./Rechtsanwalt, ist Head of Global Security der Credit Suisse. Zuvor hatte er als Diplomat polizeiliche und militärische Führungsfunktionen in nationalen und internationalen Organisationen inne.



Michael Götte

ist Gemeindepräsident von Tübach, Leiter kantonale Politik bei der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell (IHK) sowie Mitglied des Kantonsrates.



Regula Mosberger

Wirtschafts- und Sozialgeografin (MSc UZH) und Mediatorin, begleitet Strategieprozesse vorwiegend für die öffentliche Hand und für Non-Profit-Organisationen.



Patrick Ziltener

ist Privatdozent für Soziologie unter anderem an der Universität Zürich. Er war beim Staatssekretariat für Wirtschaft sowie als persönlicher Mitarbeiter von alt Bundesrätin Doris Leuthard tätig.

OST: Zusammenarbeit mit Vorarlberg wird fortgeführt

Der Kanton St. Gallen und das Land Vorarlberg führen mit einer erneuerten Vereinbarung die langjährige bewährte Zusammenarbeit am Standort Buchs der Ostschweizer Fachhochschule (OST) fort. Vorarlberg leistet einen jährlichen Kostenbeitrag für seine Studierenden. Diese sind dafür Schweizer Studierenden rechtlich gleichgestellt. Vorarlberg nimmt zudem Einsitz im Standortbeirat Buchs.

«Das Umfeld der Talentschulen gibt den Talenten die Möglichkeit, sowohl schulisch als auch sportlich ihre Leistungen zu erbringen.»

Talentschulen fördern auch den schulischen Erfolg

Im Rahmen von drei Masterarbeiten an der PHSG, die vom Amt für Sport begleitet wurden, konnten Kausalzusammenhänge zwischen Aktivitäten und Wirkungen der Sporttalentförderung im Kanton St. Gallen aufgezeigt werden. Die schulischen Leistungen der Talentschülerinnen und -schüler sind mit denjenigen in Regelklassen vergleichbar. Im Bereich des sportlichen Talents entsprechen die Jugendlichen den Erwartungen der Sportverbände und denjenigen der

Swiss Olympic Association. Die Talente können also sowohl schulisch als auch sportlich ihre Leistungen erbringen. Den Talentschulen ist es gelungen, dafür das geeignete Umfeld zu schaffen. Der Reiseaufwand für die Talente stellt eine zusätzliche, nicht zu unterschätzende Belastung dar. Die Maturitätsquote aller ehemaligen Talentschülerinnen und Talentschüler liegt mit rund 40 Prozent deutlich über dem kantonalen Durchschnitt.

Ausblick 2021

Auch das Jahr 2021 steht noch weitgehend im Zeichen der Corona-Pandemie. Der Krisenmodus ist zum «Providurium» geworden. Das belastet die Bildungsentwicklung bei den Ressourcen und funktional erheblich. In der Bildung ist direkte Vernetzung unverzichtbar. Es ist das Ziel, 2021 wieder sukzessive in einen nachhaltigen Normalmodus zurückzukehren. Trotzdem werden die eigentlichen Bildungsprojekte weiter nur auf Sparflamme laufen können. Der IT-Bildungsoffensive steht hingegen ein gutes Jahr bevor: Im Herbst 2021 starten neue Informatikstudiengänge, den Lehrpersonen stehen erste innovative Weiterbildungsmodulare zur Verfügung und in ausgewählten Modellschulen sind explorative Lernsettings mit den Schulklassen möglich. Ausserdem wird 2021 der Bericht zur Optimierung der Infrastrukturen der kantonalen Schulen für die politische Diskussion im Jahr 2022 bereitgestellt. Schliesslich wird sich auch der Bildungsbereich mit der Querschnittsaufgabe der Herstellung des Haushaltsgleichgewichts ab dem Jahr 2022 auseinandersetzen müssen.

i



Marco Peter ist neuer Geschäftsleiter der IG St. Galler Sportverbände

Seit 1. Februar 2020 ist Marco Peter Geschäftsleiter der IG St. Galler Sportverbände (IGSGSV) und der Sport-Toto-Kommission. Er ist Nachfolger von Bruno Schöb, der in Pension geht. Marco Peter hat Geografie studiert und ist Berufstrainer Leistungssport mit eidgenössischem Fachausweis im Judo. Ausserdem ist er langjähriger Verbandspräsident des Judoverbandes SG-TG-AR.

Hochschule für Technik Rapperswil

Die Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) erbrachte ihre Leistungen im Jahr 2020 im Rahmen des zweiten mehrjährigen Leistungsauftrages 2019–2022. Die Zahl der immatrikulierten Studierenden stieg auf 1597 an (per Stichtag 15.10.2020). Das ist die bisher höchste Studierendenzahl.

«Die HSR konnte sich im Jahr 2020 über diverse Auszeichnungen freuen.»

Ab Anfang März hat die Corona-Pandemie den Lehrbetrieb und auch die Forschungsaktivitäten geprägt. Dank des ausserordentlichen Engagements aller HSR-Mitarbeitenden und dank der guten Infrastruktur konnte schnell auf Fernunterricht umgestellt werden. Die bisherigen Aktivitäten der Digitalisierung wurden dadurch noch intensiviert. Die Studierenden konnten ihre Semester und Prüfungen unter strengen Schutzkonzepten erfolgreich abschliessen.

Trotz erschwelter Rahmenbedingungen konnten Forschungsvorhaben mit namhaften Partnern und Bundesämtern erfolgreich realisiert werden. Dazu gehörten Projekte in den Bereichen Energie- und Umwelttechnik, Ressourceneinsatz/Recycling sowie Kunststofftechnik oder Projekte, die sich mit den gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie befassten.

Durch die Umstellung auf Online-Veranstaltungen erzielte unter anderem die von der HSR ausgerichtete «ZuriHac 2020» einen Besucherrekord. Die Konferenz ist eine der weltweit grössten jährlichen Veranstaltungen für die Programmiersprache Haskell. Sie zählte im letzten Jahr mehr als 900 Teilnehmende.

Die HSR konnte sich im Jahr 2020 über diverse Auszeichnungen freuen. So wurde unter anderem der naturnahe Campus, der gleichzeitig im Studiengang Landschaftsarchitektur als Freiraumlabor dient, durch die Stiftung Natur und Wirtschaft prämiert. Gleich mehrfach ausgezeichnet wurde ein Verfahren für das Recycling von Plastikabfall im Meer. Ferner gab es Auszeichnungen für Studienarbeiten und Forschungsprojekte im Bauingenieurwesen.

Der Klimacenter konnte sich 2020 als Beratungs- und Projektplattform etablieren. Er bündelt das Wissen um die sozialen, technischen, ökonomischen, planerischen und ökologischen Aspekte der Treibhausgasreduktion und der Anpassung an den Klimawandel.

Ost – Ostschweizer Fachhochschule (OST)

Die OST ist Rechtsnachfolgerin der drei bisherigen Fachhochschulen FHS St. Gallen, HSR Rapperswil und NTB Buchs. Das Angebot an Studiengängen, Weiterbildungen und Dienstleistungen wird an allen drei Standorten weitergeführt und ausgebaut.

Ab 1. Januar 2020 nahmen Hochschulrat und Hochschulleitung die Vorbereitungsarbeiten zur Aufnahme des operativen Betriebs am 1. September 2020 in Angriff. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der Entwicklung der normativen Grundlagen und Reglemente, dem Aufbau der neuen Führungs- und Organisationsstrukturen und dem neuen öffentlichen Auftritt. Dieser konnte pünktlich zum operativen Start der OST eingeführt werden.

Im Herbst 2020 kündigte die OST die Einführung zweier neuer Studiengänge an. «Management und Recht» und «Physiotherapie» starten im Herbstsemester 2021/22. Beide werden vorerst am Standort St. Gallen angeboten. Ausserdem werden zum gleichen Zeitpunkt drei etablierte Studiengänge an zusätzlichen Standorten geführt: «Betriebsökonomie» und «Wirtschaftsinformatik» neben St. Gallen neu auch in Rapperswil sowie «Informatik» neben Rapperswil neu auch in St. Gallen. Die beiden Letztgenannten sind ein direktes Resultat der kantonalen IT-Bildungsoffensive. Um den angestrebten Digitalisierungsschub in Gesellschaft und Wirtschaft mitzugestalten, werden im Rahmen der IT-Bildungsoffensive ausserdem innovative Lehr- und Lernumgebungen gefördert. Die OST soll darüber hinaus im Bereich der angewandten künstlichen Intelligenz eine Führungsrolle übernehmen.

«Im Herbst 2020 kündigte die OST die Einführung zweier neuer Studiengänge an. «Management und Recht» und «Physiotherapie» starten im Herbstsemester 2021/22.»

Das vergangene Jahr war zwar stark von der Fusion und der Pandemie geprägt. Trotzdem konnte die OST bereits erste Versprechen einlösen. Ihr ist es gelungen, die Ausbildung der benötigten Fach- und Führungskräfte und den Wissens- und Technologietransfer in der Region zu priorisieren. Dabei pflegte sie weiterhin eine ausnehmend hohe Nähe zur Praxis.



Eröffnung der School of Computer Science (SCS-HSG) mit Rektor Prof. Dr. Bernhard Ehrenzeller, Dekanin Prof. Dr. Barbara Weber und Regierungsrat Stefan Kölliker.
(Bild: HSG)

Universität St. Gallen

Die Universität St. Gallen (HSG) musste im Frühlings- und im Herbstsemester 2020 kurzfristig auf Online-Unterricht umstellen. Studierende und Dozierende meisterten dies erfolgreich – nicht zuletzt dank rascher Einführung von datenschutzgeprüften, Cloud-basierten Tools. Die HSG musste mit hohem Zusatzaufwand unter anderem geeignete Prüfungsformate entwickeln und umsetzen.

Anfang Februar 2020 nahm das neu konstituierte HSG-Rektorat mit dem neuen Rektor Bernhard Ehrenzeller, den beiden bisherigen Prorektoren Peter Leibfried und Ulrich Schmid, Prorektorin Monika Bütler (neu), Prorektor Thomas Zellweger (neu) sowie Verwaltungsdirektor Bruno Hensler (bisher) seine Arbeit auf.

«Die HSG verteidigte ihren Top-Ten-Platz (7.) unter den führenden europäischen Wirtschaftsuniversitäten im Ranking der «Financial Times».»

Die HSG verteidigte ihren Top-Ten-Platz (7.) unter den führenden europäischen Wirtschaftsuniversitäten im Ranking der «Financial Times». Die Studierendenzahl wuchs um 175 auf 9047 Personen aus 90 Staaten an.

Im September nahmen die ersten 27 Medizinstudierenden im Rahmen des Joint Medical Master ihr Studium in St. Gallen auf. Gleichzeitig wurde als Teil der IT-Bildungsoffensive die School of Computer Science eröffnet (SCS-HSG). Sie bietet ab Herbst 2021 einen Master- und ab Herbst 2022 einen Bachelor-Studiengang in technischer Informatik an. Dies werden die ersten Studiengänge an der HSG sein, in denen mit einem Master bzw. Bachelor of Science abgeschlossen wird.

In Kooperation mit dem Kanton wurde weiter an der Universitätsgesetzesrevision gearbeitet. Ausserdem verabschiedete die HSG im Rahmen gezielter und strukturierter Nachwuchsförderung ein Konzept und die rechtlichen Grundlagen zu den akademischen Karrierewegen (Assistenzprofessuren mit «Tenure Track» und Beförderung zu Assoziierten Professuren).

Die Bauarbeiten am HSG Learning Center schritten trotz der Corona-Pandemie planmässig voran. Das Lehr- und Lerngebäude wird im Rahmen der grössten HSG-Fundraising-Kampagne komplett über Spenden finanziert und durch die HSG-Stiftung erstellt. Die Eröffnung ist im Februar 2022 geplant.



Im Entwicklungsprojekt «Wir spielen die Zukunft» erhalten Kinder einen spielerischen Zugang zu Medien und Informatik.
(Bild: PHSG)

Pädagogische Hochschule St. Gallen

Das Frühlingssemester 2020 musste aufgrund der Corona-Pandemie ab Mitte März auf Distance-Learning umgestellt werden. Trotz der Einschränkungen konnten die Abschlussklassen des Studiengangs Kindergarten- und Primarstufe im Sommer ihr Studium abschliessen und ihre Arbeitsplätze an den Volksschulen antreten. Das Herbstsemester 2020 startete mit gewissen Einschränkungen ordentlich. Indessen musste der Hochschulbetrieb ab November wieder auf Distance-Learning umgestellt werden. Die häufigen Anpassungen stellten sowohl Studierende als auch Mitarbeitende vor erhebliche Herausforderungen. Jedoch konnten dabei wichtige Diskussionen über Chancen und Grenzen der Digitalisierung geführt und entsprechende Entwicklungen beschleunigt werden.

Der Anstieg der Studierendenzahlen hat nochmals an Dynamik gewonnen: Mit 506 Neuanmeldungen lag der Wert rund 20 Prozent über dem Vorjahr. Auf der Kindergarten- und Primarstufe stieg der Anteil Anmeldungen von Männern etwas an. Insgesamt bewegen sich die Studierendenzahlen leicht über dem Durchschnittswert des Referenzmodells gemäss Leistungsauftrag 2019–2022.

An der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis sind unter anderem zwei multimediale Produkte entstanden. Für die Gymnasialstufe werden in Laborjournalen wichtige naturwissenschaftliche Fragen beantwortet. Für den Kindergarten sind aus dem Projekt «Wir spielen die Zukunft» Impulse für einen spielerischen Umgang mit der digitalen Transformation entwickelt und in Kurzfilmen visualisiert worden.

Bei der Umsetzung der IT-Bildungsoffensive wurden wichtige Meilensteine erreicht. Im Juni verabschiedete der Programmausschuss den Teilprojektauftrag zur Weiterbildung von Lehrpersonen und Schulleitungen («digitale Kompetenz»). Anfang November wurden auch die Teilprojektaufträge «digitale Schule» und «digitale Medien» freigegeben.



Neues Prorektorat Ausbildung

Das Projekt «Weiterentwicklung der Führungs- und Organisationsstruktur» (WEFO) soll die Zusammenarbeit von Lehre, Forschung, Weiterbildung und Dienstleistung intensivieren. Als erstes konkretes Resultat von WEFO beschloss der Hochschulrat, die Prorektorate «Kindergarten- und Primarstufe» und «Sekundarstufe I und II» zu einem Prorektorat «Ausbildung» zu vereinen. Zur Prorektorin gewählt wurde Prof. Dr. Doreen Holtsch. Sie leitete bisher das PHSG-Institut Professionsforschung & Kompetenzentwicklung.



IT-Bildungsoffensive: Aufbau der Teilprojekte und erste Wirkung

Mit der IT-Bildungsoffensive (ITBO) investiert der Kanton St. Gallen bis zum Jahr 2027 75 Millionen Franken in die Bildungsinnovation im Kontext der digitalen Transformation. Sie besteht zurzeit aus sechs Projekten auf allen Schulstufen. Der Kredit finanziert die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte für die Wirtschaft an den Hochschulen (Wirkung an der Spitze) sowie die Qualifikation der Auszubildenden in Schulen und Lehrbetrieben (Wirkung in der Breite). Zudem ermöglicht die ITBO Innovationen im Bereich von Digitalisierung und Pädagogik.

Nachdem 2019 die Governance des Gesamtprogramms aufgebaut worden war, wurden 2020 die konkreten Vorhaben vorbereitet. So haben alle sechs Leadorganisationen ihre Projektaufträge erarbeitet. Diese wurden durch den Programmausschuss zuhanden der Regierung verabschiedet und durch diese genehmigt. Einige Projekte beinhalten mehrere Teilprojekte. 14 der 15 Teilprojektaufträge sind freigegeben.

Ein langjähriges Grossprogramm wie die ITBO beansprucht zuerst Zeit für den geschilderten organisatorischen Anlauf. Im Jahr 2020 konnten aber auch schon erste Effekte erzielt werden. Im vergangenen Oktober öffnete die School of Computer Science an der Universität St. Gallen (SCS-HSG) ihre Tore. Sie ermöglicht, dass ab dem kommenden Herbstsemester die ersten Master-Studierenden ihr Studium in technischer Informatik beginnen können. Auch in der MINT-Förderung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) wurden bereits Projekte umgesetzt:

Im November eröffnete in den Räumen von Smartfeld der ICT Campus. Trotz der Corona-Pandemie ist das Interesse an diesem Angebot gross. Ausserdem konnten 540 «SymplyNano 2»-Experimentierkoffer an die Oberstufen im Kanton verteilt werden. Aufgrund der Corona-Situation wurden die Anwenderkurse für diese Experimentierkoffer für die Lehrpersonen in den virtuellen Raum verlegt. Auch sie erfreuten sich grosser Nachfrage.

Die Wirkung der ITBO an der Basis setzt im Jahr 2021 vielfältig ein. Im Frühsommer 2021 wird die Vernetzungsplattform «MATCHD» online gehen. Sie wird Angebot und Nachfrage von Praktikumsplätzen im Kanton aufeinander abstimmen, also Bildung und Wirtschaft vernetzen. Mit dem Start des Herbstsemesters 2021 wird an der OST der Bachelor-Lehrgang Informatik nicht mehr ausschliesslich in Rapperswil, sondern neu auch in St. Gallen verfügbar sein. Diese Markterweiterung ist das erste von drei ITBO-Teilprojekten an der OST. Auch in der Volksschule wird die ITBO 2021 Wirkung entfalten: Im Sommer starten ausgewählte Modellschulen und erproben verschiedene Szenarien wie adaptives Lernen, «Blended Learning», «1:1 Computing» und «make-orientiertes Lernen». Ende 2021 ist auch das modulare Weiterbildungsprogramm bereit. Die Lehrenden werden unter der Führung der Schulleitungen stufen- und bedarfsgerechte Weiterbildungen zusammenstellen können, um ihre pädagogisch-didaktischen Kompetenzen für die digitale Transformation zu stärken.

Hinweis auf weiterführende Informationen auf www.itbo.sg.ch



5. Finanzdepartement



Regierungsrat Marc Mächler
Vorsteher Finanzdepartement

Wie hat die Corona-Pandemie Sie persönlich herausgefordert?

Zum einen kommen in dieser unsicheren Zeit viele Fragen auf uns zu, bei denen wir als Exekutive die Lösungen oft auch noch nicht in aller Klarheit sehen. Zum anderen ist man auch selbst unsicher, wie man mit diesen täglichen Herausforderungen umgehen soll. Persönlich bin ich aber überzeugt, dass es von Vorteil ist, wenn man im Geist flexibel ist und bereit ist, rasch zu entscheiden und den Blick nach vorne zu richten.

Wie hat sich die Pandemie auf die Arbeit Ihres Departementes ausgewirkt?

Wir waren gefordert mit der Vorbereitung und Umsetzung von Dringlichkeitsrecht und von parlamentarischen Vorlagen im Bereich der Liquiditätshilfen sowie der Unterstützung von Unternehmen und Grossveranstaltungen (Olma, FCSG und Lakers). Zudem konnten wir mit der kantonalen IT in kürzester Zeit Homeoffice und im Steueramt Veranlagungen von zu Hause aus ermöglichen. Dies wäre noch vor Monaten undenkbar gewesen! Weiter mussten wir auch personalrechtliche Fragen zu Corona und Homeoffice klären.

Wo konnte Ihr Departement abseits der Pandemie Akzente setzen?

Die Regierung hat die beiden Vorprojekte «Digitalisierung» und «New Work» abschliessen können. Daraus ergaben sich wichtige Erkenntnisse für die «Transformation der Staatsverwaltung» in den kommenden Jahren. Die Ergebnisse sollen insbesondere auch in die überarbeitete «Strategie der Staatsverwaltung» einfließen.

Was hätte im Jahr 2020 besser funktionieren können?

Das vergangene Jahr war in verschiedener Hinsicht ein Lernprozess. Bei der virtuellen Führung mussten wir auch Erfahrungen machen. Dabei gibt es Verschiedenes, das bestens in einer Telefon- oder Videokonferenz funktioniert, zum Beispiel Organisations- und Koordinationssitzungen wie unsere wöchentliche Besprechung mit den Amtsleitern. Diese Krise hat aber auch gezeigt, dass wir der Kommunikation einen hohen Stellenwert beimessen müssen.

Wo wollen Sie im Jahr 2021 Akzente setzen?

Im Finanzdepartement stehen neben der finanziellen Bewältigung der Corona-Pandemie drei strategische Vorhaben im Vordergrund: Erstens wollen wir das Leitbild der Personalpolitik überprüfen und in eine neue Personalstrategie überführen. Zweitens müssen wir das Finanzleitbild aktualisieren bzw. ergänzen, zum Beispiel im Bereich der staatlichen Beteiligungen und der Ziele für die Bilanz des Staates. Drittens sind wir finanzpolitisch gefordert: Wir müssen den Kantonshaushalt im Gleichgewicht halten. Dazu haben wir das Projekt «Haushaltsgleichgewicht» lanciert.

Digitaler und mit neuen Arbeitsformen in die Zukunft

Im vergangenen Jahr konnte das Finanzdepartement Vorprojekte zu den zukunftsweisenden Themen «Digitalisierung» und «New Work» abschliessen. In der Corona-Krise bot der Kanton den St. Galler Unternehmen und Grossveranstaltungen finanzielle Unterstützung. An der Spitze des Finanzdepartementes steht neu der frühere Bauchef Marc Mächler.

Regierungsrat Benedikt Würth ist per Ende Mai 2020 aus der Regierung ausgeschieden. Als Ständerat vertritt er den Kanton St. Gallen neu im Bundesparlament. Schwerpunkte seiner Amtstätigkeit als Mitglied der Regierung waren der öffentliche Verkehr, die Wirtschaftsförderung, das Jagdgesetz, die Finanz- und Steuerpolitik, verschiedene personalpolitische Vorhaben sowie der Themenbereich Informatik, E-Government und Digitalisierung. Benedikt Würth war auch auf interkantonaler Ebene sehr engagiert. Nach der Leitung der Ostschweizer Regierungskonferenz präsidierte er seit 2017 die Konferenz der Kantonsregierungen.

Regierungsrat Marc Mächler übernahm per 1. Juni 2020 die Leitung des Finanzdepartementes. Er führte zuvor während vier Jahren das Baudepartement. Mit Marc Mächler steht ein routinierter Finanzpolitiker an der Spitze des

Finanzdepartementes. Als Mitglied des Kantonsrates nahm er zwölf Jahre Einsitz in der Finanzkommission. Als «Finanzchef» ist er nicht nur für die Finanzen und die Steuern des Kantons zuständig. Auch die Personalpolitik sowie die strategische Weiterentwicklung der kantonalen Informatik gehören in sein Portfolio. Marc Mächler vertritt den Kanton seit Mitte 2020 auch im Verwaltungsrat der St. Galler Kantonalbank.

«Mit Marc Mächler steht ein routinierter Finanzpolitiker an der Spitze des Finanzdepartementes.»



Marc Mächler übernimmt die Leitung des Finanzdepartementes von Benedikt Würth.



Public Corporate Governance: Wesentliche Änderungen im Jahr 2020

2020 fanden zeitgleich auf die neue Regierungsamtsdauer 2020–2024 Erneuerungswahlen von Mitgliedern der Organe von Organisationen mit kantonaler Beteiligung statt. Die öffentlichen Ausschreibungen für vakante Stellen erfolgten bereits Ende 2019. Die Evaluationsverfahren für Einsitznahmen in die jeweiligen Organe fanden Anfang 2020 statt. Dabei wurden insbesondere die Einsitznahmen der amtierenden Regierungsräte in Organe von Organisationen mit kantonaler Beteiligung einer vertieften Überprüfung unterzogen.

Die Regierung verabschiedete Anfang 2020 die im Vorjahr erarbeiteten Eigentümerstrategien für die Psychiatrieverbunde und das Zentrum für Labormedizin. Im Weiteren wurde die Eigentümerstrategie für die Abraxas Informatik AG überarbeitet. Die Überarbeitung erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich als weiterem Hauptaktionär. Die beiden Kantonsregierungen verabschiedeten die aktualisierte Eigentümerstrategie im Mai 2020. Angepasst wurde auch der Aktionärsbindungsvertrag.

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings wurde mit der Werthaltigkeitsprüfung ein weiteres Controllinginstrument eingeführt. Dabei werden die in der Staatsrechnung aktivierten Beteiligungsbuchwerte systematischer mit einem Fragenkatalog überprüft und falls nötig deren Buchwert angepasst. Mit dem Strategiebericht als weiterem Instrument des Beteiligungscontrollings wird der Regierung zu den finanziell und politisch bedeutsamen Beteiligungen neben führungsrelevanten Kennzahlen auch eine Risikomatrix je Beteiligung vorgelegt. Die Risikomatrix wird mit Stand Mitte Jahr ausgewiesen. Entsprechend wurden bereits erste Auswirkungen der Corona-Pandemie ersichtlich.

Am 1. September 2020 nahm die «Ost – Ostschweizer Fachhochschule» ihren operativen Betrieb auf. Sie vereint neu die Hochschulen FHS St. Gallen, HSR Rapperswil und NTB Buchs zu einer Fachhochschule in der Ostschweiz. Ferner wurde die SAK Holding AG rückwirkend auf den 1. Januar 2020 durch eine Absorptionsfusion in die St. Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG zurückgeführt. Der Kanton St. Gallen hält einen Aktienanteil von 83,3 Prozent an der St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke AG.

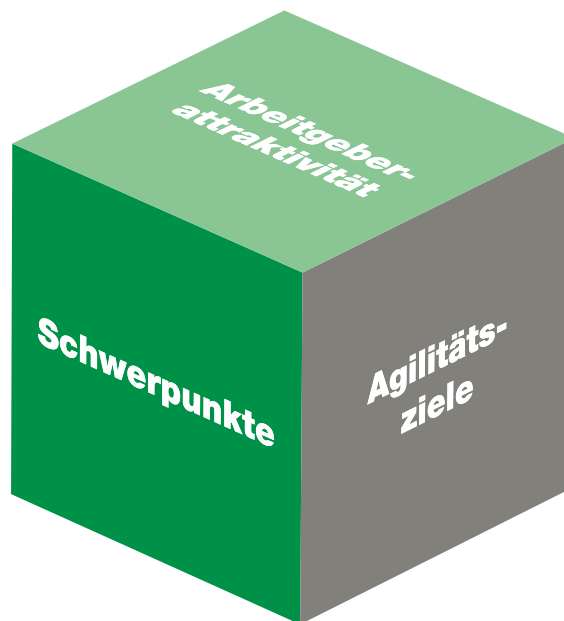
Abschluss Vorprojekt «Digitalisierung»

Der Kanton St. Gallen hat sich in der Schwerpunktplanung 2017–2027 das Ziel gesetzt, die «Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung» zu fördern. Dabei ist die Digitalisierung nicht nur ein IT-Thema. Die Digitalisierung betrifft uns alle. Sie umfasst weitreichende Themen, wie zum Beispiel Führung, Organisation, Personal, Prozesse und Recht. Die Informatik ist dabei ein Werkzeug in der Umsetzung. In der Verwaltung ist aufgrund der digitalen Transformation mit tiefgreifenden Veränderungen zu rechnen. Der Kanton will diese Veränderungen aktiv und koordiniert steuern. Sie sollen mittel- und langfristig positive Auswirkungen sowohl für die Verwaltung und deren Mitarbeitende wie auch für die Bevölkerung haben.

Im Rahmen des Vorprojekts Digitalisierung wurden verschiedene Fragen der Digitalisierung vertieft beleuchtet. Die Regierung verabschiedete Ende 2020 den entsprechenden Schlussbericht. Als nächstes erarbeitet ein interdisziplinär zusammengesetztes Projektteam ein Organisations- und Steuerungskonzept als Grundlage für weitere Digitalisierungsschritte. Bereits parallel dazu gibt der IT-Strategieausschuss die Umsetzung von Sofortmassnahmen in Auftrag. Gewisse Sofortmassnahmen werden im Rahmen der Umsetzungsplanung für die IT-Strategie SG2016+ realisiert.

Mit diesem Vorgehen können die Eckwerte einer übergeordneten Strategie weiterentwickelt werden, ohne dass in einem nächsten Schritt eine umfassende Digitalisierungsstrategie erarbeitet wird. Die Regierung erachtet in diesem zielgerichteten Vorgehen deutliche Vorteile: Im Vordergrund sollen konkrete und umsetzbare Massnahmen in Bereichen stehen, die für die Digitalisierung besonders geeignet sind.

«Digitalisierung ist nicht nur ein IT-Thema. Im Gegenteil: Die Digitalisierung betrifft uns alle.»



Ziele der Personalpolitik: Auf drei Ebenen will die Regierung die Personalpolitik des Kantons vorantreiben.

Abschluss Vorprojekt «New Work»

Im abgelaufenen Jahr konnte die Regierung das Vorprojekt «New Work» abschliessen. Dies nachdem die Projektarbeiten coronabedingt ausgesetzt wurden. Die Regierung hat den Schlussbericht diskutiert und das weitere Vorgehen festgelegt. Dies entspricht auch dem Schwerpunktziel «Neue Arbeitswelt» der Schwerpunktplanung 2017–2027.

«New Work»-Aspekte gehören bereits heute in vielen Bereichen zur Realität. Es stellt sich also nicht primär die Frage, ob die Staatsverwaltung «New Work» umsetzen soll, sondern wie. Die Erkenntnisse aus dem Abschlussbericht des Vorprojektes bilden dazu eine wertvolle Grundlage. Letztlich geht es bei der Gestaltung der Arbeitsformen um die Frage, wie die Mitarbeitenden ihre Arbeit effektiv und effizient erfüllen und dabei ihre Arbeits(markt)fähigkeit erhalten können. Die kantonale Verwaltung soll dabei eine attraktive Arbeitgeberin für kompetente und engagierte Mitarbeitende bleiben.

Damit ein gemeinsames Verständnis für notwendige Änderungen entstehen kann, müssen die involvierten Stellen interdisziplinär zusammenarbeiten. Die Führungskräfte sollen bei der Durchführung der Transformationsprozesse auf die fachliche Unterstützung eines Kompetenznetzwerkes zurückgreifen können. Die Ausgestaltung und die Arbeitsweise dieses Kompetenznetzwerkes sind im Jahr 2021 im Detail zu definieren.

Die Generalsekretäre-Konferenz (GSK) hat eine zentrale Rolle bei den Themen Arbeitsgestaltung und Transformation der Staatsverwaltung. Diese sollen im Sinn eines strategischen Schwerpunktes inskünftig enger begleitet werden.

Die GSK wurde deswegen beauftragt, die Erwartungen an die Führungskräfte der Staatsverwaltung zu schärfen. Die GSK soll aufzeigen, wie die Führungspersonen für die Arbeitsgestaltung und die Aufgaben der Transformation der Staatsverwaltung unterstützt werden können. Dies soll mit einem Bottom-up-Ansatz geschehen und die Umsetzung der «Strategie der Staatsverwaltung» und der «Ziele der Personalpolitik für die Jahre 2021 bis 2024» unterstützen. Für die Unterstützung einer ganzheitlichen Organisationsentwicklung werden neben dem beratenden Kompetenznetzwerk auch finanzielle Ressourcen für die Projekt lancierung oder für Vorabklärungen eingesetzt.

«Es stellt sich also nicht primär die Frage, ob wir «New Work» umsetzen sollen, sondern wie.»

Ziele der Personalpolitik 2020 bis 2024

Die Regierung hat im Herbst 2020 die zukünftige Personalpolitik diskutiert und verbindliche Personalziele verabschiedet. Zentrale Anliegen sind dabei sowohl die Zufriedenheit und das Engagement der Mitarbeitenden wie auch die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber nach aussen.

Für die nächsten vier Jahre hat die Regierung in der Personalpolitik drei Schwerpunktziele festgelegt. So will sie den Anteil der Frauen im Kader steigern, die Anzahl der Stellen für Personen mit körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen erhöhen und das Wissen der Mitarbeitenden



Die Olma Messen erhielten Unterstützung vom Kanton zur Bewältigung der Krise.

zum Lohnsystem verbessern. Diese drei Schwerpunkte hat die Regierung bewusst gewählt. Denn die Indikatorenmessung Ende 2019 zeigte, dass diese Ziele in der Periode 2017–2019 deutlich verfehlt wurden.

Zusammen mit den drei Schwerpunktzielen sieht die Regierung ein ganzes Bündel an weiteren Personalzielen vor. Sie will die Agilität der Verwaltung verbessern und gleichzeitig die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber stärken. Dies ist auch ein zentrales Element zur Erreichung der Vorgaben des Schwerpunktziels «Neue Arbeitswelt».

Eine hohe Agilität auf allen Ebenen der Verwaltung ist unerlässlich, damit die Führungskräfte und die Mitarbeitenden die immer rascher ablaufenden gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen auffangen können. In den nächsten Jahren wird das Personalamt dazu verschiedene neue Angebote und Instrumente entwickeln. Gefordert sind hier insbesondere auch die Führungskräfte.

Eine hohe Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber sowohl nach innen wie auch nach aussen ist für die Bewältigung der verschiedensten Herausforderungen von grosser Bedeutung. So gilt es einerseits, die bestehenden Mitarbeitenden zu unterstützen und zu halten, sowie andererseits, die in der Verwaltung noch fehlenden Fachkräfte zu rekrutieren. Zu diesem Zweck soll beispielsweise das Lehrstellenangebot ausgebaut werden.

Die Regierung ist sich bewusst, dass sie die Umsetzung der Personalziele nur gemeinsam mit ihrem Führungskader und den Mitarbeitenden erreichen kann. In der ersten Hälfte des Jahres 2021 werden die Umsetzungsschritte konkretisiert und die Verantwortlichkeiten klar festgelegt.

«Wir wollen die Position des Kantons als attraktiver Arbeitgeber stärken. Dazu gehört auch, dass wir den Frauenanteil in Kaderfunktionen erhöhen.»

Ein Bündel an Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise

Das Finanzdepartement war durch die Corona-Krise in verschiedener Hinsicht gefordert. Die Staatsverwaltung musste sehr rasch in den Homeoffice-Modus transferiert werden. Dabei war nicht nur die IT gefordert, auch personalrechtliche Fragen waren zu klären. In finanzieller Hinsicht hat der Kanton in einer ersten Phase eine Liquiditätshilfe für Unternehmen aufgebaut. Diese Ergänzung zu den Corona-Krediten des Bundes wurde in der Anfangszeit der Krise nur wenig beansprucht. Im Bereich der



Während der Corona-Krise musste die Staatsverwaltung in den Homeoffice-Modus transferiert werden.

Grossveranstaltungen erhielten die Olma Messen Unterstützung. In Absprache mit der Stadt St. Gallen bekamen sie eine Kapitalerhöhung und langfristige Darlehen. Auch eine Unterstützung des FC St. Gallen und der Rapperswil-Jona Lakers wurde vorbereitet. Mit Blick auf die zweite Corona-Welle bereitete das Finanzdepartement in enger Absprache mit dem Volkswirtschaftsdepartement die Umsetzung der Härtefallunterstützung vor. Das Steueramt hat schliesslich ein vereinfachtes Steuererlassverfahren eingeführt. Die Bewältigung der Corona-Krise wird sich stark auf den Kantonshaushalt auswirken. Dank einem soliden Eigenkapitalstock kann der Kanton die konjunkturellen Effekte aus bestehenden Reserven stemmen.

Ausblick 2021

Trotz des schwierigen Umfelds mit der Bewältigung der Corona-Krise und der anspruchsvollen Finanzsituation müssen wir auch an der Zukunft der Verwaltung arbeiten. Die Regierung, die Generalsekretäre und die Führungskräfte sind alle aufgefordert, die Möglichkeiten der Digitalisierung gezielt zu nutzen und sich darauf zu fokussieren, wie wir die Staatsverwaltung für die Zukunft weiterentwickeln wollen. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Umsetzung der Ziele der Personalpolitik und die Aktualisierung der Strategie der Staatsverwaltung. Unser oberstes Ziel ist es, unseren Bürgerinnen und Bürgern einen bedarfsgerechten und effizienten Service zu bieten.

«Die Bewältigung der Corona-Krise wird sich stark auf den Kantonshaushalt auswirken.»

6. Baudepartement



Regierungsrätin Susanne Hartmann
Vorsteherin Baudepartement

Wie hat die Corona-Pandemie Sie persönlich herausgefordert?

Mein Amtsantritt fiel in die Zeit der Pandemie. Ich startete quasi unter erschwerten Bedingungen. Das Kennenlernen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Baudepartement war schwieriger und nahm mehr Zeit in Anspruch. Ich wurde jedoch sehr gut eingearbeitet und in allen Belangen unterstützt.

Wie hat sich die Pandemie auf die Arbeit Ihres Departementes ausgewirkt?

Klimawandel und Umweltschutz können nicht warten. Wir haben unsere Projekte und Themen ungeachtet der Krise weiterbearbeitet. Was die Pandemie betrifft, sind innerhalb des Departementes vor allem unser Hausdienst und die Informatik stark gefordert. Auch die Führungskräfte erfüllen eine wichtige Funktion. Sie sind Ansprechpersonen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer für uns alle sehr unsicheren Zeit.

Wo konnte Ihr Departement abseits der Pandemie Akzente setzen?

Der Kantonsrat hat 2020 das neue Energiegesetz und das neue Energiekonzept verabschiedet. Wir brauchen das angepasste Gesetz, um den CO₂-Ausstoss von Gebäuden weiter zu senken. Mit dem Konzept setzen wir Ziele und definieren Massnahmen für den Energiebereich bis 2030. Auch mit der Elektromobilität geht es vorwärts. Mit einem Massnahmenbündel will die Regierung vor allem die Ladeinfrastruktur im Kanton verbessern.

Was hätte im Jahr 2020 besser funktionieren können?

Nach einem halben Jahr als Regierungsrätin darauf eine konkrete Antwort zu geben, ist schwierig. Mir ist besonders wichtig, dass wir als Departement mit der Bevölkerung und den Gemeinden auf Augenhöhe kommunizieren und eine professionelle Mitwirkung in unseren Projekten anstreben.

Wo wollen Sie im Jahr 2021 Akzente setzen?

Drei grosse Bauvorhaben nehmen Form an. Im ersten Halbjahr 2021 entscheiden sich die Architekturwettbewerbe für den Neubau der Kantonschule Wattwil, den Campus Platztor und die Neue Bibliothek in der Stadt St. Gallen. Mit den Siegerprojekten wird feststehen, wie die Bauvorhaben konkret aussehen werden. Wir schaffen mit diesen drei Vorhaben dringend benötigten Raum für die Bildung und einen gemeinsamen Ort für die Kantons- und die Stadtbibliothek.

Digitale Zusammenarbeit und neue Klimaziele

Kanton und Gemeinden wollen den Baubewilligungsprozess digitalisieren. Regierungsrätin Susanne Hartmann hat die Vorbereitungen zu dieser «eBaubewilligungSG» im Jahr 2020 weiter vorangetrieben. Klima- und Umweltschutz können auch in der Pandemie nicht warten. So hat sich der Kanton mit dem neuen Energiekonzept neue Ziele in Sachen CO₂-Emissionen und erneuerbare Energien gesetzt.

Die Bearbeitung von Baubewilligungen und Plangenehmigungen gehört zu den Kernaufgaben von Kanton und Gemeinden. Etwa 6000 von 13 000 Gesuchen landen bei den kantonalen Fachstellen. Meistens benötigt jede Fachstelle für die Beurteilung ein eigenes Gesuchsdossier. Bei grossen und

komplexen Vorhaben muss eine Gesuchstellerin oder ein Gesuchsteller deswegen bis zu zehn Dossiers einreichen, und zwar in Papierform. In den letzten Jahren wurde der Baubewilligungsprozess laufend verbessert. So führte das Baudepartement beispielsweise das elektronische



Neue Gesichter in der Departementsleitung

Das Baudepartement besetzte zwei wichtige Führungspositionen neu.



Samuel Peter ist neuer Generalsekretär

Im Oktober 2020 trat Samuel Peter die Stelle als Generalsekretär an. Der 31-Jährige war zuvor sechs Jahre als Stadtschreiber-Stellvertreter und Departementsleiter bei der Stadt Wil tätig. Rund drei Jahre leitete er das Departement Dienste, Integration und Kultur mit über 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.



Michael Fischer ist neuer Leiter des Hochbauamtes

Die Leitung des Hochbauamtes übernahm Michael Fischer im Juni 2020. Zuvor arbeitete der 51-jährige Architekt beim Büro Herzog & de Meuron in Basel und verantwortete unter anderem den Bau des Bürohochhauses Roche Bau 1 und des Ricola Kräuterzentrums. Im Kanton St. Gallen plante er das Bergrestaurant auf dem Chäserrugg.



Das Theater St. Gallen ist im Oktober 2020 in das Provisorium umgezogen.
(Bild: Elisa Florian)

Der Neubau für die Landwirtschaftsschule in Salez erhielt eine Auszeichnung für seine klimabewusste Bauweise.

Baugesuchformular ein. Um den Ablauf weiter zu vereinfachen und zu beschleunigen, will der Kanton zusammen mit den Gemeinden den Baubewilligungsprozess digitalisieren. Bauherrinnen und Bauherren, Mitarbeitende von Gemeinden oder Fachstellen des Kantons sollen ihre Daten auf einer gemeinsamen Plattform teilen und bearbeiten können.

«Bevölkerung, Wirtschaft und Behörden sollen beim Baubewilligungsverfahren künftig digital zusammenarbeiten.»

Regierungsrätin Susanne Hartmann hat das Projekt mit ihrem Amtsantritt am 1. Juni 2020 von ihrem Vorgänger Regierungsrat Marc Mächler übernommen. Sie hat das Vorhaben mit dem Namen «eBaubewilligungSG» auf den erarbeiteten Grundlagen weiter vorangetrieben. Die Strategie und die Umsetzungsplanung werden bis zum ersten Quartal 2022 abgeschlossen. Bis dann sollen die ersten umgesetzten Verbesserungen bereits spürbar sein. Dazu gehört beispielsweise, dass Bauwillige weniger Unterlagen in Papierform einreichen müssen und die Dokumente für die Bearbeitung elektronisch vorliegen. Der digitale Baubewilligungs- und Plangenehmigungsprozess unterstützt das Schwerpunktziel «Zukunftsorientierte Reformen».

Theaterprovisorium in Betrieb genommen

Das 1968 eröffnete Theater St. Gallen wird zurzeit saniert und erweitert. Um den Theaterbetrieb während der Bauarbeiten weiterzuführen, erstellte der Kanton im Park auf dem Unteren Brühl vor der Tonhalle ein provisorisches Theatergebäude. Der Holzbau dient dem Theater St. Gallen während zweier Saisons als Spielstätte. Die Arbeiten für das Theaterprovisorium «UM!BAU» wurden nach sechs Monaten Bauzeit im Oktober 2020 abgeschlossen. Das Provisorium ist 50 Meter lang und 26 Meter breit und fasst rund 500 Besucherinnen und Besucher. Gebaut wurde es vom Gossauer Holzbauunternehmen Blumer-Lehmann. Mit der Sanierung des Theaters St. Gallen trägt das Baudepartement zur Erreichung des Schwerpunktziels «Zukunftsfähige Infrastruktur» bei.

Landwirtschaftsschule gewinnt Architekturpreis

Der Neubau für das Landwirtschaftliche Zentrum St. Gallen in Salez wurde im November 2020 mit dem Architekturpreis Constructive Alps ausgezeichnet. Mit diesem Preis zeichnet die Jury besonders klimabewusste Bauten im Alpenraum aus. Der Kanton habe zusammen mit dem Architekten Andy Senn neue Massstäbe in Sachen Klimaeffizienz gesetzt, so die Jury. Das Gebäude überzeugte, da es «das Prinzip «Low-Tech», eine möglichst einfache Bauweise für lange Lebensdauer, konsequent und intelligent durchzieht». Der Neubau leistet einen Beitrag zu den Schwerpunktzielen «Zukunftsfähige Infrastruktur» und «Innovative Bildung und Forschung».



Mit Wasserproben lässt sich der Zustand eines Gewässers untersuchen.

Metropolitanraum Bodensee geht in die nächste Runde

Im Februar 2020 unterzeichneten Akteure aus Politik und Wirtschaft die Charta zum Metropolitanraum Bodensee. Die Absichtserklärung enthält die gemeinsamen Ziele, die Strategie und die Organisation für eine verstärkte Zusammenarbeit. Im August kamen die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungen und Verbände in Bregenz zur konstituierenden Sitzung zusammen. Der Kanton St. Gallen wurde durch den damaligen Vorsteher des Baudepartementes, Regierungsrat Marc Mächler, vertreten. Die Vertreterinnen und Vertreter legten die Zuständigkeiten, Aufgaben und Kompetenzen der Organe fest. Bis Anfang 2022 findet das erste Forum statt. Es befasst sich mit dem Thema Erreichbarkeit. Dabei sollen der prioritäre Handlungsbedarf und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Fachstellen im Metropolitanraum Bodensee aufgezeigt werden. Der Metropolitanraum Bodensee unterstützt das Schwerpunktziel «Funktionale Räume».

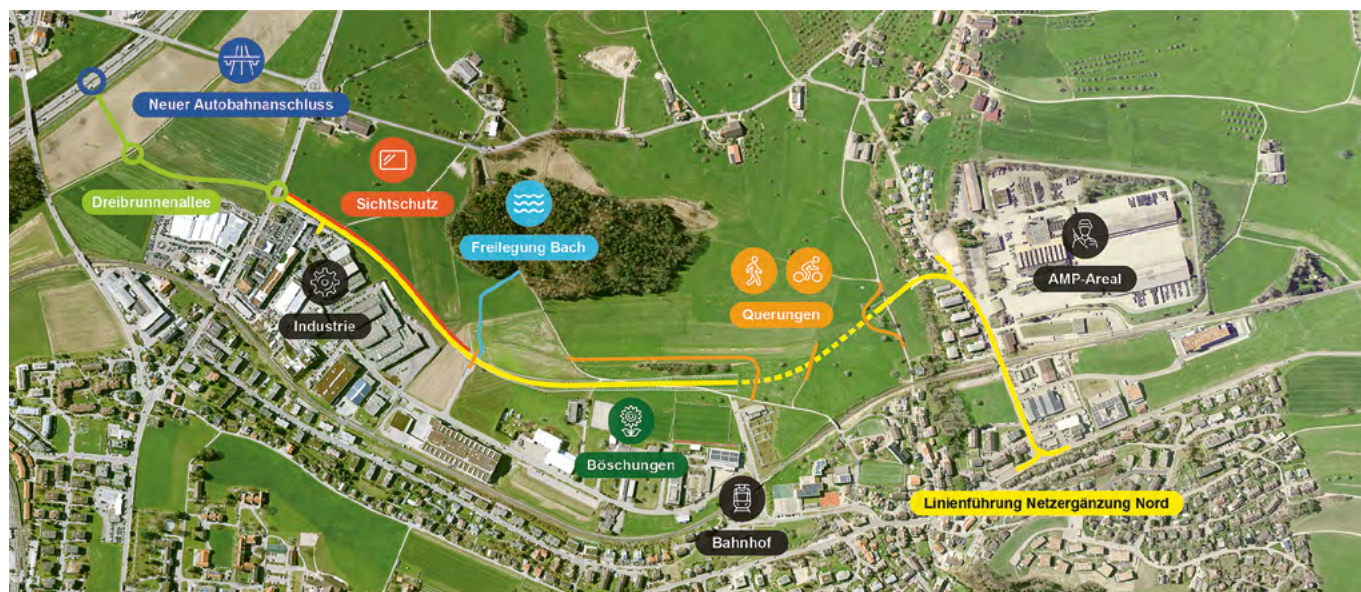
«Mit der Unterzeichnung der Charta hat der Kanton St. Gallen seinen Willen zum Metropolitanraum Bodensee bekräftigt.»

Branchen kontrollieren sich selbst

Die Behörden müssen kontrollieren, ob Betriebe die Umweltvorschriften einhalten. Damit unterstützen sie das Schwerpunktziel «Widerstandsfähige Ökosysteme». Branchen, die sich eigenverantwortlich organisieren, können diese Kontrollen über eine sogenannte Branchenvereinbarung organisieren. Dazu gehören beispielsweise Autogaragen, Tankstellen oder das Malergewerbe. Die Branche bezeichnet eine Instanz, welche die betroffenen Betriebe überprüft. Die Behörde kontrolliert die Arbeit dieser Instanz mit unangekündigten Stichproben. Einzelne Vereinbarungen stammen aus den 1990er-Jahren. Die Pflichtenhefte werden regelmässig überprüft. So bleibt gewährleistet, dass sie den gesetzlichen Vorschriften und dem Stand der Technik entsprechen. 2020 hat das Baudepartement die Vereinbarung mit den St. Galler Malerverbänden erneuert. Zudem hat sich neben den meisten Ostschweizer Kantonen auch neuer Kanton Thurgau der Vereinbarung angeschlossen.

Gewässerqualität ist häufig ungenügend

Zum Schwerpunktziel «Widerstandsfähige Ökosysteme» hat auch eine Kampagne an kleinen Fließgewässern beigetragen, die letztes Jahr abgeschlossen wurde. Die Untersuchung zeigte, dass zahlreiche Bäche in einem schlechten Zustand sind. Besonders betroffen sind stark verbaute Bäche und Gewässer, deren Einzugsgebiet in einem intensiv genutzten Landwirtschaftsgebiet liegt oder durch Industrie, Siedlungs- und Verkehrsflächen beeinflusst wird. Kleine Bäche machen einen Grossteil unseres Fließgewässernetzes aus. Bei ihnen geht die grösste Gefahr für die Gewässerlebewesen von



Die Netzergänzung Nord soll die Stadt Wil vom Durchgangsverkehr entlasten.

Pestiziden aus. Untersuchungen zeigen, dass die Belastung bei etlichen Stoffen über den Qualitätskriterien und den gesetzlichen Grenzwerten liegt. Für funktionierende Ökosysteme und den Erhalt der Biodiversität sind saubere Bäche zentral. Deswegen hat das Baudepartement verschiedene Massnahmen zu ihrem Schutz ergriffen. Dazu gehören beispielsweise Kampagnen zum sorgsamem Umgang mit Pflanzenschutzmitteln.

«Der Schutz der Bäche ist zentral für funktionierende Ökosysteme und den Erhalt der Biodiversität.»

CO₂-Ziel verfehlt, Massnahmen verstärkt

Der Kanton St. Gallen hat sein CO₂-Ziel im Jahr 2020 nicht erreicht. Angestrebt war ein Ausstoss von maximal 2,65 Millionen Tonnen CO₂. Vor allem wegen der Zunahme des Autoverkehrs waren es tatsächlich 3,1 Millionen Tonnen. Mit dem St. Galler Energiekonzept 2021–2030 setzt sich der Kanton neue Ziele. Das Konzept sieht zudem Massnahmen vor, um den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen und die Energie effizienter zu nutzen. In der Novembersession 2020 hat der Kantonsrat das neue Energiekonzept und einen Nachtragskredit beraten. Im Juni 2021 entscheidet das Stimmvolk über den Nachtragskredit. Bereits verabschiedet hat der Kantonsrat im Jahr 2020 den VI. Nachtrag zum Energiegesetz. Damit werden Gebäude

energieeffizienter und klimafreundlicher. Das Energiegesetz und das Energiekonzept tragen zur Versorgungssicherheit bei und unterstützen das Schwerpunktziel «Widerstandsfähige Ökosysteme».

«Mit dem St. Galler Energiekonzept 2021–2030 setzt sich der Kanton neue Ziele.»

Kanton investiert in den Fuss- und Veloverkehr

In den Jahren 2019 bis 2023 investiert der Kanton rund 216 Millionen Franken in 570 Massnahmen, die den Fuss- und Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr fördern. Ein Beispiel ist der Geh- und Radweg auf der Flawilerstrasse in Oberuzwil. Für die Velofahrerinnen und Velofahrer, die in Richtung Uzwil unterwegs waren, gab es bislang keinen Veloweg. Sie wichen oft auf das Trottoir aus. Besonders problematisch war der Abzweiger von Flawil in Richtung Uzwil bei Fliegenmoos. Dort querten die Radfahrerinnen und Radfahrer in einem Kurvenbereich die Strasse. Neu führt ein kombinierter Geh- und Radweg auf einer Strassen-seite vom Fliegenmoos bis zum Weiler Wilen. Die Bauarbeiten dauerten sechs Monate und konnten im Oktober 2020 abgeschlossen werden. Die Massnahmen für den Fuss- und Veloverkehr leisten einen Beitrag zum Schwerpunktziel «Zukunftsfähige Infrastruktur».



Mit dem neuen Geh- und Radweg ist das Velofahren zwischen Flawil und Uzwil sicherer geworden.

Linienführung für die Netzergänzung Nord definiert

Die Netzergänzung Nord ist ein wichtiges Puzzleteil der Standortentwicklung WILWEST. Nach der Prüfung von 17 Varianten haben der Kanton St. Gallen und die Stadt Wil im Sommer 2020 die Linienführung für die Netzergänzung Nord festgelegt. Die zwei Kilometer lange Strasse schafft künftig eine Verkehrsverbindung am Stadtrand von Wil zwischen Bronschhofen, der ebenfalls geplanten Dreibrunnentalallee und dem neuen Autobahnanschluss Wil West. Mit der neuen Strasse wird die Lebensqualität in vielen Quartieren in Wil gesteigert und im Zentrum entsteht neuer Gestaltungsraum. Zudem erhalten die Nachbargemeinden von Wil mit der neuen Strasse einen direkteren Zugang zur Autobahn. Aktuell erarbeitet der Kanton das Genehmigungsprojekt, das er 2022 der Stadt Wil vorlegen will. 2023 soll der Kantonsrat über das Bauvorhaben beraten. Mit einem Baustart ist voraussichtlich 2027/2028 zu rechnen. Die Kosten für die Netzergänzung Nord belaufen sich auf rund 49 Millionen Franken. Ihr Bau trägt zur Erreichung des Schwerpunktziels «Zukunftsfähige Infrastruktur» bei.

«Zusammen mit anderen Infrastrukturvorhaben schafft die Netzergänzung Nord die wichtigen Voraussetzungen für die Standortentwicklung WILWEST.»

Gesamtüberarbeitung des Richtplans

Das eidgenössische Raumplanungsgesetz schreibt vor, dass die Kantone ihre Richtpläne alle zehn Jahre gesamthaft überprüfen. Mit dem neuen Gesetz will der Bund die Zersiedelung stoppen und das Kulturland schützen. In einem ersten Schritt hat der Kanton St. Gallen das Kapitel Siedlung überarbeitet. Der Bund hat diesen ersten Richtplanteil 2017 genehmigt. Zurzeit überarbeitet der Kanton das Kapitel Mobilität. Handlungsbedarf besteht vor allem bei der Abstimmung zwischen dem Gesamtverkehr und der Siedlungsentwicklung sowie mit dem Fuss- und Veloverkehr. Auch will der Kanton die Zunahme des Güterverkehrs, vor allem auf der Schiene, verstärkt in die Mobilitätsstrategie einbinden. Mit dem Teil Mobilität führt der Kanton die Vernehmlassung eines Richtplankapitels erstmals digital durch. Bis Mitte 2022 soll das Kapitel überarbeitet und vom Bundesrat genehmigt werden. Die Richtplankapitel Natur und Landschaft sowie Versorgung und Entsorgung werden bis 2023/2024 überarbeitet. Die Gesamtüberarbeitung des Richtplans unterstützt das Schwerpunktziel «Zukunftsfähige Infrastruktur».

Ausblick 2021

Im ersten Halbjahr 2021 entscheiden sich die Architekturwettbewerbe für den Neubau der Kantonsschule Wattwil, den Campus Platztor und die neue Bibliothek. Mit den Siegerprojekten wird feststehen, wie die Bauvorhaben konkret aussehen. 2021 reichen die Agglomerationen St. Gallen-Bodensee, Obersee, Wil und Rheintal beim Bund ein Agglomerationsprogramm der vierten Generation ein. Dabei zeigen drei Agglomerationsprogramme Massnahmen auf, die einen Beitrag an eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung leisten. Zum Beispiel sollen der Siedlungsraum besser «durchlüftet» und die Kaltluftversorgung gewährleistet werden. Das Planungs- und Baugesetz trat 2017 in Kraft. Mit dem II. Nachtrag zum Gesetz sollen erstmals inhaltliche Mängel beseitigt und Vorschriften praxistauglicher gestaltet werden. Die Vernehmlassung startet im April/Mai 2021. Drängen sich aufgrund der Resultate keine grösseren Anpassungen auf, wird die Botschaft im Herbst 2021 an den Kantonsrat überwiesen.

7. Sicherheits- und Justizdepartement



Regierungsrat Fredy Fässler
Vorsteher Sicherheits- und
Justizdepartement

Wie hat die Corona-Pandemie Sie persönlich herausgefordert?

Der Verzicht auf persönliche Kontakte fordert mich persönlich sehr heraus. Dass ich meinen Vater im Heim nicht besuchen darf, schmerzt – umso mehr, als Telefongespräche faktisch nicht möglich sind. Ich musste einen Weg finden, damit umzugehen. Wie wichtig für mich die Teilnahme an gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen ist, merke ich erst jetzt.

Wie hat sich die Pandemie auf die Arbeit Ihres Departementes ausgewirkt?

Die Corona-Regeln, Maskenverweigerer und «Hobbypolizisten» haben für viel Arbeit bei der Polizei gesorgt. Der Eigenschutz stellt bei Interventionen mit polizeilichem Zwang eine besondere Herausforderung dar. Auch macht das Coronavirus keinen Halt vor Asylzentren oder Gefängnissen. Einschränkungen waren nötig, um die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Mitarbeitenden zu schützen.

Wo konnte Ihr Departement abseits der Pandemie Akzente setzen?

Wir sind der erste Kanton mit einer Strategie zum Schutz vor Cyber-Risiken. Auch sind wir einer von wenigen Kantonen mit einer spezialisierten und niederschweligen Fach- und Anlaufstelle Radikalisierung und Extremismus (FAREX). Die präventive Arbeit im Bedrohungs- und Risikomanagement der Kantonspolizei wurde weiter verstärkt und professionalisiert. Ferner haben wir ein St. Galler Lernprogramm für gewaltausübende Personen entwickelt und erfolgreich eingeführt.

Was hätte im Jahr 2020 besser funktionieren können?

Die Zusammenarbeit mit dem Bund. Entscheidungen wurden vielfach sehr kurzfristig bekannt gegeben. Für deren Umsetzung standen oftmals nur wenige Stunden zur Verfügung. Auch hätte der Bund die Kantone viel stärker miteinbeziehen müssen; die Gesundheitsdirektorenkonferenz bzw. deren Präsident vertritt nicht «alle Kantone» und nicht «alle Themen». Unser Rechtsstaat müsste besser funktionieren: Obwohl viele Anordnungen unsere Grundrechte tangieren, können sie vor Gericht nicht angefochten werden.

Wo wollen Sie im Jahr 2021 Akzente setzen?

Vor allem als Präsident der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren: Ich freue mich darauf, meine profunden Kenntnisse und Erfahrungen im Sicherheitsbereich sowie unsere St. Galler Sicht verstärkt auf interkantonaler und nationaler Ebene einbringen zu können. Dabei werde ich mich nicht scheuen, föderalistisch heikle Themen wie die Zukunftsfähigkeit unserer Sicherheitsorganisation oder die interkantonale Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten anzusprechen.

Aus der Krise lernen

Das Sicherheits- und Justizdepartement stand nicht im Hauptfokus der Corona-Pandemie. Im Gegenteil, der vom Bundesrat verordnete Lockdown und die nachfolgenden Monate führten in den Kerngeschäften des Sicherheits- und Justizdepartementes – Sicherheit, Migration, Asylbereich und Strassenverkehr – zu einer Beruhigung. Dafür traten einzelne Besonderheiten, wie das «Posing» mit leistungsstarken Motorfahrzeugen, stärker hervor. Und dennoch war das Sicherheits- und Justizdepartement eine zentrale Drehscheibe in der Krise. Hier liefen mit dem Kantonalen Führungsstab und der Koordinationsstelle Bevölkerungsschutz alle Fäden der Führungsunterstützung der Regierung zusammen.

Als sich zu Beginn des Jahres abzeichnete, dass mit dem hochansteckenden neuen Coronavirus eine weltweite Pandemie ausgebrochen war, legte die Regierung unverzüglich die strategische Zielsetzung für den Kanton St. Gallen fest: die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des kantonalen Gesundheitssystems und die Gewährleistung der medizinischen Grundversorgung für die Bevölkerung. Der Kantonale Führungsstab (KFS) wurde dabei zur zentralen Drehscheibe. Die Standardmodule des KFS wurden um die involvierten Fachbereiche der Departemente und um die Gemeinden erweitert. So liefen alle Informationen aus Gesundheit, Bildung, Volkswirtschaft, Finanzen, Personal, Kommunikation usw. zusammen, und die Führungsunterstützung für die Regierung konnte in einem umfassenden Sinn wahrgenommen werden.

Coronavirus – Herausforderung in neuer Dimension

Der KFS ist zu 35 Sitzungen in unterschiedlicher Zusammensetzung in noch nie da gewesener Kadenz zusammengetreten. Mitglieder des KFS haben an weiteren Sitzungen in interkantonalem oder eidgenössischem Rahmen sowie an unzähligen Teilstabsrapporten teilgenommen. Dank dieses grossen Ressourceneinsatzes konnten die von der Regierung gesetzten Ziele jederzeit gewährleistet werden. Die Corona-Situation dauerte in der ersten Welle zwölf Wochen. Die zweite Welle hat mit dem Ende der Herbstferien im Oktober begonnen und dauerte am Ende des Jahres 2020 immer noch an. In der ersten Welle hat der Bund im

Rahmen der ausserordentlichen Lage die Führung übernommen und damit auch die finanzielle Hauptlast der Massnahmen und Auswirkungen getragen. Später galt die besondere Lage, womit die Kantone hinsichtlich der Massnahmen, aber auch der Lastentragung im Vordergrund standen.

Die Corona-Pandemie zeigte noch nie da gewesene Merkmale eines aussergewöhnlichen Ereignisses. Allein die Dauer ist beispiellos, die Krise hat den Bevölkerungsschutz während fast des ganzen Jahres beansprucht. Die Impfung, sonst die Hauptintervention bei einer Pandemie, stand erst zu Beginn des Jahres 2021 zur Verfügung. Das Virus hat sich mit seiner Aggressivität bezüglich Ansteckung und Sterblichkeit zu einer umfassenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderung entwickelt.

«Die Corona-Pandemie zeigte noch nie da gewesene Merkmale eines aussergewöhnlichen Ereignisses.»

Für den KFS haben sich in der ersten und zweiten Welle unterschiedliche Rollen ergeben. In der ersten Welle ging es vor allem darum, das Gesundheitsdepartement bei der Umsetzung der vom Bund verordneten Massnahmen zu

unterstützen. In der zweiten Welle stand die Regierung im Rahmen der besonderen Lage in der Hauptverantwortung. Der KFS koordinierte und beantragte die verschiedenen Massnahmen und setzte diese um. Dazu hat sich der KFS in beiden Wellen massgeschneidert aufgestellt. Ergänzend zur ordentlichen Zusammensetzung hat sich bewährt, dass regelmässig Regierungsmitglieder, Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei sowie der Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten an Rapporten und Arbeitssitzungen teilgenommen haben. Dadurch war auch kurzfristiges Agieren und Reagieren möglich.

Die Entscheide des KFS basierten auf den zum jeweiligen Zeitpunkt bekannten Fakten. Einerseits wurde angestrebt, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben so wenig wie möglich zu beeinträchtigen. Andererseits sollten die Massnahmen für die Fallzahlen bzw. das Gesundheitssystem möglichst wirksame Entlastungen erreichen. Die Unsicherheit der Lage und deren Entwicklung haben mit sich gebracht, dass die Massnahmen regelmässig angepasst, verschärft oder aufgehoben werden mussten. Erschwerend kam hinzu, dass die Zusammenarbeit mit dem Bund nicht immer einfach war. So wurden Entscheidungen des Bundes oft sehr kurzfristig bekannt gegeben, sodass für deren Umsetzung regelmässig nur wenige Stunden zur Verfügung standen.

Das Massnahmenspektrum reichte von der klassischen Führungsunterstützung der Regierung und der Departemente über die Koordination und Unterstützung der Regionen, die Beschaffung von Schutzmaterial und Kommunikationsmitteln, über Transport- und Logistikleistungen,

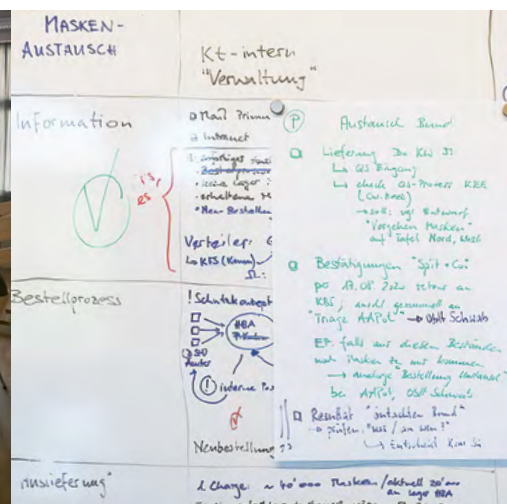
das Einrichten von Infoline und Contact Tracing bis hin zu Personalplanung und -vermittlung oder Kontrollfunktionen in Skigebieten. Neben den herkömmlichen Partnern im Bevölkerungsschutz wie Polizei, Zivilschutz, Feuerwehr, Gesundheitswesen und technischen Diensten kamen dabei auch Privatpersonen und die Armee zum Einsatz. Besonders hilfreich war der kurzfristige Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung. Anstelle ihrer angestammten Tätigkeit, die heruntergefahren wurde, leisteten sie in anderen Verwaltungseinheiten oder zur Unterstützung des Contact Tracing wertvolle Arbeit.

«Kurze Wege und eine flexible Zusammensetzung des KFS machten es möglich, dass Massnahmen und Finanzmittel effizient beantragt, koordiniert und umgesetzt werden konnten.»

Für die Weiterentwicklung des KFS und des Bevölkerungsschutzsystems haben die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Bewältigung der Krise grosse Bedeutung, gerade auch im Licht des Schwerpunktziels «Umfassende Sicherheit» der Schwerpunktplanung 2017–2027. In einer sogenannten After-Action-Review wurden diese aufgearbeitet und der Regierung präsentiert. Inhaltlich geht es dabei insbesondere um die Zusammenarbeit mit den regionalen



Lagerapport während der ersten Welle im improvisierten Führungsraum mit Regierungsmitgliedern.



Planung des Austausches der vom Bund gelieferten «Schimmelmasken».

Führungsorganisationen sowie um standardisierte Zuständigkeiten und Kompetenzen. Es hat sich letztlich gezeigt, dass Regierung, Departemente und Führungsstab in einer schwierigen Lage pragmatisch und wirksam zusammenarbeiten konnten. Übungen wie die Sicherheitsverbundübung 2014 mit dem zentralen Thema Pandemie halfen dabei. Vorbereitete Planungen tragen insbesondere dazu bei, die üblicherweise von Chaos geprägte erste Phase eines Ereignisses zu klären und zu meistern.

Herausforderungen im Justizvollzug

Quarantäne, Besuchssperre, Streichung von Vollzugsöffnungen, Aussetzung des Vollzugs von Ersatzfreiheitsstrafen, Notfallszenario – diese Stichworte haben den Justizvollzug und die Vollzugseinrichtungen geprägt und gefordert. Auch wenn Krisenmanagement zum Alltag im Justizvollzug gehört, stellte die Corona-Pandemie ganz neue Herausforderungen. Gerade zu Beginn der Pandemie mussten unter hohem Zeitdruck bei unklarer Informationslage wegweisende Entscheide getroffen werden. Zentrale Zielsetzung war, die Anstalten möglichst «coronafrei» zu halten. Erschwerend kam in der Anfangsphase hinzu, dass kaum Schutzmaterial verfügbar war und Testkapazitäten fehlten. Deswegen beschloss das Amt für Justizvollzug im Frühjahr 2020, in sämtlichen Vollzugseinrichtungen und Gefängnissen grundsätzlich keine Besuche mehr zuzulassen sowie Ausgang und Urlaub von Insassen zu stoppen. Dieser einschneidende Entscheid führte dazu, dass die offenen Vollzugsanstalten faktisch zu (beinahe hermetisch) geschlossenen Anstalten wurden. Für den Justizvollzug im Kanton St. Gallen war dies eine völlig neue Situation.

Mit Kompensationen, Zusatzarbeit und Mehrleistung sowohl auf Seiten der Mitarbeitenden als auch auf Seiten der Insassen wurden die Einschränkungen aufgefangen, so gut dies möglich war. Beispielsweise konnten die Insassen mit ihren Angehörigen per Skype kommunizieren.

«Dank der engagierten Arbeit und des Verständnisses von Mitarbeitenden und Insassen und wohl auch mit etwas Glück konnte das Virus weitgehend von den Vollzugseinrichtungen ferngehalten werden.»

An den Wochenenden wurden zusätzliche Freizeitaktivitäten angeboten. Die Vorarbeiten und Erfahrungen aus der ersten Welle sowie funktionierende Schutzkonzepte ermöglichten es, dass ab dem Herbst keine weitreichenden Einschränkungen im Vollzugsalltag mehr angeordnet werden mussten.



Konfektionierung von Schutzmaterial durch Armee und Zivilschutz während der ersten Welle.



Spezialisierte Polizistinnen und Polizisten führten gezielte Kontrollen gegen Autoposer durch.



Bei Kontrollen von getunten Autos stellte die Kantonspolizei auch zahlreiche unzulässige Bestandteile sicher.

Der grosse Bluff mit getunten Autos

Bereits seit mehreren Jahren machen sogenannte Autoposer im Strassenverkehr auf sich aufmerksam. Anders als bei den Rasern fallen sie nicht durch massiv überhöhte Geschwindigkeit auf, sondern durch ihre unnötig laute, teilweise unkontrollierte Fahrweise oder eine übertrieben starke Beschleunigung. Dieses Verhalten stört die Bevölkerung an den betroffenen Strassenabschnitten und gefährdet andere Verkehrsteilnehmer. Hinzu kommen häufig Abänderungen im Bereich der Fahrzeugtechnik, sei es bei der «Hardware» (Spoiler, Abgasanlage, Fahrwerk usw.) oder bei der «Software» (sogenanntes Chip-Tuning, teilweise zu- und abschaltbar). Das Phänomen ist nicht neu, akzentuierte sich aber während der Corona-Pandemie im Frühling an verschiedenen Brennpunkten im Kanton St. Gallen. Die Kantonspolizei verstärkte ihre Kontrolltätigkeit und konnte damit zur Umsetzung des Schwerpunktziels «Umfassende Sicherheit» beitragen. Spezialisierte Polizistinnen und Polizisten führten mit modernen technischen Hilfsmitteln gezielte Kontrollen durch. Fachleute des Strassenverkehrsamtes unterstützten sie dabei. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr mehr als 380 Personen in diesem Zusammenhang zur Anzeige gebracht und 41 nicht vorschriftsgemässe Fahrzeuge stillgelegt.

Diese Kontrollen werden auch in Zukunft kantonsweit koordiniert weitergeführt. Das automatisierte Erfassen von «Lärmsündern» ist zurzeit nicht möglich. Die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene fehlen und auch die technischen Geräte werden erst in Versuchsreihen getestet.

St. Galler Strategie zum Schutz vor Cyber-Risiken

Der Kanton St. Gallen hat als erster Kanton eine kantons-eigene Cyber-Schutz-Strategie erarbeitet. Die Strategie fokussiert auf die Zuständigkeiten des Kantons und klärt

dessen Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten im Cyber-Schutz gegenüber den St. Galler Akteuren (Bevölkerung, Gemeinden, Wirtschaft, Organisationen mit kantonaler Beteiligung und Kritischen Infrastrukturen). Sie ist in die nationalen Cyber-Schutz-Strategien eingebettet und setzt insbesondere die Schwerpunktziele «Umfassende Sicherheit» und «Gesellschaftliche Digitalisierung» um. Die Strategie ist auf höchster Ebene angesiedelt und richtet sich in erster Linie an die Regierung. Umgesetzt wird die Strategie im Rahmen der Schwerpunktplanung 2021–2031 unter Berücksichtigung der IT-Bildungsoffensive und der Digitalisierungsstrategie. Damit wird sie in einem strukturierten Prozess umfassend adaptiert.

«Die Cyber-Schutz-Strategie des Kantons St. Gallen ist zu finden unter <https://kanton.sg/f0>»

In der Strategie sind auch bereits Aufgaben mit grossem Handlungsbedarf identifiziert. Diese werden vorgezogen und im Hinblick auf die Schwerpunktplanung konkretisiert. Dies gilt namentlich für:

- den Single Point of Contact für die Staatsverwaltung,
- eine Anlaufstelle für die Öffentlichkeit,
- Vorgaben und Muster für die Implementierung des Cyber-Schutzes bei Organisationen mit kantonaler Beteiligung,
- das Gesamtkonzept (auch) zum Schutz vor Cyber-Risiken für Kritische Infrastrukturen.

Sicherheitspolizeiliche Einsätze der Kantonspolizei 2016–2020

	2016			2017			2018			2019			2020		
	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E
Rapperswil-Jona Lakers	882	105	3	2092	249	7	4250	506	8	3041	362	6	361	43	1
FC St. Gallen	2024	241	10	2058	245	11	2243	267	11	2150	256	12	202	24	1
FC Wil	2629	313	6	2890	344	7	1789	213	5	2461	293	6	0	0	0
FC Vaduz	865	103	5	0	0	0	84	10	1	176	21	1	0	0	0
Länderspiele AFG Arena	227	27	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere Einsätze (Demos usw.)	1982	236	3	1176	140	1	0	0	0	0	0	0	920	92	2
Jahrestotal	8609	1025	28	8216	978	26	8366	996	25	7828	932	25	1483	159	4

h Stunden MA Mitarbeitende E Einsätze

Ausblick 2021

Das Sicherheits- und Justizdepartement wird die Umsetzung der Cyber-Schutz-Strategie weiterhin begleiten. Einen weiteren Schwerpunkt bildet 2021 die Auswertung der Erkenntnisse aus der Bewältigung der Corona-Pandemie. Falls nötig, werden dabei auch Anpassungen in die Wege geleitet. Fragen zur Funktionsweise des KFS, zur Optimierung der Führungsunterstützung, zur Zusammenarbeit mit den Regionalen Führungsstäben usw. werden zu prüfen sein, dies auch im Licht parlamentarischer Vorstösse (42.20.18 und 43.20.03).

Ausländerbestand steigt weiter

Ausländerbestand im Kanton St. Gallen

	2018	2019	2020
Bestand ausländische Wohnbevölkerung	122 403	124 679	126 816
Ende Jahr total			
Bestand ständige ausländische Wohnbevölkerung	119 834	122 375	124 999
– davon: EU-28/EFTA (Freizügigkeitsabkommen)	69 562	71 464	73 684
– davon: Drittstaaten	50 272	50 911	51 315
Grenzgänger (gemäss Grenzgängerstatistik)	–	9 200	9 395
Grenzgängerbewilligungen	11 545	11 689	11 871

Integrationsvereinbarungen Kanton St. Gallen

	2018	2019	2020
Geführte Integrationsgespräche	585	913	871
Total abgeschlossene Integrationsvereinbarungen, davon:	568	868	780
IntV Familiennachzug	276	852	740
IntV mit vorläufig aufgenommenen Personen (F)	278	0	0
IntV mit Brückenpersonen	3	0	4
IntV mit bereits anwesenden Drittstaatsangehörigen	11	16	36

Zwangsmassnahmen Kanton St. Gallen

	2018	2019	2020
Eingrenzungen	15	136	48
Ausgrenzungen	20	14	16
Ausschaffungen nach AIG (ohne Dublin)	266	214	95
Ausschaffungen nach AsylG (ohne Dublin)	52	24	5
Dublin-Ausschaffungen (Asyl und AIG)	98	51	17
Total Ausschaffungen	416	289	117

Quelle: ZEMIS und Migrationsamt SG

8. Gesundheitsdepartement



Regierungspräsident Bruno Damann
Vorsteher Gesundheitsdepartement

Wie hat die Corona-Pandemie Sie persönlich herausgefordert?

Als neuer Vorsteher des Gesundheitsdepartementes und als Regierungspräsident kommunizierte ich die Pandemie-Massnahmen der Regierung und musste dabei die Anfeindungen der Kritikerinnen und Kritiker aushalten. Zudem wurde ich selbst positiv auf das Virus getestet. Glücklicherweise zeigte ich nur leichte Krankheitssymptome.

Wie hat sich die Pandemie auf die Arbeit Ihres Departementes ausgewirkt?

Das gesamte Gesundheitsdepartement mit all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeitete im «Corona-Modus». Sie fokussierten sich auf die Bekämpfung der Pandemie, leisteten ausserordentliche Arbeit mit viel Engagement und Überstunden. Neue Strukturen in der IT und der Rekrutierung, Anpassungen der Infrastrukturen sowie das Contact Tracing wurden innert kürzester Zeit installiert. Die interdepartementale wie auch die innerdepartementale Zusammenarbeit wurde verstärkt.

Wo konnte Ihr Departement abseits der Pandemie Akzente setzen?

Die Erlasse der Vorlage zur Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde hiess der Kantonsrat in der Novembersession gut. Damit kamen wir auf politischer Ebene einen grossen Schritt weiter. In Walenstadt soll eine interkantonale Zusammenarbeit mit Graubünden und Glarus angegangen werden. Seit Anfang 2020 gilt zudem das neue Hundegesetz. Damit hat der Kanton von den Gemeinden diverse Vollzugsaufgaben übernommen. Die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten hat sich bereits gut eingespielt.

Was hätte im Jahr 2020 besser funktionieren können?

Keine Krisensituation gleicht der anderen. Bewährte Strukturen wie der Kantonale Führungsstab und die Aufgabenteilung zwischen den Departementen und der Staatskanzlei müssen je nach Krise adaptiert oder sogar neu organisiert werden. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Anpassungen mit weniger Reibungsverlusten vor sich gegangen wären.

Wo wollen Sie im Jahr 2021 Akzente setzen?

Die Umsetzung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde liegt mir sehr am Herzen. An den bisherigen Standorten Rorschach, Altstätten, Wattwil und Flawil werden regionale Gesundheits- und Notfallzentren (GNZ) konzipiert mit Leistungsangeboten, die auf die Regionen ausgerichtet sind und die lokal abgestützt werden, damit sie erfolgreich und nachhaltig umgesetzt werden können. Einen weiteren Fokus setzen möchte ich beim Projekt «Spitalversorgung Modell Ost» zur gemeinsamen Spitalplanung. Ziel ist es, die Spitallisten der sechs Kantone einander anzugleichen, um Synergien zu nutzen und eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung in der Ostschweiz sicherzustellen.

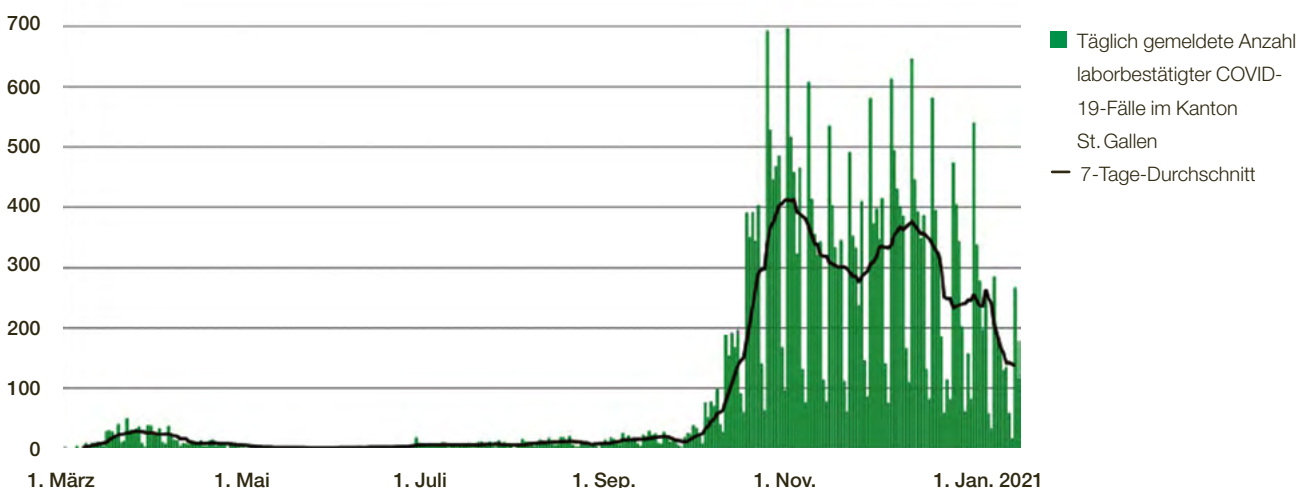
«Corona-Modus» als Normalzustand

Im Jahr 2020 konnten im Bereich der Gesundheitsversorgung zwei wichtige Meilensteine erreicht werden: Ende Februar besiegelte der Kanton St. Gallen zusammen mit Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus und Graubünden ein Projekt für eine gemeinsame Spitalplanung. Anfang Dezember verabschiedete der Kantonsrat zudem die Erlasse der Spitalvorlage und machte damit den Weg frei für eine Bereinigung der Spitallandschaft. Dominiert wurde das Jahr aber von der Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Am 2. März 2020 trat im Kanton St. Gallen die erste laborbestätigte Coronavirus-Infektion auf. Ab diesem Moment war das Coronavirus der Taktgeber im Gesundheitsdepartement. Die erste Welle im Frühling streifte den Kanton St. Gallen nur. Die Fallzahlen und die Hospitalisationen waren im schweizweiten Vergleich tief. Die zweite Welle im Herbst hingegen traf den Kanton mit grosser Wucht. Es mussten hohe Fallzahlen und leider auch viele Todesfälle verzeichnet werden. 60 Prozent der Todesfälle betrafen Bewohnerinnen und Bewohner von Betagten- und Pflegeheimen.

Bei der Pandemiebekämpfung lag ein Fokus auf der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung. Darum verpflichtete der Bundesrat in der ersten Welle die Spitäler, während mehrerer Wochen auf nicht dringend angezeigte medizinische Untersuchungen, Behandlungen und Eingriffe zu verzichten. Damit wurde sichergestellt, dass die Spitäler genügend Kapazitäten haben, um COVID-19-Patientinnen und -Patienten zu betreuen. Aufgrund dieses Behandlungsverbots verzeichneten die meisten Spitäler und Kliniken im Kanton St. Gallen erhebliche Ertragsausfälle. Diese konnten sie nicht mit Erträgen aus der Behandlung von

COVID-19-Fälle im Kanton St. Gallen im Jahr 2020





Bis Ende 2020 stand Ursula Meier Köhler, Projektleiterin Sturzprävention in der Versorgung (li.), über 80-mal vor der Kamera für das Erfolgsformat «Bliib fit – mach mit!». (Bild: GRIPS)

COVID-19-Patientinnen und -Patienten kompensieren. Die Regierung beschloss darum eine Entschädigung von rund 42,3 Millionen Franken zur Deckung der Ertragsausfälle.

Seit Beginn der Pandemie arbeiten die Mitarbeitenden des Gesundheitsdepartementes im «Corona-Modus». Die Bekämpfung der Pandemie bestimmt seit dem Frühling ihren Alltag und fordert viel Flexibilität und Einsatzbereitschaft.

«Die unvorhersehbare und rasche Entwicklung der Corona-Pandemie verlangte immer wieder nach raschen Entscheidungen und pragmatischen Umsetzungen.»

Die unvorhersehbare und rasche Entwicklung der Corona-Pandemie verlangte von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer wieder rasche Entscheidungen und pragmatische Umsetzungen. Zum Beispiel bei der Organisation von Schutzmaterial, beim Aufbau des Contact Tracing und der Testangebote oder bei den Vorbereitungen zur grössten Impfkaktion, die es im Kanton St. Gallen je gab. Parallel dazu musste Personal rekrutiert, die Infrastruktur erweitert und die Kommunikation ausgebaut werden.

Der Lockdown im Frühling 2020 veränderte auch den Alltag vieler Seniorinnen und Senioren und schränkte ihren Aktionsradius markant ein. Das Amt für Gesundheitsvorsorge entwickelte darum fast über Nacht eine Fernsehsendung, die ältere Menschen mit einfachen Turnübungen zu

Bewegung in den eigenen vier Wänden animiert. Das Format «Bliib fit – mach mit!» soll es der älteren Bevölkerung ermöglichen, auch in Krisensituationen gesund zu bleiben. Ursprünglich waren drei Episoden pro Woche geplant, dies während eines Monats. Das Bewegungsprogramm avancierte aber schnell zum Publikumshit und bekam viele positive Rückmeldungen. Deshalb wurde die Ausstrahlung bis zum Frühjahr 2021 verlängert. Bis Ende 2020 wurden bereits über 300 Folgen gesendet. Dieses Projekt des Gesundheitsdepartementes leistet einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Schwerpunktziels «Ganzheitliche Gesundheitsförderung».

Wegen der Corona-Pandemie konnten verschiedene Projekte nicht wie geplant bearbeitet werden. So fehlten beispielsweise die Ressourcen, um ein Projekt zur Stärkung der koordinierten Versorgung im Kanton St. Gallen zu starten.

Deutliche Zustimmung zur neuen Spitalstrategie

In der Novembersession hat der Kantonsrat die Erlasse der Vorlage «Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde» verabschiedet. Damit wird das stationäre Angebot künftig auf die vier Mehrspartenspitäler Grabs, Uznach, Wil und St. Gallen konzentriert. Am Spital Walenstadt wird das stationäre Angebot vorerst ebenfalls weitergeführt. Die Regierung wird bis Ende 2022 aber aufzeigen müssen, welche künftigen Möglichkeiten es für das Spital in Zusammenarbeit mit den Kantonsspitalern Graubünden und Glarus gibt. An den bisherigen Spitalstandorten Rorschach, Altstätten, Wattwil und Flawil werden regionale Gesundheits- und Notfallzentren (GNZ) mit ambulanten Leistungsangeboten etabliert. Sie sollen auf die regionalen Bedürfnisse abgestimmt sein und je nach Bedarf auch über ein Notfallangebot verfügen.

Treffen des Lenkungsausschusses des Projekts Spitalversorgung Modellplanung Ost im Regierungsgebäude in Herisau (Gesundheitsdirektionen, v.l.n.r.): Regierungsrat Rolf Widmer (GL), Frau Statthalter Monika Rüegg Bless (AI), Regierungsrat Urs Martin (TG), Regierungsrat Yves Noël Balmer (AR, Vorsitz), Regierungspräsident Bruno Damann (SG), Regierungsrat Peter Peyer (GR).
(Bild: Kantonskanzlei AR)



Die Spitalverbünde bieten ihre Unterstützung ergänzend dazu an. Die Projektgruppen setzen sich aus der niedergelassenen Ärzteschaft, den Spitalverbünden, den Standortbeziehungswiese den Regionenvertretern und den entsprechenden Partnern zusammen. Gemeinsam erarbeiten sie die Konzepte der regionalen Gesundheits- und Notfallzentren. Die Transformation startet bereits 2021 mit der Verschiebung der stationären Angebote der Standorte Rorschach und Flawil nach St. Gallen. 2028 soll die Transformation abgeschlossen sein.

Dieses Projekt des Gesundheitsdepartementes leistet einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Schwerpunktziele «Zukunftsfähige Infrastruktur» und «Zukunftsorientierte Reformen».

Schweizer Premiere bei der Spitalplanung

Zum ersten Mal in der Schweizer Gesundheitspolitik spannen mehrere Kantone bei der Planung der kantonalen Gesundheitsversorgung zusammen. Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden und St. Gallen wollen die Planung der Bereiche Akutsomatik, Rehabilitation und Psychiatrie gemeinsam angehen. Sie haben dazu am 26. Februar 2020 eine Absichtserklärung unterzeichnet. Im Dezember trat auch der Kanton Thurgau dem Projekt bei. Ziel ist es, die Spitallisten der einzelnen Kantone einander anzugleichen. Im Idealfall bestehen – dort, wo geografisch sinnvoll – gar gleichlautende Spitallisten. Damit kann eine Über-, Unter- oder Fehlversorgung vermieden werden. Die sechs Kantone sind überzeugt, dass sie mit einer koordinierten Spitalplanung Synergien nutzen und dadurch den Anstieg der Gesundheitskosten dämpfen können. Das käme auch den Prämienzahlerinnen und Prämienzahlern zugute.

Die Projektarbeiten dazu sind im September gestartet. Das Projektteam prüft in einem ersten Schritt anhand einer Modellplanung die Auswirkungen der gemeinsamen Planung auf die Qualität und die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringer, die Versorgungssicherheit, die Finanzen der Kantone oder die Krankenkassenprämien. Erkenntnisse aus der Modellplanung werden in zwei Jahren erwartet.

«Mit dem gemeinsamen und koordinierten Vorgehen wollen die Kantone eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung in der Ostschweiz sicherstellen.»

Dieses Projekt des Gesundheitsdepartementes leistet einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Schwerpunktziele «Zukunftsfähige Infrastruktur» und «Zukunftsorientierte Reformen».

Gesundheitsdepartement mit neuer Führung

Nach 16 Jahren als Vorsteherin des Gesundheitsdepartementes hat Heidi Hanselmann Ende Mai 2020 das Departement ihrem Nachfolger Bruno Damann übergeben. In ihrer Amtszeit ist es Heidi Hanselmann gelungen, zusammen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Gesundheitsversorgung weiterzuentwickeln, Präventionsprogramme zu verankern und Angebotslücken zu schliessen. Heidi Hanselmann hat dreimal die Regierung präsiert. Als Präsidentin der Gesundheitsdirektorinnen und -direktorenkonferenz (GDK) hat sie sich auch auf Bundesebene stark engagiert.



Ende Mai 2020 hat Heidi Hanselmann das Gesundheitsdepartement an Bruno Damann übergeben. Ebenfalls überreichte sie ihm einen Stafettenstab als symbolische Übergabe des Regierungspräsidiums.

Bruno Damann hat von seiner Vorgängerin ein gut eingespieltes Departement mit ausgewiesenen und engagierten Fachleuten übernommen und sich rasch in die laufenden Projekte vertieft. Viel Zeit für die Einarbeitung konnte er sich allerdings nicht erlauben, denn in seinem neuen Departement war er von Beginn an stark gefordert. In der Corona-Pandemie hat das Gesundheitsdepartement eine wichtige Koordinations- und Informationsfunktion. Parallel dazu diskutierte der Kantonsrat die Vorlage zur Weiterentwicklung der Spitalstrategie.

Gesunde St. Gallerinnen und St. Galler

84 Prozent der St. Galler Bevölkerung schätzen ihre Gesundheit als gut oder sehr gut ein. Dieses erfreuliche Resultat liefert der St. Galler Gesundheitsbericht des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums Obsan. Der Bericht zeigt aber auch, dass über ein Drittel an einer chronischen Erkrankung leidet und sich immer mehr Menschen einsam fühlen. Diese Erkenntnisse sind wichtig, um die Gesundheitspolitik im Kanton St. Gallen zu gestalten.



Zum ganzen Bericht gelangen Sie via QR-Code.



Gildo Da Ros ist neuer Generalsekretär

Die Regierung hat im Mai 2020 Gildo Da Ros als neuen Generalsekretär des Gesundheitsdepartementes gewählt. Zeitgleich bestimmte sie ihn auch zum Verwaltungsrat der Psychiatrieverbunde und zum Verwaltungsratspräsidenten des Zentrums für Labormedizin.

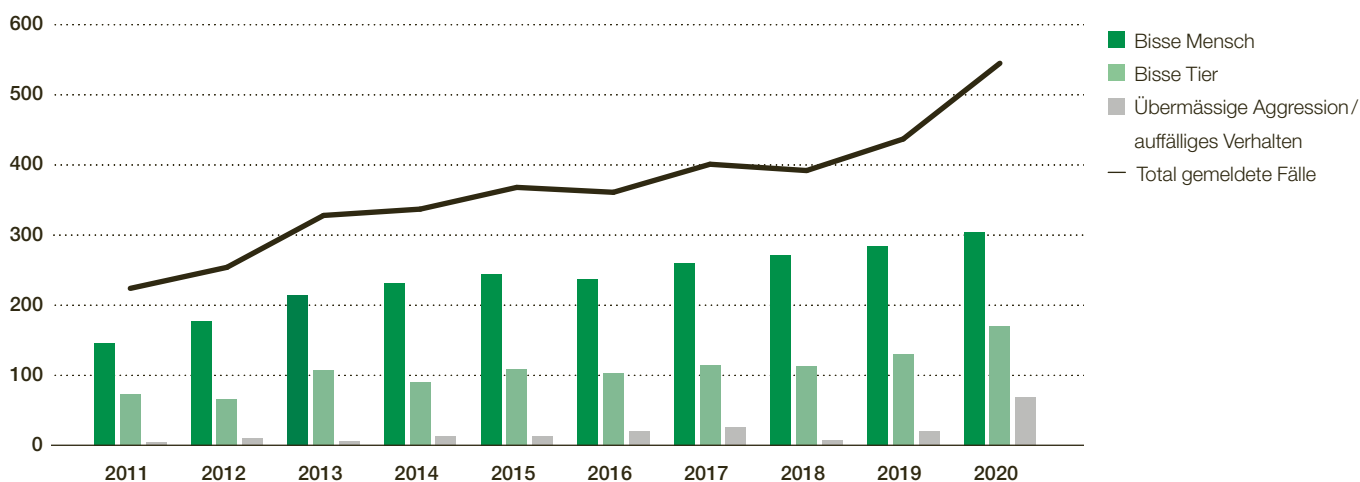
Gildo Da Ros verfügt über eine breite Praxiserfahrung in der Privatwirtschaft, aber auch in der Verwaltung. So war er neun Jahre Generalsekretär im Volkswirtschaftsdepartement, bevor er Regierungspräsident Bruno Damann ins Gesundheitsdepartement folgte.

Neues Hundegesetz bewährt sich

Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Hundegesetz des Kantons St. Gallen in Kraft. Es regelt die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden neu. Seit Anfang 2020 ist das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen AVSV zuständig für die Abklärung von Vorfällen mit Hunden sowie die Anordnung und Durchsetzung von Massnahmen. Dazu gehören beispielsweise aufwendige Abklärungen von Beissvorfällen, Wesensprüfungen und Anordnungen von Massnahmen zur Einschränkung der Hundehaltung. Die Gemeinden sind weiterhin zuständig für die Durchführung der Hundekontrolle sowie für die Erhebung der Hundesteuern.

Die Bilanz nach dem ersten Jahr mit den neuen Zuständigkeiten ist positiv. Den Fachpersonen im Amt ist es innert kurzer Zeit gelungen, die Zusammenarbeit mit der Kantons- und der Stadtpolizei, der Staatsanwaltschaft und den Gemeinden aufzubauen und zu festigen. Sie bearbeiteten zeitgerecht mehr als 500 Meldungen aus dem ganzen Kanton. Ihr Expertenwissen sorgt für eine sichere und gesellschaftsverträgliche Hundehaltung und dafür, dass die Hundehalterinnen und Hundehalter ihre Sorgfaltspflichten wahrnehmen.

Anzahl Meldungen auffälliger Hunde im Kanton St. Gallen



Die Anzahl Hunde, die im Kanton St. Gallen gehalten werden, hat in den letzten zehn Jahren zunächst stetig zugenommen und ist dann in den letzten drei Jahren mit rund 29'200 Hunden konstant geblieben. Die Meldungen zu Bissen und Auffälligkeiten nehmen trotzdem stetig zu.

Mit dem Hundegesetz leistet das Gesundheitsdepartement einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Schwerpunktziels «Umfassende Sicherheit».

«Wundermittel» mit ungewollten Nebenwirkungen

Nahrungsergänzungsmittel mit teilweise gesundheitsgefährdenden Zutaten werden oft über das Internet angeboten. Dabei ist häufig nicht nur der Inhalt bedenklich, sondern auch die Verpackung und die Anpreisung auf den Websites. So wird beispielsweise eine einfache Aminosäure angepriesen als «Wundermittel für die fördernde Wirkung auf die männliche Erektionsfähigkeit, die Steigerung der Libido und gleichzeitig auch speziell wichtig für Kinder».

Im Sommer 2020 entdeckten Mitarbeitende des Amtes für Verbraucherschutz und Veterinärwesen AVSV eine ganze Palette solch zweifelhafter Produkte. Trotz der Corona-Pandemie ist es ihnen spontan gelungen, eine schweizweite Kampagne unter den kantonalen Laboratorien zu lancieren. Dabei konnten in einer koordinierten Aktion die Produkte eines Ringes von Internetanbietern kontrolliert werden. Etliche der untersuchten Nahrungsergänzungsmittel stellten eine Gesundheitsgefährdung für Konsumentinnen und Konsumenten dar und mussten vom Markt genommen werden. Die Gründe dafür waren unerlaubte Inhaltsstoffe, Höchstmengenüberschreitungen von Inhaltsstoffen und fehlende Warnhinweise. Sämtliche geprüften Online-Shops bewarben ihre Produkte ausserdem mit täuschenden und verbotenen Anpreisungen.

Ausblick 2021

Die Impfkampagne gegen das Coronavirus wird ab Anfang Januar 2021 über den ganzen Kanton ausgerollt. Weil zu Beginn der Impfstoff nur in kleinen Mengen verfügbar ist, muss die Impfung gestaffelt erfolgen. Im Jahr 2021 beginnt die Umsetzung der Spitalstrategie mit der Verschiebung der stationären Angebote der Standorte Rorschach (Anfang 2021) und Flawil (ca. Mitte 2021) und der Konzeption der regionalen Gesundheits- und Notfallzentren. Zu den vom Kantonsrat beschlossenen Finanzierungsvorlagen zugunsten der Spitäler finden voraussichtlich im Juni 2021 Volksabstimmungen statt. Im Projekt «Spitalversorgung Modell Ost» zur gemeinsamen Spitalplanung wird eine erste Modellplanung für den akutsomatischen Bereich erstellt und die Auswirkungen auf die beteiligten Kantone geprüft. Ausserdem startet das Aufarbeitungsprojekt «Experimentelle Medikamentenversuche in psychiatrischen Kliniken im Kanton St. Gallen zwischen 1950 und 1980».

Grenzerfahrung im Jahr 2020

Das Jahr 2020 war geprägt durch die Corona-Pandemie. Die Grenzschiessungen im Frühjahr haben dem Vierländereck vor Augen geführt, wie stark die Bodenseeregion als gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum verwoben ist. Diese Erfahrung führte dazu, dass die Nachbarregionen enger zusammenrückten. Im Rahmen der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) sprachen sich die Regierungschefs der Kantone und Länder aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein dafür aus, aus den Erfahrungen zu lernen und ein koordiniertes und zielgerichtetes Vorgehen in der Grenzregion zu fördern. Konkret wurde auf regionaler Ebene ein Informationsaustausch zwischen den Systempartnern im Gesundheitswesen eingeführt.





Regierungsrat Fredy Fässler übernimmt den IBK-Vorsitz.



Regierungspräsident Bruno Damann, EU-Botschafter Petros Mavromichalis und Regierungsrat Marc Mächler diskutierten die Beziehungen des Kantons St. Gallen mit der Europäischen Union.

Der Grenzzaun, der die Bodenseeregion im März 2020 entzweite, ist ein Sinnbild der Grenzerfahrung des vergangenen Jahres. «Dialog fördern – Vernetzung stärken» wählte Regierungsrat Fredy Fässler deswegen als Motto für das St. Galler Vorsitzjahr 2021. Der Kanton will den Dialog über die Grenzen hinweg intensivieren und den Austausch zu gemeinsamen Herausforderungen stärken. Damit soll die Bodenseeregion gestärkt aus der Krise kommen.

30 Jahre «Interreg»

Im Jahr 2020 gab es auch Gründe zu feiern. «Interreg», das grenzüberschreitende Förderinstrument der Europäischen Union, feierte sein 30-jähriges Bestehen. Der Bund und die Schweizer Kantone sind seit den Anfängen im Jahr 1990 Teil dieser europäischen Initiative. Sie soll Menschen, Unternehmen, Institutionen, Gemeinden, Regionen und Länder zusammenführen und sie animieren, über Staatsgrenzen hinweg Projekte umzusetzen. Von Beginn an leitet die «Netzwerkstelle Ostschweiz» mit Sitz in St. Gallen die Schweizer Beteiligung am «Interreg»-Programm «Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein». Die Programmregion blickt auf eine lange Tradition der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zurück. Mit bisher über 450 Projekten leistet «Interreg» einen wichtigen Beitrag dazu.

Beziehungspflege im digitalen Zeitalter

Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg lud die Regierungsmitglieder der Schweizer Grenzkantone am 20. November 2020 zu einem virtuellen Arbeitsgespräch ein. Der digitale Dialog hatte zwei Aspekte zum Ziel: Zum einen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Herausforderungen der Corona-Pandemie. Zum anderen behandelten sie die Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz. Die Ostschweiz und Zürich befinden sich im Ranking der Europäischen Kommission unter den sechs innovativsten Regionen Europas. Ein virtueller Besuch des «Cyber Valley» in Tübingen – eines der führenden Institute im Bereich des maschinellen Lernens – sowie des Zentrums für digitalisierte Medizin in Tübingen rundete den Austausch ab.

Am 24. September 2020 empfing die Regierung Petros Mavromichalis, den Botschafter der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein. Im Zentrum des Besuchs stand der Austausch über die wirtschaftlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Beziehungen des Kantons St. Gallen mit der Europäischen Union. Insbesondere thematisierten die Vertreterinnen und Vertreter die grenzüberschreitende Zusammenarbeit St. Gallens mit den Nachbarregionen.

Interessenvertretung auf Bundesebene

Die Regierung hat sich im Berichtsjahr regelmässig mit den sankt-gallischen Mitgliedern der Bundesversammlung ausgetauscht. An der Zusammenkunft vom 25. August 2020 informierte die Regierung über die aktuelle Lage der Corona-Pandemie im Kanton St. Gallen. Sie thematisierte die kantonale Corona-Strategie und die kantonale Finanzierung von Ertragsausfällen. Zudem diskutiert wurden das Verhältnis der Totalrevision des CO₂-Gesetzes zur kantonalen Revision des Energiegesetzes sowie der Entwicklungsplan der St. Galler Hochschulen. Zur Sprache kam ausserdem die St. Galler Strategie zum Schutz vor Cyber-Risiken im Verhältnis zur schweizweiten Strategie. Im Rahmen der halbjährlich institutionalisierten Zusammenkünfte werden die sankt-gallischen Mitglieder der Bundesversammlung für die Anliegen des Kantons sensibilisiert und mit Hintergrundinformationen bedient.

Bundesratsbesuch in St. Gallen

In Zusammenhang mit der Corona-Pandemie besuchte Bundesrat Alain Berset am 12. Oktober 2020 St. Gallen. Dabei tauschte er sich mit Regierungspräsident Bruno Damann und Regierungsrat Fredy Fässler zu den aktuellen Entwicklungen im Kanton aus. Bei einem Treffen mit den obersten Funktionären des FCSG im Kybunpark konnten sich die Delegationen von Bund und Kanton ein Bild über das Schutzkonzept des FCSG machen. Ein Besuch im Zentrum für Labormedizin zeigte den Delegationen die Situation in Bezug auf die Testkapazitäten auf.

Zusammenarbeit zwischen den Ostschweizer Kantonen

Die Bewältigung der Corona-Pandemie erforderte eine ständige und intensive Abstimmung zwischen Bund und Kantonen. Die Regierung war auch in der dringlichen Situation stets um ein möglichst koordiniertes Vorgehen gegenüber der Bundesverwaltung und der Bundesversammlung bemüht. Sie hat daher ihre Interessen aktiv in den relevanten Gremien auf nationaler und kantonaler Ebene vertreten.

«Die Bewältigung der Corona-Pandemie erforderte eine ständige und intensive Abstimmung zwischen Bund und Kantonen.»

Zwischen den Ostschweizer Kantonen fanden innerhalb der regionalen Fachkonferenzen Ostschweiz regelmässige Absprachen statt. Dabei wurden Verschärfungen oder Lockerungen von Schutzmassnahmen, die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung oder die finanzielle Unterstützung von betroffenen Unternehmen diskutiert. So hat sich die Volkswirtschaftsdirektoren-Konferenz Ost (VDK-Ost) im Frühling in einem Schreiben an den Bundesrat für die Interessen der Ostschweizer Bergbahnen eingesetzt. Im Verlauf des Herbstes haben verschiedene Koordinationsgespräche stattgefunden, beispielsweise im Rahmen der Vernehmlassung des Bundes zur Corona-Härtefallverordnung.



Bundesrat Alain Berset konnte sich beim Besuch im Kybunpark ein Bild vom Schutzkonzept des FCSG machen.



Regierungspräsident Bruno Damann sensibilisiert die sankt-gallischen Mitglieder der Bundesversammlung für die Anliegen des Kantons.

nung oder im Zusammenhang mit der Offenhaltung beziehungsweise Schliessung der Skigebiete. Die Gesundheitsdirektorinnen- und Gesundheitsdirektoren-Konferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein (GDK-Ost) tauschte sich regelmässig in Telefonkonferenzen aus. Ziel der GDK-Ost war, die verschiedenen Corona-Massnahmen soweit als möglich zwischen den Kantonen zu koordinieren. In Zusammenhang mit der Finanzierung von coronabedingten Ertragsausfällen und Mehrkosten der Spitäler forderte die GDK-Ost zudem wiederholt eine angemessene Beteiligung des Bundes.

Spitalversorgung Modell Ost

Die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden und St. Gallen haben im September 2020 eine Modellplanung für die Spitalversorgung in Auftrag gegeben. Im Rahmen eines Treffens der Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren vom 4. Dezember 2020 trat auch der Kanton Thurgau dem Projekt bei. Ziel des Projekts ist es, die Spitalisten der sechs Kantone einander anzugleichen. Weitere Informationen zur gemeinsamen Spitalplanung sind im Abschnitt des Gesundheitsdepartementes nachzulesen.

Ausbau von internationalen Bahnverbindungen

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit zeigt auch beim Ausbau der internationalen Bahnverbindungen Wirkung. Mit dem Ausbau der Eurocity-Verbindungen Richtung München ab Dezember 2020 hat sich die Anbindung der Ostschweiz an die Bundesländer Vorarlberg und Bayern sowie die Metropolitanregion München deutlich verbes-

sert. Ergänzend planen die Bestellerkantone sowie der Bund, Vorarlberg und Bayern zusätzliche Regio-Express-Verbindungen zwischen Rorschach, St. Margrethen, Bregenz und Lindau. Damit können im Bodenseeraum stündliche Verbindungen angeboten werden. Ab Dezember 2021 beginnt die schrittweise Umsetzung. Mittelfristig wollen Vorarlberg und St. Gallen das Angebot der grenzüberschreitenden S-Bahnen weiter verbessern. So soll eine halbstündliche Verbindung zwischen St. Gallen und Bregenz/Dornbirn möglich sein. Die langfristige Entwicklung wird aktuell mit dem Projekt «Bodanrail 20XX» der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) geplant. Ziel ist ein grenzüberschreitendes, vernetztes Bahnsystem rund um den Bodensee.

Charta für den Metropolitanraum Bodensee unterzeichnet

Die Charta zum Metropolitanraum Bodensee wurde am 19. Februar 2020 von Vertreterinnen und Vertretern der Ostschweiz und von den Bodenseeanrainern in Bregenz unterzeichnet. Damit kann die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter verbessert werden. Der Metropolitanraum Bodensee umfasst einen Wirtschafts- und Lebensraum mit rund 750 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr als 400 000 Beschäftigten. Dazu gehören im Kern die vier Agglomerationsräume Rheintal einschliesslich Bregenz und Lindau, St. Gallen-Bodensee, Werdenberg-Liechtenstein und Wil. Alle Regionen stehen im Wettbewerb um Ansiedlungen, Investitionen und qualifizierte Arbeitskräfte. Um die Kräfte zu bündeln, wurden in einer gemeinsamen Charta Ziele, Strategie und Organisation für eine verstärkte Zusammenarbeit festgehalten.



Regierungsrat Marc Mächler, Landesrat Marco Tittler, Martin Ohneberg, Präsident der Industriellenvereinigung Vorarlberg, Markus Bänziger, Direktor der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell.

Regierungscontrolling

Das Controlling stellt relevante Informationen für eine wirksame und effiziente Steuerung von Verfahren und Prozessen bereit und trägt so zur bestmöglichen Zielerreichung der Staats-tätigkeit bei. Zu diesem Zweck wird der Stand der Umsetzung der strategischen Ziele der Schwerpunktplanung 2017–2027 dargestellt. Das Projektportfolio und die Übersicht über die Gesetzesvorhaben erhöhen die Transparenz und verbessern die Koordination.



Hinweise zur Berichterstattung

Ein wesentliches Ziel der Planungs- und Steuerungsinstrumente des Kantons St. Gallen ist, damit auf für die Entwicklung des Kantons St. Gallen relevante Kenngrößen zu fokussieren. Im vorliegenden Bericht zum Regierungscontrolling wurden in diesem Sinn für die strategischen Ziele Indikatoren gewählt, die Aussagen zu wichtigen Entwicklungen im betreffenden Themenfeld abbilden und wo immer möglich Hinweise zur Situation des Kantons St. Gallen im Vergleich zu ausgewählten Kantonen und dem schweizerischen Durchschnitt geben. Die Tatsache, dass

sich die Kantone in zahlreichen Aspekten unterscheiden, beschränkt dabei die Vergleichbarkeit. Hinzu kommt, dass die Wirkungszusammenhänge der strategischen Ziele äusserst komplex und dadurch oft nur begrenzt fassbar und steuerbar sind. Strategische Ziele sind im Unterschied zu operativen Zielen deshalb nicht bzw. nur eingeschränkt messbar. Aus den abgebildeten Indikatoren können jedoch wichtige Erkenntnisse für mögliche Handlungsfelder gewonnen werden. Für ein strategisches Ziel konnte dabei kein geeigneter Indikator gefunden werden.

Berichterstattung zu den strategischen Zielen der Schwerpunktplanung

1 Strukturen optimieren

1.1 Strategisches Ziel «Funktionale Räume»

Der Kanton St. Gallen erfüllt seine Aufgaben in Abstimmung mit den Gemeinden, den Regionen und den Nachbarn effizient in funktionalen Räumen. Die von der Bevölkerung im Alltag wahrgenommenen Auswirkungen von Gebietsgrenzen sind klein.

Leistungen der Departemente

Die Agglomerationen Obersee, Rheintal, St. Gallen-Bodensee und Wil sind grenzüberschreitend organisiert und haben in den letzten drei Jahren Agglomerationsprogramme der vierten Generation erarbeitet. Die Programme durchlaufen im Jahr 2021 die Vernehmlassung und sollen im Herbst 2021 beim Bund eingereicht werden. Bei der laufenden Überarbeitung des kantonalen Richtplans dient das Raumkonzept Kanton St. Gallen als Basis. Das überarbeitete Kapitel «Verkehr» geht im Jahr 2021 in die Vernehmlassung. Das Abbau- und Deponiekonzept wurde erneuert und es ist ein Landschaftsentwicklungskonzept in Arbeit. Diese Konzepte dienen anschliessend als Grundlage für die Überarbeitung der Richtplankapitel «Natur und Landschaft» sowie «Versorgung und Entsorgung».

Im Februar 2020 wurde die Charta zum Metropolitanraum Bodensee von Akteuren aus Politik und Wirtschaft unterzeichnet. Das erste Forum zum Thema Erreichbarkeit im Jahr 2022 ist in Vorbereitung. Der Kanton St. Gallen begleitet das umfangreiche «Projekt 2023» zur Vereinigung der Gemeinden Oberhelfenschwil, Neckertal und Hemberg samt Inkorporation der drei lokalen Schulgemeinden, worüber im Juni 2021 abgestimmt wird.

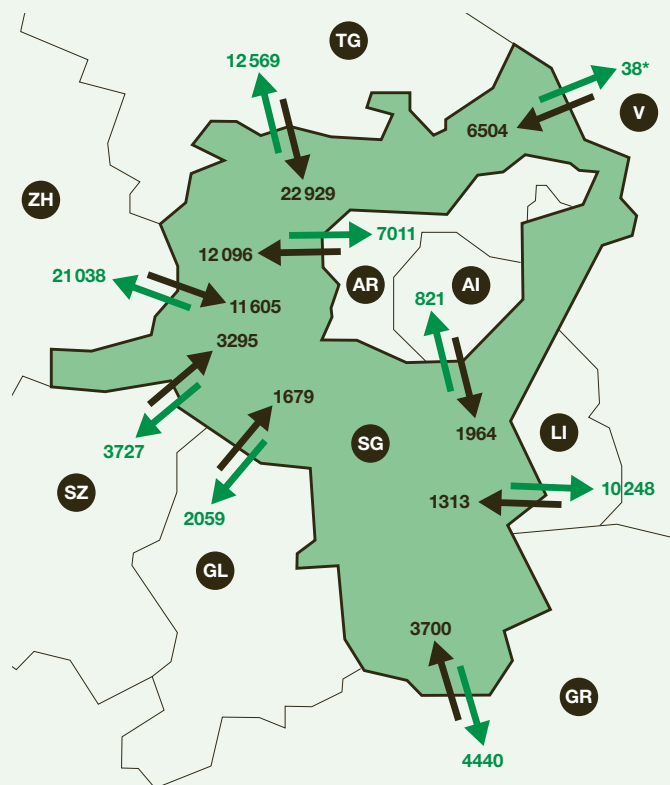
Erläuterungen zum Indikator «Pendlersaldo»

Bewegungen von erwerbstätigen Pendlerinnen und Pendlern in den oder aus dem Kanton St. Gallen bestehen zu nahezu allen Schweizer Kantonen sowie zum nahen Ausland. Grosse Pendlerströme bestehen dabei zu den Kantonen Zürich, Thurgau und Appenzell Ausserrhodens und nach Liechtenstein. So pendelten im Dezember 2018 beispielsweise rund 21 038 Personen, die ihren Wohnsitz im Kanton St. Gallen hatten, in den Kanton Zürich zur Arbeit. Gleichzeitig pendelten rund 11 605 Personen, die im Kanton Zürich wohnten, zur Arbeit in den Kanton St. Gallen. Die Pendlerbewegungen innerhalb der Schweiz haben seit dem Jahr 2014 tendenziell zugenommen, sowohl vom Kanton St. Gallen in die Nachbarkantone als auch umgekehrt.

Insgesamt wies der Kanton St. Gallen im Dezember 2018, ohne Berücksichtigung der Pendlerströme aus dem Ausland, einen positiven Pendlersaldo auf, das heisst, es pendelten mehr Erwerbstätige aus anderen Kantonen zur Arbeit in den Kanton St. Gallen als umgekehrt.

Pendlersaldo:

Pendlerströme von Erwerbstätigen zwischen dem Kanton St. Gallen und der Schweiz (Dezember 2018), Liechtenstein und Vorarlberg (Dezember 2019)



Erwerbstätige aus dem Kanton St. Gallen, die zur Arbeit in die übrigen, nicht angrenzenden Kantone pendelten: 3179 Personen

Erwerbstätige, die zur Arbeit aus den übrigen, nicht angrenzenden Kantonen in den Kanton St. Gallen pendelten: 2226 Personen

Anmerkung: Als Erwerbstätige innerhalb der Schweiz gelten Personen, die im Dezember 2018 eine oder mehrere Beschäftigungen mit einem AHV-pflichtigen Lohn von wenigstens 2300 Franken je Beschäftigung und Jahr aufwiesen.

* Diese Angabe bezieht sich auf Erwerbstätige aus der ganzen Schweiz. Sie basiert auf Daten des österreichischen Sozialversicherungsträgers und erfasst nur Personen mit Schweizer Nationalität und ausländischer Wohnadresse. Sie unterschätzt daher die tatsächliche Anzahl Grenzgängerinnen und Grenzgänger.

Quelle: Bundesamt für Statistik, Amt für Statistik Liechtenstein und Arbeitsmarktservice Vorarlberg; eigene Darstellung.

1.2 Strategisches Ziel «Zukunftsfähige Infrastruktur»

Der Kanton St. Gallen verfügt über eine bedarfsgerechte, zukunftsfähige und moderne Infrastruktur. Diese ermöglicht der Bevölkerung die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben.

Leistungen der Departemente

Das St. Galler Energiekonzept 2021–2031 leistet mit Massnahmen bezüglich Wärmeversorgung, energieeffizienter Bauten und erneuerbarer Energien einen wichtigen Beitrag für eine zukunftsfähige Infrastruktur. Der Bericht zu Chancen und Potenzial der Elektromobilität sowie zu den bestehenden Rahmenbedingungen im Kanton St. Gallen wurde vom Kantonsrat beraten. Die Massnahmen werden ab dem Jahr 2021 umgesetzt.

Das Bundesgericht hat die Beschwerde gegen die Plan-genehmigung des Doppelspurausbaus Uznach–Schmerikon abgewiesen. Die Bauarbeiten starten im Jahr 2021. Künftig verkehren stündlich zwei direkte Züge zwischen St. Gallen und Rapperswil. Ziegelbrücke und Rapperswil werden mit halbstündlich verkehrenden S-Bahnen verbunden. Der Bahnhof Uznach wird ausgebaut und als regionaler Umsteigeknoten gestärkt. Das Stimmvolk des Fürstentums Liechtenstein hat das Projekt S-Bahn Liechtenstein abgelehnt. Das grenzüberschreitende Agglomerationsprogramm Werdenberg-Liechtenstein verliert damit sein Hauptanliegen und wird vorerst gestoppt. Die Güterverkehrsstrategie ist in

Erarbeitung; es wurde eine Grundlagenanalyse erstellt. In der Corona-Krise wurde die Basisinfrastruktur im Bereich IT modernisiert und dabei insbesondere der Anteil der mobilen Nutzungsmöglichkeiten erhöht.

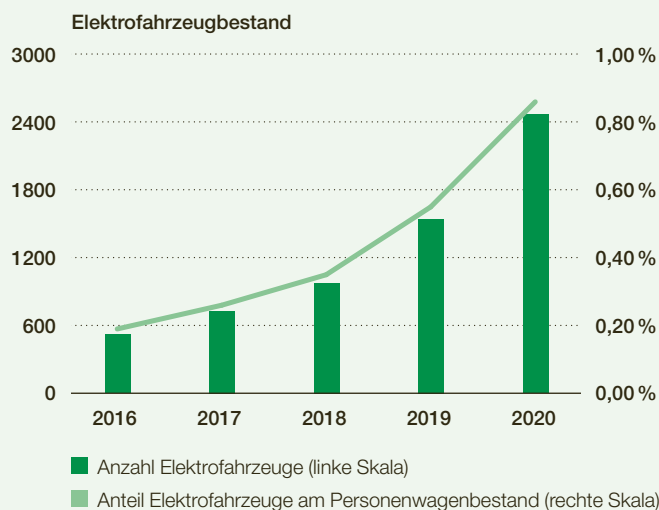
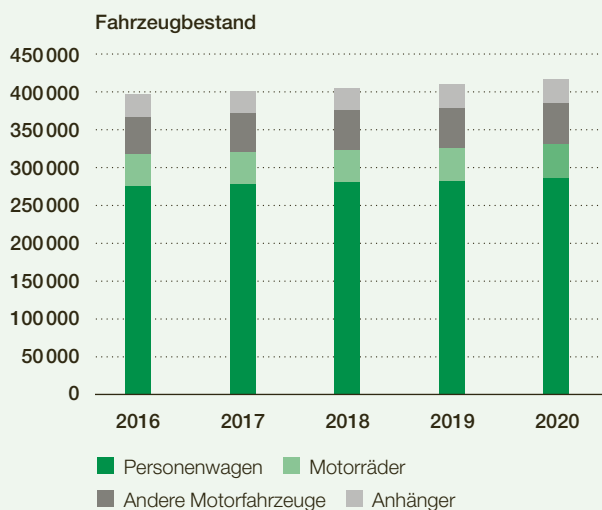
Der Erweiterungsbau Regionalgefängnis Altstätten und das Klanghaus Toggenburg sind in Arbeit; die Erweiterung des Massnahmenzentrums Bitzi ist in Bau. Der Holzbau des Provisoriums für das Theater St. Gallen war im September 2020 bezugsbereit und soll für zwei Saisons als Spielstätte dienen. Die Planungen für das Unterhalts- und Handwerkerzentrum der Strafanstalt Saxerriet wurden weiter vorangetrieben.

Erläuterungen zum Indikator «Fahrzeugbestand»

Der Fahrzeugbestand wächst im Kanton St. Gallen kontinuierlich. Im Jahr 2020 betrug der Bestand rund 385 873 Motorfahrzeuge, mehrheitlich Personenwagen, sowie 31 219 Anhänger. Mit einer Zunahme von 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr nahm der Fahrzeugbestand im Jahr 2020 leicht stärker zu als in den Vorjahren. Stärker gewachsen als im Vorjahr ist insbesondere der Bestand an Motorrädern (+4,7 %; Vorjahr: +0,4 %), aber auch jener der Personenwagen (+1,2 %; Vorjahr: +0,8 %) sowie jener der Industriefahrzeuge (+4,0 %; Vorjahr: +2,6 %). Ein starkes Wachstum erleben auch die Elektrofahrzeuge. Im Jahr 2020 betrug ihr Bestand im Kanton St. Gallen knapp 2500 Fahrzeuge (entspricht rund 0,9 % des Personenwagenbestands).

Fahrzeugbestand:

Fahrzeugbestand nach Fahrzeugtypen sowie Elektrofahrzeugbestand im Kanton St. Gallen (2016–2020)



Anmerkung: Zu den «Anderen Motorfahrzeugen» zählen Personentransportfahrzeuge, Sachentransportfahrzeuge, landwirtschaftliche Fahrzeuge und Industriefahrzeuge. Anhänger werden vom Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt wie Motorfahrzeuge behandelt und wie Fahrzeuge eingelöst und geprüft. Sie sind in der Grafik deshalb ebenfalls aufgeführt.

Quelle: Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt des Kantons St. Gallen; eigene Darstellung.

2 Ressourcen entfalten

2.1 Strategisches Ziel

«Innovative Bildung und Forschung»

Der Kanton St. Gallen verfügt über herausragende, breit vernetzte und innovative Bildungs-, Wissens- und Forschungsinstitutionen, die mit der Wirtschaft eng verflochten sind und die benötigten Fachkräfte ausbilden.

Leistungen der Departemente

In dem bis ins Jahr 2026 angelegten Programm der IT-Bildungsoffensive wurden sechs Projekte begonnen. Die Gründung der School of Computer Science an der Universität St. Gallen, der Start der ICT-Scouts bei Smartfeld und der breite Einsatz der MINT-Experimentierkoffer von SimplyNano sind erste Lieferergebnisse der Offensive. Die schweizweit innovativen St. Galler Lernfördersysteme wurden weiterentwickelt. Im Projekt «Gymnasium der Zukunft» wurde ein Schwergewicht auf die Auseinandersetzung mit der digitalen Transformation gelegt. In der Berufsbildung wurden Lehrplanprojekte aufgesetzt, um die anstehenden Reformen massgeschneidert auf die Wirtschaftsstruktur des Kantons St. Gallen umzusetzen. Die drei vormals selbstständigen Fachhochschulen mit Standorten im Kanton wurden zur Ost – Ostschweizer Fachhochschule zusammengeschlossen. Diese hat ihren Betrieb aufgenom-

men, womit unter St. Galler Führung ein kraftvoller Motor für Bildungs- und Transferleistungen zugunsten der Wirtschaft und Gesellschaft im Grossraum Ostschweiz-Liechtenstein geschaffen wurde.

Der Stiftungsrat von Switzerland Innovation hat entschieden, beim Bundesrat die Aufnahme des Innovationsparks Ost ins nationale Netzwerk zu beantragen. Mit dem formalen Beschluss des Bundesrates im Jahr 2021 wird dieser den Unternehmen und Bildungsstätten der Region Ostschweiz als Plattform für die Zusammenarbeit dienen.

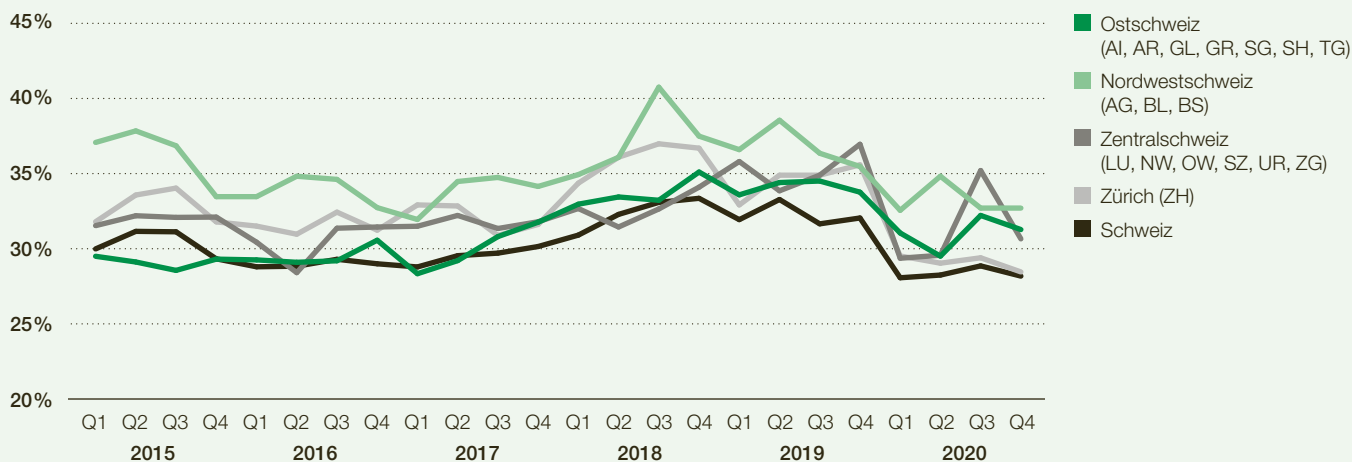
Erläuterungen zum Indikator

«Fachkräftemangel»

Der Anteil der personalsuchenden Betriebe des zweiten und dritten Wirtschaftssektors, die Schwierigkeiten oder keinen Erfolg beim Finden von qualifizierten Arbeitskräften haben, sank in der Ostschweiz im ersten und zweiten Quartal 2020 deutlich, nachdem er seit dem Jahr 2018 auf einem konstant hohen Niveau lag. Der Rückgang fällt zeitlich mit den vom Bundesrat verordneten wirtschaftlichen Einschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zusammen. Ob und wenn ja, in welchem Ausmass ein Zusammenhang zur Corona-Pandemie besteht, ist jedoch nicht geklärt. Zuletzt nahm der Anteil der personalsuchenden Betriebe mit Schwierigkeiten in der Ostschweiz wieder zu und lag im vierten Quartal 2020 mit 31,3 Prozent rund 3 Prozentpunkte höher als der gesamtschweizerische Durchschnitt von 28,2 Prozent.

Fachkräftemangel:

Anteil der Betriebe des zweiten und dritten Wirtschaftssektors mit Schwierigkeiten oder keinem Erfolg beim Finden von qualifizierten Arbeitskräften im Vergleich der Grossregionen (Q1 2015–Q4 2020)



Anmerkung: Als qualifizierte Arbeitskräfte gelten Personen mit einer Berufslehre, mit einer höheren Berufsbildung oder einem Hochschulabschluss.

Quelle: Bundesamt für Statistik; eigene Darstellung.

2.2 Strategisches Ziel «Widerstandsfähige Ökosysteme»

Der Kanton St. Gallen verfügt über widerstandsfähige Ökosysteme, die sich den Klimaveränderungen anzupassen vermögen. Die Biodiversität ist reichhaltig.

Leistungen der Departemente

Die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie 2018–2025 ist auf Kurs. Nach der Zustandserfassung aller geschützten Moore und Trockenwiesen folgt deren Sanierung. Besonders erfolgreich verläuft die Umgestaltung von Frei- und Grünflächen kantonaler und kommunaler Bauten und Anlagen sowie die Etablierung von regionalem Saatgut von Wiesenpflanzen in der Landwirtschaft.

Zur Umsetzung der Revitalisierungsplanung werden verschiedene Projekte zur Gewässerrevitalisierung initiiert, mit dem Ziel, in allen Regionen des Kantons Leuchtturmprojekte zu realisieren.

Das Projekt zur Erarbeitung einer Strategie zur Anpassung an den Klimawandel verläuft planmässig. Ziel der Strategie ist es, Chancen des Klimawandels zu erkennen, Risiken zu mindern und die Anpassungsfähigkeit der natürlichen und sozioökonomischen Systeme zu steigern. Zudem soll sie

Antworten liefern, wie bei zukünftigen Vorhaben in der Planung und bei Entscheidungen die Anpassung an den Klimawandel miteinbezogen werden kann.

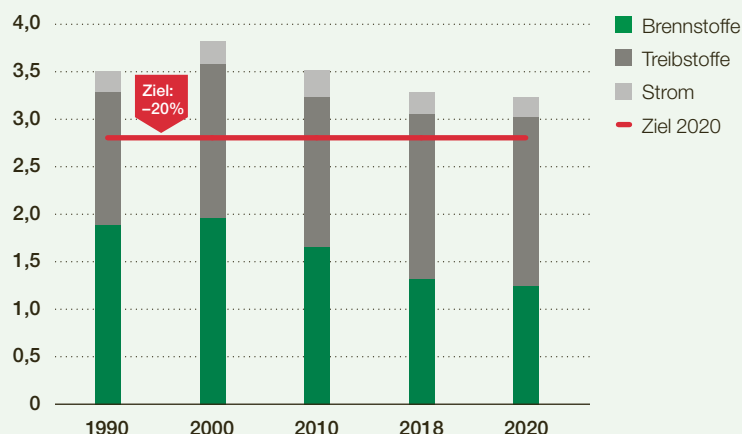
Der Kantonsrat hat den VI. Nachtrag zum Energiegesetz erlassen, der sich an den Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEN) orientiert und mit dem das Gesetz dem Stand der Technik angepasst wird. Im Wesentlichen sehen die Neuerungen vor, für Neubauten beim Bau aktuelle wirtschaftliche und erprobte Technologien effizient zu nutzen und beim Ersatz von bestehenden Heizungen die Energieeffizienz zu erhöhen. Der Nachtrag wird auf 1. Juli 2021 in Kraft gesetzt.

Erläuterungen zum Indikator «CO₂-Emissionen»

Der Kanton St. Gallen setzte sich in seinem Energiekonzept 2008–2020 das Ziel, die jährlichen CO₂-Emissionen bis im Jahr 2020 gegenüber 1990 um 20 Prozent zu reduzieren. Die Zwischenbilanz zeigt: Seit dem Höchststand im Jahr 2000 (rund 3,8 Millionen Tonnen CO₂) sinken die CO₂-Emissionen. Im Jahr 2018 lagen die CO₂-Emissionen rund 6 Prozent unter dem Niveau von 1990.

CO₂-Emissionen:

CO₂-Emissionen im Kanton St. Gallen in Millionen Tonnen im Rückblick (1990, 2000, 2010, 2018) und im Ausblick (2020)



Quelle: Amt für Wasser und Energie des Kantons St. Gallen, «Bericht zum Umsetzungsstand 2018 des Energiekonzepts des Kantons St. Gallen» vom 28. August 2020.

2.3 Strategisches Ziel «Neue Arbeitswelt»

Der Kanton St. Gallen schafft Rahmenbedingungen für neue, flexible und individuelle Arbeitsmodelle und nimmt als grösster Arbeitgeber im Kanton diesbezüglich eine Vorbildrolle ein. Im Kanton St. Gallen ist die soziale Sicherheit für alle gewährleistet. Das Arbeitskräftepotenzial wird ausgeschöpft, die Arbeitslosigkeit sowie die Sozialhilfequote sind tief und das Sozialsystem langfristig finanzierbar.

Leistungen der Departemente

Die Arbeiten im Vorprojekt «New Work» (neue Arbeitsformen) wurden abgeschlossen. In den Bereichen Infrastruktur und Raum, Technologie sowie Mensch und Organisation wurden die konzeptionellen Überlegungen vertieft und Pilotvorhaben umgesetzt. Die Kantonspolizei hat eine Personalstrategie erlassen, die moderne Arbeitsmodelle und die individuelle Entwicklung der Mitarbeitenden fördern soll, und modernisiert und digitalisiert zurzeit ihre Arbeitsprozesse.

Das Gesetz über Beiträge für familien- und schulergänzende Kinderbetreuung wurde von der Bevölkerung gutgeheissen. Damit stehen neue Kantonsbeiträge von 5 Millionen Franken zur Verfügung.

In der Corona-Krise wurden die Auswirkungen auf die soziale Sicherheit mit einem «Sozial-Monitoring» laufend evaluiert. Es wurde ein Soforthilfe-Fonds geschaffen für Personen, die aufgrund der Corona-Krise armutsgefährdet sind. Die Ausrichtung weiterer Mittel zu diesem Zweck ist gemäss Auftrag des Kantonsrates in Vorbereitung.

Der Kantonsrat hat den IX. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz erlassen. Damit werden Angebote des betreuten Wohnens auch für Personen zugänglich, die Ergänzungsleistungen zu AHV oder IV beziehen. Auf diese Weise wird die Selbstbestimmung gefördert und verhindert, dass Betroffene aus Finanzierungsgründen in ein Heim umziehen, was für die öffentliche Hand teurer ist.

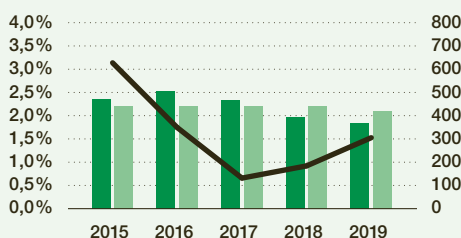
Erläuterungen zum Indikator «Arbeitsmarkt»

Nachdem die Arbeitslosenquote zwischen 2017 und 2019 kontinuierlich sank, stieg sie im Jahr 2020 wegen der Corona-Pandemie sowohl im Kanton St. Gallen als auch schweizweit wieder an. Im Kanton St. Gallen betrug die Arbeitslosenquote im Jahr 2020 durchschnittlich 2,5 Prozent, im schweizerischen Durchschnitt 3,1 Prozent. Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die eine Kurzarbeitsentschädigung entrichtet wurde, nahm im Jahr 2020 infolge der Corona-Pandemie ebenfalls stark zu. Bisherige Höhepunkte bildeten diesbezüglich die Monate März bis Juni 2020.

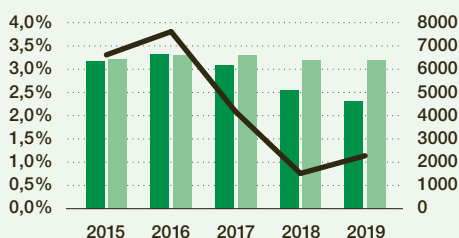
Arbeitsmarkt:

Arbeitslosen- und Sozialhilfequote sowie Anzahl Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die eine Kurzarbeitsentschädigung entrichtet wurde, im Vergleich (2015–2020)

St. Gallen



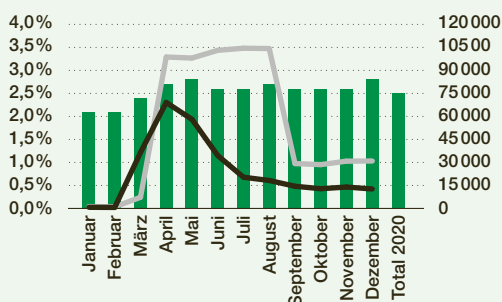
Schweiz



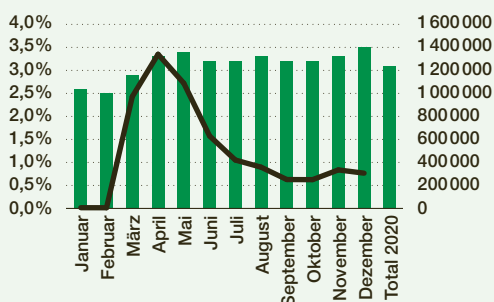
■ Arbeitslosenquote (linke Skala)
■ Sozialhilfequote (linke Skala)
— Entschädigte Kurzarbeit (Anzahl Arbeitnehmende; rechte Skala)

Quelle: Bundesamt für Statistik, Staatssekretariat für Wirtschaft und Fachstelle für Statistik des Kantons St. Gallen; eigene Darstellung.

St. Gallen



Schweiz



■ Arbeitslosenquote (linke Skala)
— Entschädigte Kurzarbeit (Anzahl Arbeitnehmende; rechte Skala)
— Vorangemeldete Kurzarbeit (Anzahl Arbeitnehmende; rechte Skala)

Quelle: Staatssekretariat für Wirtschaft und Fachstelle für Statistik des Kantons St. Gallen; eigene Darstellung.

Anmerkung: Aktuelle Zahlen zur Sozialhilfequote des Jahres 2020 waren mit Stand März 2021 nicht verfügbar. Die Voranmeldungen zur Kurzarbeit beziehen sich auf den Stand am letzten Arbeitstag des Vormonats. Im März 2020 wurden bei den Voranmeldungen zur Kurzarbeit wegen des ersten Lockdowns ausnahmsweise auch Gesuche berücksichtigt, die nach dem 29. Februar 2020 eingegangen sind.

2.4 Strategisches Ziel «Ganzheitliche Gesundheitsförderung»

Der Kanton St. Gallen sorgt für Rahmenbedingungen, die einen gesundheitsfördernden Lebensstil begünstigen und soziale Ungleichheiten in Bezug auf die Gesundheit verhindern. Die Gesundheitskosten sind vergleichsweise moderat sowie langfristig finanzierbar und mehr Menschen sind gesund oder haben trotz chronischer Krankheiten eine hohe Lebensqualität.

Leistungen der Departemente

Der Kantonsrat hat die Vorlage zur Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde gutgeheissen. Damit wurde ein wichtiger Meilenstein für ein nachhaltig finanzierbares Gesundheitssystem erreicht. Das Projekt «Spitalversorgung Modell Ost» wurde massgeblich vom Kanton St. Gallen initiiert mit dem Ziel einer auch in Zukunft qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung in der Ostschweiz.

Im Wirkungsbericht Behindertenpolitik erarbeitete eine Arbeitsgruppe Massnahmenvorschläge, um der Chronifizierung von psychischen Erkrankungen entgegenzuwirken und diese besser zu koordinieren. Trotz Corona-Krise

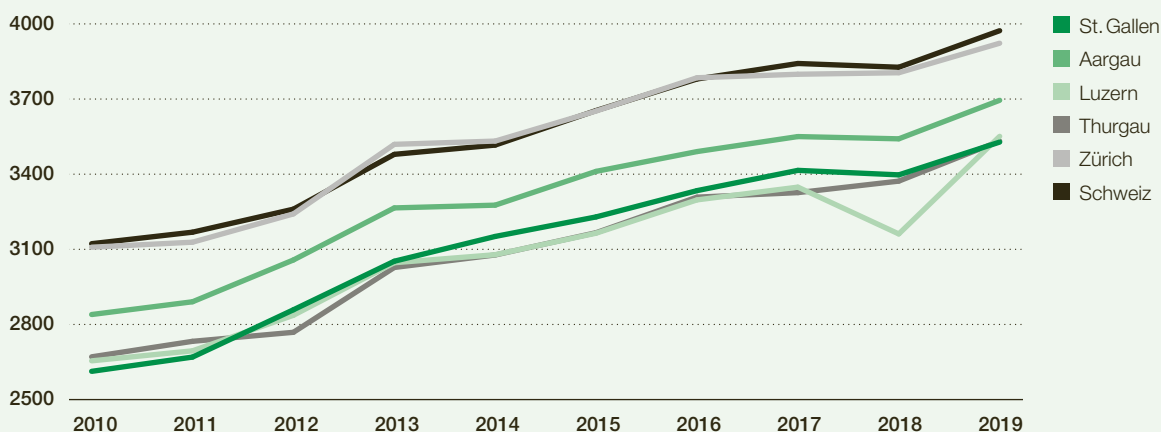
konnten sämtliche durch das Amt für Sport organisierten Jugendlager der Sommer- und Herbstferien 2020 durchgeführt werden. Nahezu alle ab Juli 2020 geplanten Leiteraus- und Weiterbildungen im Bereich Jugend+Sport sowie die Fortbildung der Erwachsenensportleiterinnen und -leiter fanden physisch statt. Die konsequente Kontrolle der Umweltvorschriften und die Sanierung von Anlagen (z. B. Holzfeuerungen) führte zu einer weiteren Senkung der Luftbelastung durch schädlichen Feinstaub und Stickoxide.

Erläuterungen zum Indikator «Gesundheitskosten»

Die jährlichen Gesundheitskosten, die durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung finanziert werden, weisen in allen beobachteten Kantonen sowie im gesamtschweizerischen Durchschnitt zwischen 2010 und 2019 einen steigenden Trend auf. Die Zunahme der Kosten fiel im Kanton St. Gallen mit 35 Prozent zwischen 2010 und 2019 höher aus als im gesamtschweizerischen Durchschnitt (27%) sowie in den übrigen beobachteten Kantonen. Gleichwohl liegen die Gesundheitskosten im Kanton St. Gallen mit 3528 Franken je versicherte Person im Jahr 2019 weit unter dem schweizerischen Durchschnitt von 3973 Franken. Zahlen zu den Gesundheitskosten im stark durch die Corona-Pandemie geprägten Jahr 2020 liegen zurzeit noch keine vor.

Gesundheitskosten:

Gesundheitskosten je versicherte Person in Franken, die durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung finanziert werden, im Kantonsvergleich (2010–2019)



Anmerkung: Jährliche Bruttokosten nach Abrechnungsjahr, die durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung finanziert werden, einschliesslich Kostenbeteiligung der versicherten Personen (Franchise, Selbstbehalt, Beitrag an die Kosten von Spitalaufenthalten).

Quelle: Schweizerisches Gesundheitsobservatorium; eigene Darstellung.

3 Sozialen Frieden sichern

3.1 Strategisches Ziel «Demografische Entwicklung»

Im Kanton St. Gallen wird Generationensolidarität gelebt: Junge Menschen haben eine gute Perspektive, die ältere Generation kann sich aktiv in Gesellschaft und Wirtschaft einbringen. Der Anteil der verschiedenen Altersgruppen an der Bevölkerung ist ausgewogen.

Leistungen der Departemente

Der Kantonsrat hat den V. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung verabschiedet. Damit werden die Kostenaufteilung bei der Pflegefinanzierung präzisiert und die Abrechnung der Pflegekosten vereinfacht. Die Arbeiten im Projekt zur Realisierung eines schweizweit innovativen Controllinginstruments schreiten planmässig voran. Dieses soll die Modellierung der Entwicklung der verschiedenen Staatsbeiträge an AHV- und IV-Beziehende ermöglichen. Im Projekt «Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik» wird ein Grundlagenpapier erarbeitet, welches das bestehende Altersleitbild aus dem Jahr 1996 ersetzt. Die Arbeiten haben sich verzögert, sind aber voll im Gang. Die Corona-Krise betrifft besonders die ältere Bevölkerung im Kanton und

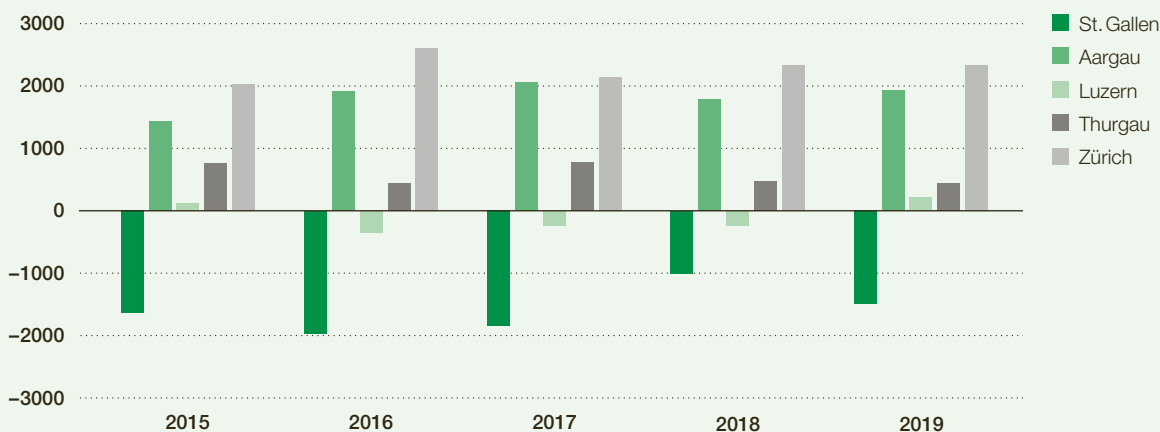
akzentuiert die Notwendigkeit, die Grundsätze zur Alterspolitik, z. B. in Fragen zur Selbstbestimmung und Autonomie im Alter, neu zu denken.

Erläuterungen zum Indikator «Interkantonale Wanderung»

Der Kanton St. Gallen weist bei den unter 65-Jährigen über den gesamten Beobachtungszeitraum einen negativen Wanderungssaldo auf, was bedeutet, dass mehr unter 65-Jährige aus dem Kanton in andere Kantone abwanderten als zuwanderten. Die Kantone Aargau, Thurgau und Zürich weisen demgegenüber seit dem Jahr 2015 einen durchwegs positiven Wanderungssaldo aus. Der Kanton Luzern wies im Jahr 2019, erstmals seit 2015, ebenfalls wieder einen positiven Wanderungssaldo auf, während der negative Wanderungssaldo im Kanton St. Gallen im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr erneut zunahm.

Interkantonale Wanderung:

Wanderungssaldo der ständigen Wohnbevölkerung im Alter von 0–64 Jahren im Kantonsvergleich (2015–2019)



Anmerkung: Der interkantonale Wanderungssaldo ergibt sich aus der Differenz der interkantonalen Zu- und Abwanderung (Wanderung zwischen den Kantonen).

Quelle: Bundesamt für Statistik; eigene Berechnung und Darstellung.

3.2 Strategisches Ziel «Gesellschaftliche Vielfalt und Integration»

Im Kanton St. Gallen gestalten die Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Lebensentwürfen gemeinsam die Gesellschaft in wohlwollender Offenheit und gegenseitiger Anerkennung. Einheimische und Zuziehende fühlen sich wohl.

Leistungen der Departemente

Das Flüchtlingskonzept wurde umfassend überarbeitet, um den administrativen Aufwand der Gemeinden für spezifische und wirkungsvolle Integrationsmassnahmen zu verringern. Unter anderem können die Gemeinden neu 20 Prozent der Integrationspauschale des Bundes in einem vereinfachten Verfahren einsetzen. Die Neuerungen traten per 1. Dezember 2020 in Kraft. Zudem wurde ein gemeinsamer Prozess mit der VSGP gestartet, um nachhaltige rechtliche Grundlagen im Bereich der Integration zu schaffen.

Die Arbeiten für die Erneuerung und den Abschluss der Vereinbarung mit dem Bund über das kantonale Integrationsprogramm (KIP II^{bis}) für die Jahre 2022–2023 wurden

an die Hand genommen. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Gender Matters», die Fragen rund um Gleichstellung, Geschlecht und Gesellschaft beleuchtet, konnten drei Veranstaltungen durchgeführt werden.

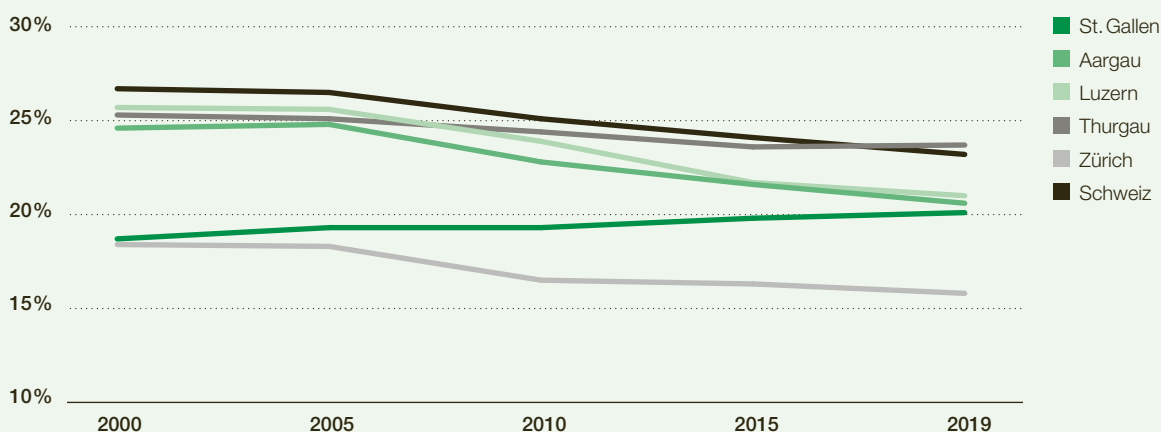
Im Jahr 2020 wurden insgesamt 780 Integrationsvereinbarungen abgeschlossen: 228 mit Drittstaatsangehörigen (obligatorisch, 2019: 284) und 552 mit Familienangehörigen von EU-/EFTA-Staatsangehörigen (freiwillig, 2019: 584).

Erläuterungen zum Indikator «Segregationsindex»

Die räumliche Entmischung der ausländischen und schweizerischen ständigen Wohnbevölkerung geht schweizweit betrachtet seit dem Jahr 2000 zurück, wohingegen sie im Kanton St. Gallen einem leichten Aufwärtstrend unterliegt. Dennoch ist die räumliche Trennung im Kanton St. Gallen in allen Jahren weniger stark ausgeprägt als im Schweizer Durchschnitt, was bedeutet, dass sich die ausländische Bevölkerung gleichmässiger über alle Gemeinden des Kantons verteilt als im Schweizer Durchschnitt.

Segregationsindex:

Segregationsindex im Kantonsvergleich (2000, 2005, 2010, 2015, 2019)



Anmerkung: Der Segregationsindex zeigt den Anteil der ausländischen Staatsangehörigen, der die Gemeinde wechseln müsste, damit alle Gemeinden in einem Kanton einen identischen Ausländeranteil aufweisen würden. Er gibt damit den Grad der Ungleichverteilung wieder, wobei die ausländischen Staatsangehörigen desto gleichmässiger auf die Gemeinden verteilt sind, je weniger ausgeprägt der Segregationsindex ist.

Quelle: Fachstelle für Statistik des Kantons St. Gallen; eigene Darstellung.

3.3 Strategisches Ziel «Identitätsstiftende Kultur und Gemeinwohlorientierung»

Im Kanton St. Gallen existiert ein vielfältiges, angemessenes und identitätsstiftendes kulturelles Angebot; das kulturelle Erbe wird erhalten. Die gemeinsame Identität der Bevölkerung zeigt sich an der Beteiligung im politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess sowie im gesellschaftlichen Engagement.

Leistungen der Departemente

Der Kantonsrat hat die erste kantonale Kulturförderstrategie 2020–2027 verabschiedet. Darin sind die Ziele festgelegt, die in den kommenden acht Jahren verfolgt werden. Dazu gehört etwa die Förderung der kulturellen Vielfalt. Weiter soll das kulturelle Erbe von kantonaler Bedeutung bewahrt und überliefert sowie das Bibliothekswesen gestärkt werden. Die Regierung will zudem kantonale Kulturstandorte etablieren und die digitale Kulturvermittlung stärken.

Um die kulturelle Vielfalt trotz der einschneidenden COVID-19-Massnahmen zu erhalten, hat der Kanton gemeinsam mit dem Bund umfassende Finanzhilfen im Kulturbereich geleistet.

Der neue Managementplan 2021–2024 für das UNESCO-Weltkulturerbe Stiftsbezirk St. Gallen wurde verabschiedet.

Mit der mit den Kantonen Appenzell Ausserrhoden, Glarus und Thurgau gemeinsam betriebenen Kulturvermittlungsplattform «Kklick» leistete die Kulturförderung einen essenziellen Beitrag zur Integration von kulturellen Inhalten in den schulischen Alltag.

Die Bauvorhaben Klanghaus Toggenburg, neues Staatsarchiv und der Zusammenschluss der Kantons- und Stadtbibliothek St. Gallen zu einem zentralen Bildungs- und Kulturort wurden planmässig vorangetrieben.

3.4 Strategisches Ziel «Umfassende Sicherheit»

Im Kanton St. Gallen besteht ein funktionierendes Sicherheits- und Justizsystem. Die Bevölkerung und die Unternehmen bewegen sich in der realen und virtuellen Welt frei und sicher.

Leistungen der Departemente

Der Kanton St. Gallen hat als erster Kanton der Schweiz eine eigene Strategie zum Schutz vor Cyber-Risiken erlassen. Sie umfasst neben der Informations- und Kommunikationstechnologie alle Bereiche, in denen die Digitalisierung zunehmend Einzug hält. Verschiedene IT-Sicherheitsmassnahmen werden umgesetzt, darunter jene zum Schutz der Endgeräte. Dies ist im Kontext der verstärkten Nutzung von Geräten im Homeoffice zentral für die Sicherheit der kantonalen IT.

Im Bereich Schutz Kritischer Infrastrukturen (SKI) wird eine kantonale Strategie ausgearbeitet. Neben der bereits erfolgten Bestandsaufnahme der Objekte und der Sensibilisierung sollen die Betreiber künftig zu konkreten Massnahmen verpflichtet werden können.

In einem Bericht wurden die im Kanton St. Gallen vorhandenen Präventionsmassnahmen und die im nationalen Aktionsplan vorgeschlagenen Massnahmen zur Bekämpfung

von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus zusammengestellt. Massnahmen daraus werden nun umgesetzt.

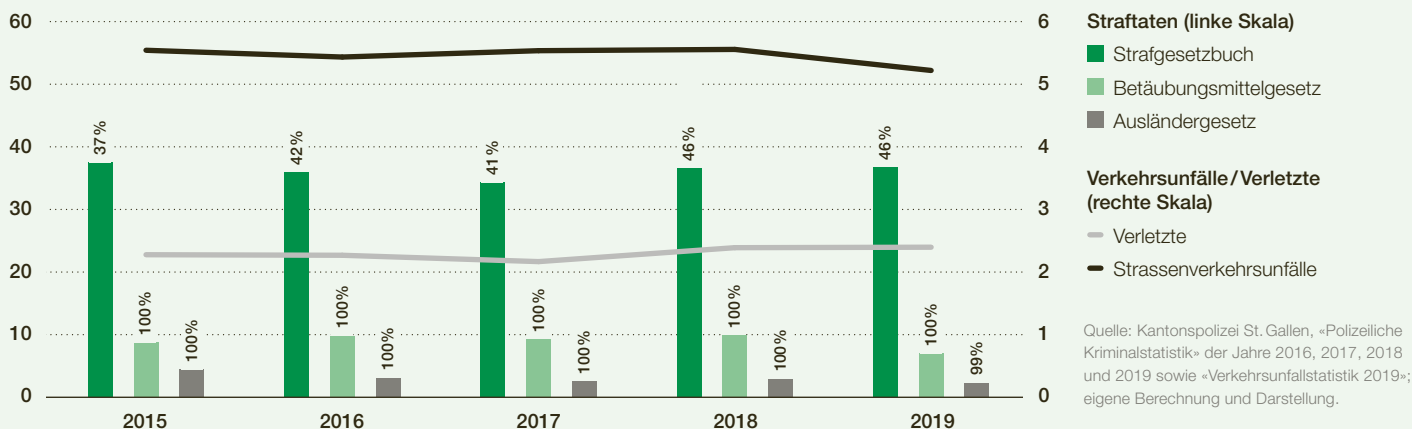
Der Kantonale Führungsstab ist zur operativen Führung in der Corona-Krise über 35-mal zusammengetreten, um die operative Umsetzung der Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise zu führen. Insbesondere wurde dabei auch der Einsatz von Armee, Zivilschutz und Zivildienst geleitet. Die Restrukturierung des Zivilschutzes im Kanton St. Gallen ist abgeschlossen und hat sich in der Krise bereits bewährt.

Erläuterungen zum Indikator «Sicherheit»

Die Anzahl registrierter Straftaten nach Strafgesetzbuch je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner bewegt sich seit dem Jahr 2015 auf einem stabilen Niveau. Im Jahr 2019 wurden im Kanton St. Gallen rund 37 Straftaten nach Strafgesetzbuch je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner registriert. Knapp die Hälfte davon konnte noch im gleichen Jahr aufgeklärt werden. Die Unfallzahlen im Strassenverkehr sanken im Jahr 2019 erstmals wieder und betrugen noch etwas mehr als 5 Unfälle je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Zahl an Verletzten blieb im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr stabil.

Sicherheit:

Anzahl Straftaten nach Gesetzen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner der ständigen Wohnbevölkerung (linke Skala) und davon aufgeklärte Straftaten in Prozent sowie Anzahl Strassenverkehrsunfälle und Verletzte je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner der ständigen Wohnbevölkerung (rechte Skala) im Kanton St. Gallen (2015–2019)



Anmerkung: Die Aufklärungsquote zeigt den Ermittlungsstand zum Zeitpunkt des Statistikabschlusses (31. Dezember). Wird die Täterschaft danach ermittelt (sogenannt nachträgliche Aufklärung), findet dies in der Quote keinen Niederschlag – auch nicht in einer späteren Quote. Dieser Umstand führt gerade bei komplexen Delikten oder Mehrfachdelikten, die intensive und zeitaufwendige Ermittlungen erfordern, zu einer gewissen Unschärfe.

4 Zukunft proaktiv gestalten

4.1 Strategisches Ziel

«Gesellschaftsverträgliche Digitalisierung»

Im Kanton St. Gallen besteht ein Umfeld, in dem die Chancen der Digitalisierung genutzt werden. Daraus fliessende Effizienzgewinne werden realisiert und die Wertschöpfung gesteigert. Die Arbeitskräfte werden befähigt, sich in neuen Aufgaben- und Tätigkeitsfeldern zu betätigen.

Leistungen der Departemente

Das Vorprojekt «Digitalisierung» wurde abgeschlossen. Die Regierung hat den Schlussbericht mit Empfehlungen und Massnahmen für das weitere Vorgehen in diesem Bereich verabschiedet. Bei der Umsetzung der IT-Strategie 2016+ stand das Vorhaben «Anpassung IT-Organisation» im Vordergrund. Basierend auf strategischen IT-Planungen werden die IT-Organisationen in der Staatskanzlei, in allen Departementen sowie für die übergeordneten IT-Aufgaben überprüft und zukunftsgerichtet ausgestaltet.

In einem gemeinsamen Projekt arbeiten Kanton und Gemeinden daran, den Austausch zwischen Gesuchsteller, Gemeinden und kantonalen Stellen im Baubewilligungs- und Plangenehmigungsprozess zu digitalisieren.

Als Ergebnis eines E-Government-Projekts werden Geodaten des Kantons St. Gallen nun über die neu aufgebaute Plattform «Open Data St. Gallen» angeboten.

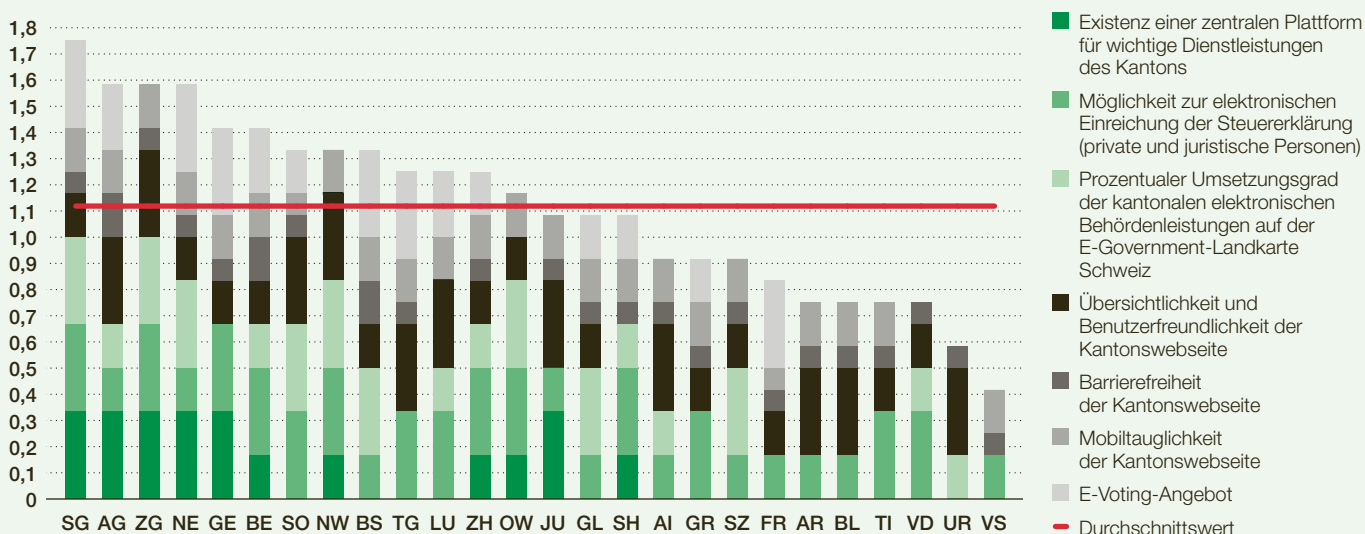
Die Abteilung Schifffahrt hat mit der schweizweit ersten Einführung von «Cari Inspect Schiff» die Prüfprozesse bei der Schiffsprüfung vollständig elektronisch erfasst. Damit können die Schiffsprüfungen sowohl für die Kunden, aber auch für die Schiffsexperten wesentlich effizienter durchgeführt werden.

Erläuterungen zum Indikator «Digitalisierung der kantonalen Dienstleistungen»

Der Kanton St. Gallen zeigte sich im Februar 2018 führend in der Digitalisierung der staatlichen Leistungserbringung (E-Government). Einen hohen Wert erreichte auch der Kanton Aargau, wohingegen die übrigen drei Vergleichskantone Thurgau, Luzern und Zürich im Mittelfeld lagen. Der Kanton St. Gallen konnte sich insbesondere dank der Möglichkeit zur Online-Einreichung der Steuererklärung, der hohen Online-Verfügbarkeit von behördlichen Dienstleistungen und dem damaligen Angebot von E-Voting von den anderen Kantonen abheben und eine führende Position einnehmen.

Digitalisierung der kantonalen Dienstleistungen:

Bereitstellung digitaler Dienstleistungen durch die Kantone im Kantonsvergleich (Februar 2018; Digitalisierungsindex gewichteter Indikatoren, Maximum 2 Punkte [höchstmögliche Digitalisierung], Minimum 0 Punkte [keine digitalen Angebote vorhanden])



Quelle: Schmid et. al., 2018, «Cyberföderalismus in der Schweiz: Befunde zur Digitalisierung kantonaler Verwaltungen», veröffentlicht im Swiss Yearbook of Administrative Sciences, Volume 9, S. 12–24.

4.2 Strategisches Ziel «Zukunftsorientierte Reformen»

Der Kanton St. Gallen packt Reformen zukunftsorientiert an und optimiert laufend seine Prozesse und Strukturen. Die finanzielle Lage des Kantons entwickelt sich positiv, die Staatsquote bleibt stabil und die Steuerkraft wird gestärkt.

Leistungen der Departemente

Mit dem Abschluss des Projekts «Umsetzungsagenda Finanzperspektive» konnte ein wichtiges Vorhaben zur Konsolidierung des Kantonshaushalts gemäss den Vorgaben des Kantonsrates umgesetzt werden. Durch die Vorprojekte «Digitalisierung» und «New Work» (neue Arbeitsformen) konnten Regierung und Verwaltung wertvolle Erfahrungen für die künftige Gestaltung der Aufgabenerfüllung sammeln.

Das laufende Projekt zur Neugestaltung der Spitalstrukturen ist von zentraler Bedeutung für den Kanton St. Gallen und im Speziellen für den Kantonshaushalt. Zudem haben die Arbeiten zur «Spitalversorgung Modell Ost» für ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen der Kantone Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Graubünden, Thurgau und St. Gallen für eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung in der Ostschweiz begonnen.

Die Prozesse im Bereich der Pflegefinanzierung wurden anhand von Anpassungen des Gesetzes über die Pflegefinanzierung neu strukturiert und optimiert.

In den Bereichen Geschäftsprozessmanagement und IT-Architekturmanagement wurden die Arbeiten weitergeführt und durch die Besetzung der vakanten Stellen wesentlich gestärkt.

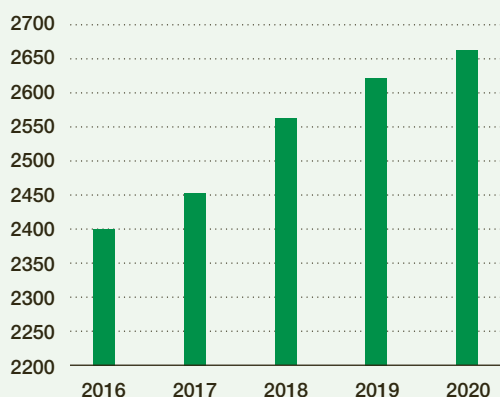
Erläuterungen zu den Indikatoren «Steuerkraft» und «steuerliche Ausschöpfung»

Die durchschnittliche Steuerkraft je Einwohnerin und Einwohner steigt im Kanton St. Gallen seit dem Jahr 2016 kontinuierlich. Zwischen 2016 und 2020 nahm die durchschnittliche Steuerkraft je Einwohnerin und Einwohner um rund 263 Franken zu (+11,0%). Im Jahr 2020 betrug die Steuerkraft 2663 Franken je Einwohnerin und Einwohner. Von seinem Ressourcenpotenzial schöpft der Kanton St. Gallen knapp ein Viertel durch Steuern aus (24,8% im Referenzjahr 2021). Er liegt damit ziemlich genau im Schweizer Mittel (24,7%). Die Vergleichskantone Aargau, Luzern, Thurgau und Zürich schöpfen einen tieferen Anteil ihres Ressourcenpotenzials aus. Im Vergleich zum Referenzjahr 2020 nahm die steuerliche Ausschöpfung in allen beobachteten Kantonen und der Schweiz leicht ab.

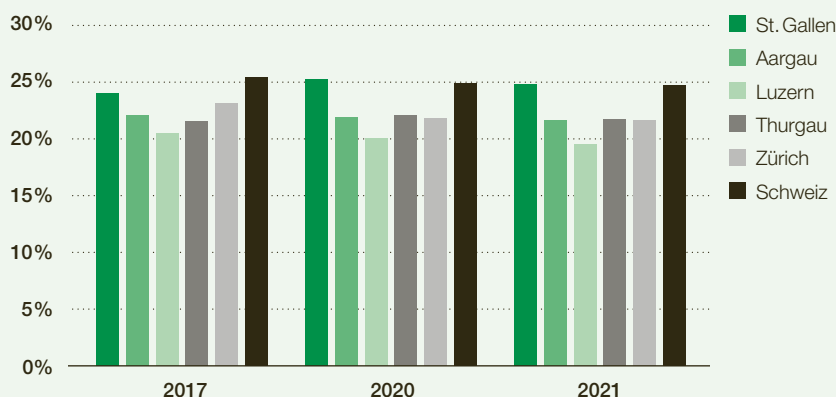
Steuerkraft und steuerliche Ausschöpfung:

Durchschnittliche Steuerkraft je Einwohnerin und Einwohner im Kanton St. Gallen (2016–2020) sowie steuerliche Ausschöpfung des Ressourcenpotenzials in Prozent im Kantonsvergleich (2017, 2020, 2021)

Durchschnittliche Steuerkraft
je Einwohnerin und Einwohner



Steuerliche Ausschöpfung
des Ressourcenpotenzials



Anmerkung: Die durchschnittliche Steuerkraft je Einwohnerin und Einwohner entspricht dem durchschnittlichen Steuerertrag, der bei einem (hypothetischen) Steuerfuss von 100 Prozent erzielt würde. Die tatsächlichen Steuereinnahmen sind, abhängig vom geltenden Steuerfuss, höher oder tiefer als die Steuerkraft. Die steuerliche Ausschöpfung gibt an, in welchem Ausmass die Steuerpflichtigen durch Steuern der Kantone und Gemeinden im Durchschnitt belastet werden. Sie berechnet sich aus dem Anteil der Steuereinnahmen von Kanton und Gemeinden am Ressourcenpotenzial des Kantons. Die Steuerausschöpfung des Jahres 2017 berechnet sich dabei aus dem Anteil der durchschnittlichen effektiven Steuereinnahmen der Jahre 2011–2013 am Ressourcenpotenzial des Jahres 2017 (ebenfalls berechnet als Mittelwert der Steuerbemessungsjahre 2011–2013). Die steuerliche Ausschöpfung des Jahres 2020 berechnet sich analog aus dem Anteil der durchschnittlichen effektiven Steuereinnahmen der Jahre 2014–2016 am Ressourcenpotenzial des Jahres 2020. Die steuerliche Ausschöpfung des Jahres 2021 berechnet sich schliesslich als Verhältnis zwischen den durchschnittlichen effektiven Steuereinnahmen der Jahre 2015–2017 und dem Ressourcenpotenzial des Jahres 2021.

Projektportfolio

Im Projektportfolio der Regierung werden die im Jahr 2020 laufenden oder fertiggestellten Projekte aufgeführt. Dadurch wird sichergestellt, dass die Regierungsprojekte im Blickfeld bleiben. Das Projektportfolio gibt Auskunft über die Projektbezeichnung, das federführende und die mitwirkenden Departemente sowie deren Beanspruchung. Darüber hinaus werden auf der Basis eines Soll-Ist-Vergleichs Angaben zu Projektbeginn und -ende sowie zu den externen Kosten und zur Qualität der Projektumsetzung gemacht. Projekte aus dem Hochbautenprogramm werden gesondert ausgewiesen. Dies ermöglicht spezifische Angaben gemäss dem Immobilienmanagement und zeigt den aktuellen Projektstatus sowie die zeitliche Änderung des Projektstatus auf.

Im Jahr 2020 waren 77 von der Regierung in Auftrag gegebene Projekte in Arbeit; 56 Projekte mit Projektauftrag und 21 Projekte aus dem Hochbautenprogramm. Am stärksten involviert war das Baudepartement. Mit 38 Projekten war es für fast genau die Hälfte aller Projekte der Regierung verantwortlich, wobei 21 Vorhaben auf Projekte aus dem Hochbautenprogramm zurückzuführen sind.

Die unten stehende Tabelle gibt Auskunft über Federführung und Mitwirkung. Neben der interdepartementalen Zusammenarbeit wird auch intensiv mit Externen zusammengearbeitet. Dies sind vor allem die Gemeinden bzw. die Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und

Gemeindepräsidenten (VSGP), Nachbarkantone, der Bund oder die Nachbarländer.

Das Hochbautenprogramm umfasst derzeit 21 Bauprojekte. Es befinden sich 15 Projekte in der Projektphase Bau¹, 3 in der Phase Botschaft und 3 in der Phase Projektdefinition.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Mitwirkung der Departemente.

Projekte aus dem Hochbautenprogramm: Mitwirkung und Projektphase

Mitwirkung	Total	Projekt- skizze	Projekt- definition	Botschaft	Bau
SK	0	–	–	–	–
VD	0	–	–	–	–
DI	4	–	–	2	2
BLD	7	–	–	1	6
FD	3	–	–	2	1
BD	–	–	–	–	–
SJD	7	–	3	–	4
GD	3	–	–	–	3
Total	24	–	3	5	16

¹ Die Phase «Bau» umfasst die Prozessschritte Beschaffung/Wettbewerb, Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme; vgl. Immobilienverordnung (sGS 733.1; abgekürzt ImmoV).

Federführung und Mitwirkung in Projekten mit Projektauftrag der Regierung

Federführung	Total	Mitwirkung								
		SK	VD	DI	BLD	FD	BD	SJD	GD	EXT
Staatskanzlei (SK)	4	–	3	3	3	3	3	3	3	0
Volkswirtschaftsdepartement (VD)	4	0	–	0	1	1	3	0	2	4
Departement des Innern (DI)	5	0	1	–	2	1	1	0	2	6
Bildungsdepartement (BLD)	11	0	1	0	–	4	1	0	1	16
Finanzdepartement (FD)	10	2	2	3	3	–	4	4	3	0
Baudepartement (BD)	17	1	5	3	2	5	–	3	4	5
Sicherheits- und Justizdepartement (SJD)	4	0	0	3	1	1	1	–	2	5
Gesundheitsdepartement (GD)	1	0	0	0	0	0	0	0	–	0
Total	56	3	12	12	12	15	13	10	17	36

Abgeschlossene Projekte

Im Jahr 2020 wurden sechs Projekte mit Projektauftrag fristgerecht abgeschlossen, zehn wurden mit Verzögerung abgeschlossen. Es wurden keine Projekte aus dem Hochbautenprogramm abgeschlossen.

Fristgerecht abgeschlossen

Federführung	Projekt
VD	Geldspielgesetzgebung
BLD	Joint Medical Master St. Gallen
BLD	Neustrukturierung und Neuorganisation der Fachhochschulen im Kanton St. Gallen
BD	Abfallplanung Kanton St. Gallen
SJD	Erarbeitung einer St. Galler Strategie zum Schutz vor Cyber-Risiken
GD	Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde: Leistungs- und Strukturweiterung

Mit Verzögerung abgeschlossen

Federführung	Projekt
VD	Postulat 43.17.06 «Perspektiven der St. Galler Landwirtschaft»: Erarbeitung des Berichts
DI	Rechnungsmodell der St. Galler Gemeinden
FD	Vorprojekt «Digitalisierung im öffentlichen Bereich Kanton St. Gallen: Strategische Analyse und Handlungsempfehlungen»
FD	Realisierung und Einführung «Printing»
FD	Vorprojekt «New Work»
FD	Umsetzungsagenda Finanzperspektiven
BD	Energiekonzept Kanton SG 2021–2030
BD	Elektromobilität im Kanton St. Gallen
BD	VI. Nachtrag zum Energiegesetz
SJD	JURIS 5

Projekte in Verzug

Bei 13 Projekten mit Projektauftrag musste die Terminplanung aus diversen Gründen angepasst werden. Elf Projekte aus dem Hochbautenprogramm verzögern sich.

Bei Projekten aus dem Hochbautenprogramm ist jeweils angegeben, auf welche Teilphase des Projekts sich die Zeitangaben beziehen.

Projekt	Erwarteter Abschluss	Kommentar
Zusammenschluss, Errichtung und Führung einer gemeinsamen Kantons- und Stadtbibliothek	April 2023	Die Verschiebung der Endtermine der Parlamentsbeschlüsse liegt an Planungsveränderungen im politischen Umfeld (Anpassung an Planungsverfahren der Stadt St. Gallen; Verzögerungen im Teilprojekt «Bau» bzw. neuer Termin für die Parlamentsbotschaften).
Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik im Kanton St. Gallen – Zukunft Alter(n) im Kanton St. Gallen gestalten	Dezember 2021	Aufgrund personeller Veränderungen in der Projektorganisation (Wechsel Co-Projektleiterin) ist der Zeitplan verzögert.
eDossier (elektronische Personalakte)	April 2021	Das Projekt war bereits vor dem Start um ein Jahr verschoben worden. Weitere Anpassungen geschahen im Interesse der Ressourcenoptimierung und der Risikooptimierung.
Umsetzung der IT-Strategie 2016+	Dezember 2021	Der Projektabschluss verzögert sich, weil die Arbeiten zur Umsetzung der Strategie komplex und umfassend sind. Im Jahr 2018 hat der Informatikstrategieausschuss zwecks Vorantreibens der Umsetzung einen externen Programmmanager eingesetzt. Anschliessend kamen die Projektarbeiten gut voran. Aufgrund der Corona-Krise hat die Regierung Projekte neu priorisiert, wovon auch dieses Projekt betroffen war. Mit einem Abschluss der Arbeiten ist bis Ende 2021 zu rechnen, dies gilt insbesondere für die Anpassung der IT-Organisation.
Umsetzung IT-Strategie 2016+: Anpassung IT-Organisation	Dezember 2021	Die Meilensteine in der Projektplanung können nicht alle eingehalten werden. Dies ist Ressourcenengpässen aufgrund der Corona-Krise sowie der daraus folgenden Prioritätensetzung geschuldet, insbesondere im Gesundheitsdepartement.
Durchgangsplätze für Fahrende (DGP)	Dezember 2023	Die Suche nach neuen Durchgangsplätzen, wobei vor allem die Realisierung von provisorischen Plätzen im Fokus ist, wurde im Sommer 2020 eingestellt. Bei einem möglichen Standort im Rheintal hat die Gemeinde Sennwald ihre ursprüngliche Zusage zurückgezogen. Daneben fanden Gespräche mit der Armee statt, um potenzielle Standorte vertiefter zu betrachten. Leider ohne Erfolg, da die allenfalls verfügbaren Standorte sich an schlechten Lagen befinden und die guten Lagen nicht verfügbar sind (Kernbestand der Armee). Auch die Abklärungen zu kantonseigenen Parzellen brachten keinen Erfolg, da die Gemeinde Vilters-Wangs grosse Vorbehalte anbrachte. Der zwischenzeitlich als Provisorium vorgesehene Durchgangsort in Thal wurde aufgrund der fehlenden Einstimmigkeit des Gemeinderates sistiert.
Geodateninfrastruktur Kanton St. Gallen und St. Galler Gemeinden (GDI-SG)	Dezember 2022	Diverse Herausforderungen (viele heterogene Anspruchsgruppen, ausgeweiteter Projektfokus, Veränderungen der Ausgangslage, verschiedene Zielkonflikte) machten eine Neustrukturierung des Projekts nötig. Aufgrund der derzeit vorliegenden Informationen ist davon auszugehen, dass sich das Projektende um geschätzt rund ein Jahr nach hinten schiebt.

Projekt	Erwarteter Abschluss	Kommentar
Gesamtüberarbeitung Richtplan, Teil Verkehr	Juni 2022	Die Verzögerung ergab sich primär aufgrund fehlender personeller Ressourcen. So konnten wichtige Grundlagen (Teilstrategien Strassen sowie Fuss- und Veloverkehr) nicht zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden. Die Überführung der Gesamtverkehrsstrategie in die Richtplansystematik war sehr aufwendig. Die Aufnahme zusätzlicher Inhalte aus dem Richtplankapitel Siedlung führte schliesslich zu weiteren Verzögerungen.
Aufweitung Alpenrhein «Maienfeld/Bad Ragaz»	Februar 2022	Die Terminabweichung ergibt sich vor allem aus zusätzlich beauftragten Abklärungen. Diese werden gemacht, damit Projektrisiken minimiert sowie Projektumsetzung und -akzeptanz in der Bevölkerung verbessert werden können. Die Qualität des Projekts wird dadurch zusätzlich erhöht. Die verlängerte Projektierungszeit führt dazu, dass die Kosten für die Projektierung höher ausfallen werden. Die Regierung hat diesen Mehrkosten bereits zugestimmt.
Windenergie – Ermittlung von Prüfgebieten	Dezember 2021	Der Zeitplan wurde mit dem beauftragten externen Fachbüro überprüft. In der Bearbeitung zeigte sich, dass für die Entwicklung der Methodik sowie für die Datenbeschaffung mehr Zeit aufgewendet werden musste als geplant. Ebenso zeigte sich, dass für die Konsolidierung mit Gemeinden und Regionen sowie mit den Nachbarkantonen mehr Zeit beansprucht wird. Zudem wurde durch den Bund zum einen im Januar 2020 ein Rechtsgutachten zur Umsetzung des bundesrechtlichen Auftrags im Bereich erneuerbare Energie publiziert und zum anderen im September 2020 das aktualisierte Konzept Windenergie vom Bundesrat verabschiedet. Die geänderten Grundlagen mussten im Projekt berücksichtigt werden.
Strategie zur Anpassung an den Klimawandel im Kanton St. Gallen	Dezember 2021	Die Zusammenarbeit mit und zwischen den zwölf beteiligten Fachstellen ist unerlässlich für eine fachlich korrekte Strategie und deren anschliessende Umsetzung. Die Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie erschwerten diese Arbeiten erheblich. Die Regierung kann die Strategie deshalb erst im Sommer 2021 beraten bzw. beschliessen und an den Kantonsrat überweisen.
Stromeinkauf am liberalisierten Strommarkt	Dezember 2021	Die ursprüngliche Terminplanung musste aufgrund der terminlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene für die Strommarktiliberalisierung nach hinten angepasst werden.
Häusliche Gewalt – und die Kinder mittendrin!	Juni 2021	Der Koordinationsaufwand für die Projektgruppe ist höher als erwartet. Unter anderem wurden Vertretungen mehrfach ausgewechselt, was zusätzliche Einarbeitungszeiten nötig machte. An der Erarbeitung des Handbuchs sind auch Institutionen beteiligt, die nicht Teil der Projektgruppe sind. Zudem verlangt die hohe Qualität des Handbuchs mehr Zeit. Aufgrund der Corona-Krise hat die Regierung Projekte neu priorisiert, wovon auch dieses Projekt betroffen war.

Projekte aus dem Hochbautenprogramm in Verzug

Phase	Projekt	Erwarteter Abschluss	Kommentar
Bau	H060, Kant. Psych. Klinik Pfäfers: Sanierung Klostergebäude	Dezember 2021	Das Projekt wurde mit der Projektänderung zusätzlicher Ausbau der Kirchenzufahrt (Feuerwehruzufahrt) erweitert. Der Abschluss dieser zusätzlichen Arbeiten erfolgt voraussichtlich bis Ende 2021.
Botschaft	H056, Erweiterung Kantonsschule Sargans	Dezember 2021	Weil der Entscheid des Bundesgerichts zu einer Einsprache eines Nachbarn aussteht, konnte mit den Bauarbeiten bislang nicht gestartet werden. Infolge der Verzögerungen muss das bestehende Provisorium ersetzt werden. Die zusätzlichen Kosten dafür belaufen sich auf 2,89 Mio. Franken.
Bau	H062, Regionalgefängnis Altstätten: Erweiterung	Juni 2026	Der Terminverzug resultiert aus der Tatsache, dass vor Baubeginn Altlasten entsorgt werden müssen. Die Beseitigung dieser Altlasten erfolgt als gemeinsames Projekt von Kanton und ehemaligen Mietern (Stadt Altstätten, Feuerwehr). Dies wird zu terminlichen Anpassungen und Mehrkosten führen. Die Dauer der Verzögerung sowie die Höhe der Mehrkosten sind noch nicht bekannt.
Bau	H071, Klanghaus Toggenburg, Neubau	Dezember 2024	Aufgrund der Corona-Krise und den damit verbundenen Erschwernissen in der Zusammenarbeit unter den Planern musste der offizielle Planungs- und daraus folgend der Ausführungsstart um Wochen nach hinten verschoben werden. Zusätzlich führten die Verhandlungen bezüglich Abschluss des Architekturvertrags zu weiteren Verzögerungen. Geänderte Vorschriften, z. B. zum Brandschutz, zwischen ursprünglichem und aktuellem Projekt führten zu Umplanungen und damit zu weiteren Verzögerungen.
Botschaft	H085, Kantons- und Stadtbibliothek St. Gallen, Neubau (Ersatz)	April 2023	Weil in Zusammenarbeit mit der Stadt St. Gallen und Helvetia Versicherungen ein geänderter Prozess verfolgt wird, befindet sich das Projekt in der Phase Botschaft, die jedoch länger als üblich dauert.
Bau	H159, Universität St. Gallen: Instandsetzung Bibliotheksgebäude	Dezember 2022	Aufgrund unerwarteter personeller Engpässe konnte das Projekt nicht planmässig bearbeitet werden.
Bau	H133, Strafanstalt Saxerriet: Neubau Unterhaltszentrum	Dezember 2023	Infolge der Kostenreduktion durch den Kantonsrat musste das Vorhaben total überarbeitet werden, was zu Terminverschiebungen führte.
Projektdefinition	H136, Standortüberprüfung kantonale Verwaltungen Gemeinde Uznach	Juni 2021	Aufgrund der Abhängigkeiten unter den beteiligten Dienststellen sind zahlreiche vertiefte Abklärungen notwendig.

Phase	Projekt	Erwarteter Abschluss	Kommentar
Bau	H155, PSGN Wil: Errichtung Forensikstation	Dezember 2024	Während der Programmerarbeitung zum Wettbewerb hat sich gezeigt, dass zusätzliche Sicherheitsmassnahmen eingeplant werden müssen, was sich auf die Kosten auswirken wird. Auch mit diversen Projektoptimierungen ist es nicht gelungen, die Kosten im vorgesehenen Rahmen zu halten. Die Projektoptimierung und das Verfahren für einen Nachtragskredit wirkt sich auf den Bezugstermin aus. Das Planerwahlverfahren hat zusätzlich mehr Zeit in Anspruch genommen als veranschlagt.
Bau	H158, BZB Buchs: Instandsetzung Gebäudehülle und Aussensport	Dezember 2021	Aufgrund diverser Qualitätsmängel seitens des externen Architekten und dessen Bauleitung musste diesem der Auftrag entzogen werden. Daraus erfolgte eine Neubeauftragung eines anderen Architekturbüros. Aus diesem Wechsel sowie der Aufarbeitung und Mängelbehebung der bereits erfolgten Arbeiten (planerisch und vor Ort) resultierte ein Bauverzug von rund einem Jahr.
Bau	H162, Strafanstalt Saxerriet: Wärmeverbund und energetische Instandsetzung Werkstattgebäude	Juli 2022	In der Planungsphase musste infolge Geschäftsaufgabe ein neues Ingenieurbüro gesucht werden. Zusätzlich entstand eine Verzögerung aufgrund fehlender interner Ressourcen.

Neue Projekte

Im Jahr 2020 wurden folgende 10 (Vorjahr: 23) Regierungsprojekte neu ins Projektportfolio aufgenommen:

Federführung	Projekt
VD	Bericht «öV-Entwicklung Kanton St. Gallen 2025–2040»
BLD	IT-Bildungsoffensive: Schwerpunkt Berufsbildung
BLD	IT-Bildungsoffensive: Smartfeld – Erfahrungsraum für Kreativität, Technologie und Zukunftskompetenzen
BLD	IT-Bildungsoffensive: Kompetenzzentrum Angewandte Digitalisierung
BLD	Strategische Investitionsplanung für die Sekundarstufe II
BLD	Machbarkeitsstudie «Sportvision Ost»
FD	HR-Strategie
BD	Langfristige Sicherstellung der Wasserressourcen im Kanton St. Gallen
BD	Strassenfinanzierung im Kanton St. Gallen

Hochbauprojekte

Federführung	Projekt
BD	H190, Erstellung von Fotovoltaikanlagen auf kantonalen Hochbauten

Übersicht über die Gesetzesvorhaben

Die Übersicht über die Gesetzesvorhaben weist jene Gesetze und Kantonsratsbeschlüsse zur Genehmigung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen aus, die von den Departementen sowie der Staatskanzlei im Berichtsjahr bearbeitet wurden oder seit dem Jahr 2020 angewendet werden. Sie wird ergänzt mit geplanten Gesetzesvorhaben und soll einen Überblick über die Gesetzgebungsaktivität der Staatsverwaltung schaffen. Sie verbessert die Transparenz und dient dem Kantonsrat, der Regierung und den Departementen als Planungs- und Steuerungsinstrument. Die Übersicht gibt Auskunft über den Beratungszeitpunkt der Gesetze durch den Kantonsrat, den Vollzugsbeginn sowie die in der Bearbeitung der Gesetzesvorhaben federführenden und mitwirkenden Departemente.

Vollzugsbeginn

Seit dem Jahr 2020 werden 16 Erlasse neu angewendet. Seit Januar 2021 sind weitere 13 Erlasse in Vollzug. Erlasse mit mehreren Vollzugsdaten werden als «In Vollzug» gezählt, wenn sie vollständig in Vollzug sind. Teilvollzüge werden in den jeweiligen Listen (mehrfach) aufgeführt.

Übersicht über die neu angewendeten Erlasse

Federführung	seit 2020 in Vollzug	seit Jan. 2021 in Vollzug	rechtsgültig, noch nicht in Vollzug
SK	0	0	0
VD	1	0	0
DI	2	5	0
BLD	5	1	0
FD	2	3	0
BD	1	0	1
SJD	2	1	1
GD	3	2	0
Total	16	12	2

Folgende 18 Erlasse weisen einen Vollzugsbeginn im Jahr 2020 auf:

Federführung	Gesetzesvorhaben/Beschlüsse
VD	Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über Geldspiele (Anpassung des kantonalen Lotterierechts an das Bundesgesetz über Geldspiele) sGS 455.1
DI	Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen (Gegenvorschlag zur Gesetzesinitiative 29.18.01 «Familien stärken und finanziell entlasten») sGS 371.1
DI	V. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Revision stationäre Sozialhilfe) sGS 381.1
BLD	IX. Nachtrag zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (Errichtung der Ost – Ostschweizer Fachhochschule) sGS 951.1
BLD	XIII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Errichtung der Ost – Ostschweizer Fachhochschule) sGS 140.1
BLD	Beitritt zur Vereinbarung über die Ost – Ostschweizer Fachhochschule (Einheitliche Rechtsgrundlage für die drei Fachhochschulen im Kanton [FHS, HSR, NTB] unter Beibehaltung der Standorte [St. Gallen, Rapperswil und Buchs]) sGS 218.2 ²
BLD	XXI. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Anpassung gesetzliche Bestimmungen über den Erziehungsrat) sGS 213.1
BLD	V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung (Neuordnung der Behörden- und Aufsichtsstruktur bei den Berufsfachschulen) sGS 231.1
FD	Gesetz über die Gewährung von ergänzenden Krediten und Solidarbürgschaften infolge des Coronavirus (Gewährung von Solidarbürgschaften in Ergänzung zu den Massnahmen nach der eidgenössischen Verordnung zur Gewährung von Krediten und Solidarbürgschaften infolge des Coronavirus) sGS 571.1
FD	XV. Nachtrag zum Steuergesetz (Umsetzung des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung [STAF] im Kanton St. Gallen) sGS 811.1 ³
FD	XVI. Nachtrag zum Steuergesetz (Grundstückgewinnsteuer: Anpassung der Anlagekosten in besonderen Fällen) sGS 811.1 ⁴
FD	XVII. Nachtrag zum Steuergesetz (Verschiedene rechtliche Anpassungen, unter anderem aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben) sGS 811.1 ⁵
BD	Nachtrag zum Planungs- und Baugesetz (Lockerung von Übergangsbestimmungen hinsichtlich der Änderung von kommunalen Rahmennutzungsplänen auf der Basis des alten Baurechts) sGS 731.1
SJD	X. Nachtrag zum Kantonsratsbeschluss über die Zahl der Richter (Erhöhung der Bandbreite der Zahl der Richterinnen und Richter am Kreisgericht Wil) sGS 941.10
SJD	XIII. Nachtrag zum Polizeigesetz (Weiterentwicklung des Instrumentariums gegen häusliche Gewalt [Stalking-Artikel, Bedrohungsmanagement, Datenfluss zu Opfer- und Bewährungshilfe], Erweiterung der erkennungsdienstlichen Behandlung, Verbot extremistischer Veranstaltungen, Präzisierung datenschutzrechtlicher Bestimmungen) sGS 451.1
GD	Hundegesetz (Revision des bestehenden Gesetzes) sGS 456.1
GD	II. Nachtrag zum Gesetz über das Zentrum für Labormedizin (Übertragung der Immobilien an das ZLM, Anpassung des Finanzierungsmodells des ZLM) sGS 320.22
GD	VIII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung (Anpassung an neue Vorgaben des Bundesrechts, Umsetzung der Motion 42.18.23 «Prämienverbilligung verbessern – Mittelstand entlasten») sGS 331.11

² Teilvollzug 1. Januar 2020 und 1. September 2020

³ Teilvollzug 19. Mai 2019 und 1. Januar 2020

⁴ Teilvollzug 1. Januar 2020 und 1. Januar 2021

⁵ Teilvollzug 1. Januar 2020 und 1. Januar 2021

Im Januar 2021 wurden folgende zehn Gesetze in Vollzug gesetzt:

Federführung	Gesetzesvorhaben
DI	Gesetz über Beiträge für familien- und schulergänzende Kinderbetreuung (Verwendung der Steuermehreinnahmen aufgrund erhöhter Kinder- und Ausbildungszulagen für die Förderung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung) sGS 221.1
DI	III. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung (Abrechnung Pflegeleistungen für Menschen mit Behinderung nach dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung) sGS 331.2
DI	IV. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung (Durchführungskosten Pflegefinanzierung) sGS 331.2
DI	V. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung (Übernahme der Pflegekosten, welche die Höchstansätze übersteigen [Präzisierung aufgrund Bundesgerichts Urteil 9C-446/2017]) sGS 331.2 ⁶
DI	IX. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz (Vergütung Mehrkosten für betreutes Wohnen über die Ergänzungsleistungen) sGS 351.5
DI	IV. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz / Wirksamkeitsbericht 2020 (Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz, vor allem den Vollzug betreffend bzw. Vereinfachungen) sGS 813.1
BLD	XXIII. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Mitfinanzierung der Lehrmittel) sGS 213.1
FD	XIV. Nachtrag zum Steuergesetz (Verschiedene Anpassungen im Steuergesetz, unter anderem Umsetzung der Motion 42.15.10 «Anpassung Pauschalabzug Krankenkassenprämien») sGS 811.1 ⁷
FD	XVI. Nachtrag zum Steuergesetz (Grundstückgewinnsteuer: Anpassung der Anlagekosten in besonderen Fällen) sGS 811.1 ⁸
FD	XVII. Nachtrag zum Steuergesetz (Verschiedene rechtliche Anpassungen, unter anderem aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben) sGS 811.1 ⁹
SJD	Revision des Gesetzes über den Feuerschutz (Klare Rechtsgrundlagen im Brandschutz, Aufhebung der ständigen Windwache, Anpassungen an Entwicklungen im Bereich des Feuerwesens) sGS 871.1
GD	IX. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung (Überwälzung der Verlustsicherforderungen auf die Gemeinden) sGS 331.11
GD	X. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung (Anpassung an neue Vorgaben des Bundesrechts [Reform der Ergänzungsleistungen]) sGS 331.11

⁶ Teilvollzug 1. Januar 2021 und 1. April 2021

⁷ Teilvollzug 1. Januar 2019, 1. August 2019 und 1. Januar 2021

⁸ Teilvollzug 1. Januar 2020 und 1. Januar 2021

⁹ Teilvollzug 1. Januar 2020 und 1. Januar 2021

Folgende zwei Erlasse sind rechtsgültig, werden aber noch nicht angewendet:

Federführung	Gesetzesvorhaben/Beschlüsse
BD	VI. Nachtrag zum Energiegesetz (Überführung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich [MuKE 2014] ins kantonale Recht) sGS 741.1
SJD	Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbeschlusses über den Beitritt des Kantons St. Gallen zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen und IX. Nachtrag zum Polizeigesetz (Harmonisierung Voraussetzungen zur Erteilung von Betriebsbewilligungen an private Sicherheitsunternehmen)

Projektportfolio

Im Projektportfolio der Regierung werden die im Jahr 2020 laufenden oder fertiggestellten Projekte aufgeführt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass alle Projekte im Blickfeld bleiben. Ersichtlich sind die Dauer und die in den einzelnen Projekten federführenden und mitwirkenden Departemente. Die Übersicht liefert zudem Anhaltspunkte zum Umfang eines Projekts, indem die veranschlagten Ressourcen in Personentagen angegeben sind. Durch ein Ampelprinzip wird die Zielerreichung bezüglich Termine, Kosten und Qualität signalisiert.

Departemente/Projekte	Start	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Mitwirkend
Staatskanzlei													
Umsetzung GEVER-Strategie 2015–2024	2017								gross	●	●	●	alle Dep.
Ablösung des Ratsinformationssystems (RIS)	2017								mittel	●	●	●	alle Dep.
Einführung eines Vorlagenmanagement-Systems	2017								mittel	●	●	●	alle Dep.
Weiterentwicklung Materialzentrale	2019								mittel	●	●	●	–
Volkswirtschaftsdepartement													
Umsetzung Biodiversitätsstrategie	2018								mittel	●	●	●	BD
Geldspielgesetzgebung	2018								mittel	●	●	●	GD, Stadt St. Gallen, VSGP
Postulat 43.17.06 «Perspektiven der St. Galler Landwirtschaft»: Erarbeitung des Berichts	2018								mittel	●	●	●	BLD, BD, GD, VSGP, Externe
Bericht «öV-Entwicklung Kanton St. Gallen 2025–2040»	2019								mittel	●	●	●	FD, BD
Departement des Innern													
Rechnungsmodell der St. Galler Gemeinden	2013								gross	●	●	●	Gemeinden
Zusammenschluss, Errichtung und Führung einer gemeinsamen Kantons- und Stadtbibliothek	2016								gross	●	●	●	BLD, BD, Stadtpräsident, Stadtrat Schule & Sport
Regioverbund St. Gallen	2017								gross	●	●	●	BLD, Kantonale Bibliothekskommission
Gestaltungsprinzipien der Alterspolitik im Kanton St. Gallen – Zukunft Alter(n) im Kanton St. Gallen gestalten	2019								gross	●	●	●	GD, VSGP
Controlling kantonale Ausgaben zu AHV und IV									gross	●	●	●	VD, FD, GD, SVA, VSGP
Bildungsdepartement													
Neustrukturierung und Neuorganisation der Fachhochschulen im Kanton St. Gallen	2015								gross	●	●	●	FD, BD, Mitträgerkantone TG, AR, AI, SZ, GL, GR, FL, SH
Joint Medical Master St. Gallen	2016								gross	●	●	●	FD, GD, HSG, KSSG
Revision Gesetz über die Universität St. Gallen	2019								gross	●	●	●	–
IT-Bildungsoffensive: Schwerpunkt Vernetzung von Bildung und Wirtschaft	2019								klein	●	●	●	Verein IT St. Gallen
IT-Bildungsoffensive: Schwerpunkt Universität	2019								gross	●	●	●	HSG
IT-Bildungsoffensive: Kompetenzzentrum Digitalisierung & Bildung	2019							2027	gross	●	●	●	PHSG
IT-Bildungsoffensive: Schwerpunkt Berufsbildung								2027	gross	●	●	●	BZUW, GBS, PHSG, Vertretungen Wirtschaft
IT-Bildungsoffensive: Smartfield – Erfahrungsraum für Kreativität, Technologie und Zukunftskompetenzen									gross	●	●	●	PHSG, GBS, HSG, OST, Verein Startfeld
IT-Bildungsoffensive: Kompetenzzentrum Angewandte Digitalisierung									gross	●	●	●	OST
Strategische Investitionsplanung für die Sekundarstufe II									gross	●	●	●	FD
Machbarkeitsstudie «Sportvision Ost»									gross	●	●	●	VD, FD, VNS, VCO, Stadt St. Gallen, IG St. Galler Sportverbände, SOA

■ (geplante) Projektdauer
 ■ Projektverlängerung
 ■ Projekt vorzeitig beendet

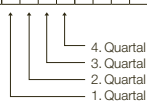
↑ 4. Quartal
 ↑ 3. Quartal
 ↑ 2. Quartal
 ↑ 1. Quartal

Definition Ressourcen
 Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1–24 PT
 mittel: 25–100 PT
 gross: >100 PT

● auf Kurs
 ● zusätzliche Anstrengung nötig
 ● Ziel verfehlt

Departemente/Projekte	Start	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	Ress.	Termin	Kosten	Qualität	Mitwirkend
Finanzdepartement													
eDossier (elektronische Personalakte)	2016								gross	●	●	●	BLD, BD, SJD
Umsetzung der IT-Strategie 2016+	2017								gross	●	●	●	–
Umsetzungsagenda Finanzperspektiven	2017								gross	●	●	●	–
Vorprojekt «New Work»	2018								mittel	●	●	●	BD
IKS und Code of Conduct für die Staatsverwaltung	2019								klein	●	●	●	–
Organisation der Berufsbildung in der Staatsverwaltung	2019								klein	●	●	●	–
Realisierung und Einführung «Printing»	2019								gross	●	●	●	–
Umsetzung IT-Strategie 2016+: Anpassung IT-Organisation	2019								gross	●	●	●	SK, alle Dep.
Vorprojekt «Digitalisierung im öffentlichen Bereich Kanton St. Gallen: Strategische Analyse und Handlungsempfehlungen»	2019								mittel	●	●	●	DI, SJD, GD
HR-Strategie									klein	●	●	●	SK, alle Dep.
Baudepartement													
Durchgangsplätze für Fahrende (DGP)	2004								mittel	●	●	●	Standortgemeinden
Einführung Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)	2015								gross	●	●	●	SK, alle Dep., Gemeinden, swisstopo
VI. Nachtrag zum Energiegesetz	2017								gross	●	●	●	–
Abfallplanung Kanton St. Gallen	2017								gross	●	●	●	–
Gesamtüberarbeitung Richtplan, Teil Verkehr	2017								gross	●	●	●	–
Geodateninfrastruktur Kanton St. Gallen und St. Galler Gemeinden (GDI-SG)	2018								gross	●	●	●	VD, DI, FD, VSGP, IG GIS AG
Initialisierung Umsetzung Revitalisierungsplanung	2018								gross	●	●	●	–
Aufweitung Alpenrhein «Maiefeld/Bad Ragaz»	2018								gross	●	●	●	–
Elektromobilität im Kanton St. Gallen	2018								mittel	●	●	●	–
Energiekonzept Kanton SG 2021–2030	2019								mittel	●	●	●	–
Stromeinkauf am liberalisierten Strommarkt	2019								klein	●	●	●	–
Windenergie – Ermittlung von Prüfgebieten	2019								mittel	●	●	●	–
Strategie zur Anpassung an den Klimawandel im Kanton St. Gallen	2019								gross	●	●	●	VD, FD, SJD, GD
Arealstrategien der Psychiatrie St. Gallen Nord und der Psychiatrie-Dienste Süd: Beurteilung unter dem Aspekt der baulichen Entwicklungsmöglichkeiten an den Standorten Wil und Pfäfers	2019								gross	●	●	●	BLD, FD, KPD-N, KPD-S
Langfristige Sicherstellung der Wasserressourcen im Kanton St. Gallen									mittel	●	●	●	–
Kantonale Landschaftskonzeption St. Gallen/Phase I: Fachliche Grundlage Landschaft									gross	●	●	●	VD, DI
Strassenfinanzierung im Kanton St. Gallen									gross	●	●	●	VD, FD, SJD
Sicherheits- und Justizdepartement													
Häusliche Gewalt – und die Kinder mittendrin!	2017								gross	●	●	●	DI, BLD, GD, KESB, VSGP, Gerichte
JURIS 5	2017								gross	●	●	●	DI, Gerichte
Erarbeitung einer St. Galler Strategie zum Schutz vor Cyber-Risiken	2019								mittel	●	●	●	–
Notruf- und Einsatzleitzentrale der Kantons- und Stadtpolizei St. Gallen (Projekt «NEZ-Technik und Organisation»)	2019								gross	●	●	●	DI, FD, BD, GD, Direktion Sicherheit und Soziales der Stadt St. Gallen, Kapo AR/AI
Gesundheitsdepartement													
Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde: Leistungs- und Strukturenweiterung	2018								gross	●	●	●	–

(geplante) Projektdauer
 Projektverlängerung
 Projekt vorzeitig beendet



Definition Ressourcen
 Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1–24 PT
 mittel: 25–100 PT
 gross: >100 PT

● auf Kurs
 ● zusätzliche Anstrengung nötig
 ● Ziel verfehlt

AI Appenzell Innerrhoden
 AR Appenzell Auser Rhoden
 BD Baudepartement
 BLD Bildungsdepartement
 BZWU Berufs- und Weiterbildungszentrum Wil-Uzwil
 Dep. Departemente
 DI Departement des Innern
 FD Finanzdepartement
 FL Fürstentum Liechtenstein

GBS Gewerbliches Berufs- und Weiterbildungszentrum St. Gallen
 GD Gesundheitsdepartement
 GL Glarus
 GR Graubünden
 HSG Universität St. Gallen
 IG GIS AG Interessengemeinschaft Geografisches Informationssystem
 Kapo Kantonspolizei
 KESB Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

KPD-N Psychiatrie St. Gallen Nord
 KPD-S St. Gallische Psychiatrie-Dienste Süd
 KSSG Kantonsspital St. Gallen
 OST Ostschweizer Fachhochschule
 PHSG Pädagogische Hochschule St. Gallen
 Ress. Ressourcen
 SH Schaffhausen
 SJD Sicherheits- und Justizdepartement
 SK Staatskanzlei
 SOA Swiss Olympic Association

SVA Sozialversicherungsanstalt St. Gallen
 SZ Schwyz
 TG Thurgau
 VCO Verein Campus Ostschweiz
 VD Volkswirtschaftsdepartement
 VNS Verein NetzwerkSport
 VSGP Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten

Projektportfolio Hochbauprojekte

Im Projektportfolio Hochbauprojekte werden die Projekte aus dem Hochbautenprogramm gesondert dargestellt. Die Hochbauprojekte haben normalerweise einen längeren Zeithorizont und durchlaufen gemäss dem Immobilienmanagement verschiedene Projektphasen, in denen sich aufgrund eines detaillierteren Bearbeitungsstands auch die Grundlagen immer wieder ändern. Jede Änderung des Projektstatus wird durch einen Regierungsbeschluss bestätigt.

Departemente/Projekte	Start	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Projektphase ¹	Mitwirkend
Baudepartement														
H060, Kantonale Psychiatrische Klinik Pfäfers: Sanierung Klostergebäude	2008								gross	●	●	●	Bau	GD, KPD-S
H056, Erweiterung Kantonsschule Sargans	2008								gross	●	●	●	Botschaft	BLD, FD
H113, Theater St. Gallen: Umbau und Sanierung	2012								gross	●	●	●	Bau	DI
H159, Universität St. Gallen: Instandsetzung Bibliotheksgebäude	2012								gross	●	●	●	Bau	BLD
H083, Universität St. Gallen: Neubau Standort Platztor	2012							2027	gross	●	●	●	Bau	BLD
H093, GBS St. Gallen: Gesamterneuerung Standort Demutstrasse	2012							2030	gross	●	●	●	Bau	BLD
H062, Regionalgefängnis Altstätten: Erweiterung	2013								gross	●	●	●	Bau	FD, SJD
H133, Strafanstalt Saxerriet: Neubau Unterhaltszentrum	2014								gross	●	●	●	Bau	SJD
H072, Campus Wattwil – Ersatzneubau Kantonsschule Wattwil	2015								gross	●	●	●	Bau	BLD
H079, Erweiterung Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg	2015							2028	gross	●	●	●	Bau	BLD
H155, PSGN Wil: Errichtung Forensikstation	2016								gross	●	●	●	Bau	SJD, GD
H071, Klanghaus Toggenburg, Neubau	2016								gross	●	●	●	Bau	DI
H136, Standortüberprüfung kantonale Verwaltungenstellen Gemeinde Uznach	2017								gross	●	●	●	Projektdefinition	SJD, Gerichte
H123, Neubau Sicherheits- und Verwaltungszentrum St. Gallen (SVZ)	2017								gross	●	●	●	Projektdefinition	SJD
H162, Strafanstalt Saxerriet: Wärmeverbund und energetische Instandsetzung Werkstattgebäude	2017								gross	●	●	●	Bau	SJD
H160, PSGN Wil: Erneuerung Unterstationen und Werkleitungen auf dem Areal Psychiatrische Klinik Wil	2017								gross	●	●	●	Bau	GD
H158, BZB Buchs: Instandsetzung Gebäudehülle und Aussensport	2018								gross	●	●	●	Bau	BLD
H085, Kantons- und Stadtbibliothek St. Gallen, Neubau (Ersatz)	2018								gross	●	●	●	Botschaft	DI, FD
H089, Neues Staatsarchiv, Standort Waldau	2019								gross	●	●	●	Botschaft	DI
H186, Zentralisierung der Sicherheitspolizei inkl. Interventionseinheit in der Stadt St. Gallen	2019								gross	●	●	●	Projektdefinition	SJD
H190, Erstellung von Fotovoltaikanlagen auf kantonalen Hochbauten									gross	●	●	●	Bau	–

(geplante) Projektdauer
 Projektverlängerung
 Projekt vorzeitig beendet
 Änderung Projektstatus
 Kantonsratsbeschluss
 Volksabstimmung

4. Quartal
 3. Quartal
 2. Quartal
 1. Quartal

Definition Ressourcen
 Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1–24 PT
 mittel: 25–100 PT
 gross: >100 PT

● auf Kurs
 ● zusätzliche Anstrengung nötig
 ● Ziel verfehlt

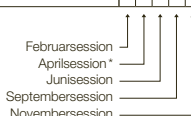
BLD Bildungsdepartement
 DI Departement des Innern
 FD Finanzdepartement
 GD Gesundheitsdepartement
 KPD-S St. Gallische Psychiatrie-Dienste Süd
 SJD Sicherheits- und Justizdepartement
 VD Volkswirtschaftsdepartement

¹ Die Phase «Bau» umfasst die Prozessschritte Beschaffung/Wettbewerb, Projektierung, Realisierung und Inbetriebnahme; vgl. Immobilienverordnung (sGS 733.1; abgekürzt ImmoV).

Gesetzesvorhaben

Die Übersicht über die Gesetzesvorhaben weist jene Gesetze und Kantonsratsbeschlüsse zur Genehmigung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen aus, die von den Departementen sowie der Staatskanzlei im Berichtsjahr bearbeitet wurden oder seit dem Jahr 2020 angewendet werden. Ersichtlich sind der Beratungszeitpunkt der Gesetze durch den Kantonsrat, der (voraussichtliche) Vollzugsbeginn, der Termin einer allfälligen Volksabstimmung sowie die in der Bearbeitung der Gesetzesvorhaben federführenden und mitwirkenden Departemente.

Departemente/Gesetzesvorhaben	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Mitwirkend
Staatskanzlei							
Einführung von E-Collecting im Kanton St. Gallen (Motion 42.18.14)			offen				–
Revision Gesetz über Referendum und Initiative (Motion 42.18.10 Verbindlichere Fristen bei Referenden und Initiativen)			offen				–
XIV. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Motion 42.18.07 Einbezug des Kantonsrates beim Verordnungsrecht)							–
XV. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Motion 42.18.21 Klare Vorgaben bei der Einmischung der Regierung in Abstimmungskämpfe)							–
XVI. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Motion 42.19.02 Keine Doppelpmandate auf kantonaler und eidgenössischer Ebene)							–
Präzisierung der Vorgaben zu Form und Inhalt der erläuternden Berichte für Volksabstimmungen (Auftrag aus dem Bericht 81.19.01 «Tätigkeit des Parlamentes 2014 bis 2018»)			offen				–
Volkswirtschaftsdepartement							
Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über Geldspiele							GD
Nachtrag zum Einführungsgesetz zur eidgenössischen Waldgesetzgebung (Motion 42.18.24 Massnahmen zur zielgerichteten und nachhaltigen Entwicklung des St. Galler Waldes)			offen				–
Gesetzesinitiative «Stopp dem Tierleid – gegen Zäune als Todesfallen für Wildtiere»							–
IV. Nachtrag zum Jagdgesetz (Gegenvorschlag zur Gesetzesinitiative «Stopp dem Tierleid – gegen Zäune als Todesfallen für Wildtiere»)							–
V. Nachtrag zum Jagdgesetz			offen				–
VI. Nachtrag zum Jagdgesetz			offen				–
Revision Tourismusgesetz			offen				–
Revision Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung			offen				–
Revision Gesetz betreffend das kantonale Einigungsamt			offen				–
Departement des Innern							
V. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz							VSGP
Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen							–
V. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung							–
Gesetz über Beiträge für familien- und schulergänzende Kinderbetreuung							–
III. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung							–
IV. Nachtrag zum Gesetz über die Pflegefinanzierung							–
Gesetzesvorlage zum betreuten Wohnen (IX. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz)							–
IV. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz/Wirksamkeitsbericht 2020							FD, VSGP
II. Nachtrag zum Gemeindegesetz							–
III. Nachtrag zum Gesetz über Inkassohilfe und Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge							–
Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland							–



- Beratung im Kantonsrat
- ▶ in Vollzug
- ▶▶ geplanter Vollzug
- ★ Volksabstimmung

* Die Aprilsession 2020 wurde abgesagt. Die Spalte bezieht sich für das Jahr 2020 auf die Aufräumsession, die im Mai stattfand.

Departemente/Gesetzesvorhaben	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Mitwirkend
Bildungsdepartement							
Gesamtrevision Gesetz über die Universität St. Gallen							SK, FD, HSG
XXI. Nachtrag zum Volksschulgesetz							SK, FD
V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung							SK, VD, FD
Beitritt zur Vereinbarung über die Ost – Ostschweizer Fachhochschule							SK, FD, BD, Mitträgerkantone TG, AR, AI, SZ, GL, SH sowie FL
XXIV. Nachtrag zum Volksschulgesetz							–
Motion 42.18.09 Bezahlte Stillzeit							FD
XIII. Nachtrag zum Mittelschulgesetz (Präsenzverpflichtung beim Mittelschulbesuch)							–
IX. Nachtrag zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (Errichtung der Ost – Ostschweizer Fachhochschule)							SK, Verwaltungsgericht
XIII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Errichtung der Ost – Ostschweizer Fachhochschule)							SK, FD, BD
Motion 42.19.37 Flächendeckende Betreuungsangebote für Kinder im Volksschulalter							–
XXII. Nachtrag zum Volksschulgesetz							–
XXIII. Nachtrag zum Volksschulgesetz							–
Beitritt zur Interkantonalen Universitätsvereinbarung aus dem Jahr 2019							–
Motion 42.20.20 Keine strategischen Standortentscheide für Berufsfachschulen ohne die notwendigen Grundlagen							–
Finanzdepartement							
XIV. Nachtrag zum Steuergesetz							–
XV. Nachtrag zum Steuergesetz							–
XVI. Nachtrag zum Steuergesetz							–
XVII. Nachtrag zum Steuergesetz							–
XVIII. Nachtrag zum Steuergesetz							–
Gesetz über die Gewährung von ergänzenden Krediten und Solidarbürgschaften infolge des Coronavirus							VD
Gesetz über die wirtschaftliche Unterstützung von Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie							VD
Baudepartement							
Nachtrag zum Planungs- und Baugesetz							SK, VSGP
VI. Nachtrag zum Energiegesetz							SK, VD, FD
Nachtrag zum Wasserbaugesetz							SK, VD, FD, GVA
Motion 42.18.18 Änderung der Strassenfinanzierung							SJD
Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen							–
II. Nachtrag zum Planungs- und Baugesetz							–

Februarsession
 Aprilsession*
 Junisession
 Septembersession
 Novembersession

■ Beratung im Kantonsrat
 ■ in Vollzug
 ■ geplanter Vollzug
 ★ Volksabstimmung

*Die Aprilsession 2020 wurde abgesagt.
 Die Spalte bezieht sich für das Jahr 2020 auf die Aufräumsession, die im Mai stattfand.

Departemente/Gesetzesvorhaben	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Mitwirkend
Sicherheits- und Justizdepartement							
Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben (Motion 42.18.17 Vergünstigungen von emissionsarmen Fahrzeugen)				offen			BD
XIII. Nachtrag zum Polizeigesetz							DI, BLD
Revision des Gesetzes über den Feuerschutz							GVA
Motion 42.19.09 Steuererleichterung nur für leichte Fahrzeuge mit klimafreundlichen Antriebssystemen				offen			BD
Motion 42.19.05 Fahrzeuge nach Ökobilanz besteuern				offen			BD
Motion 42.19.19 Zuständigkeit für Begnadigungen				offen			–
X. Nachtrag zum Kantonsratsbeschluss über die Zahl der Richter							Kantonsgericht
Motion 42.19.41 Anwendung des Öffentlichkeitsgesetzes klären				offen			–
Motion 42.20.13 Beteiligung an den Kosten des Polizeieinsatzes für Veranstalter von nicht bewilligten Demonstrationen				offen			–
XIV. Nachtrag zum Polizeigesetz				offen			–
Gesetz über die Videoüberwachung im öffentlichen Raum				offen			–
Gesundheitsdepartement							
Hundegesetz/Revision							–
II. Nachtrag zum Gesetz über das Zentrum für Labormedizin							–
VIII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung							–
IX. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung							–
X. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung							–

Februarssession
 Aprilsession *
 Junisession
 Septembersession
 Novembersession

■ Beratung im Kantonsrat
▶ in Vollzug
▶ geplanter Vollzug
★ Volksabstimmung

* Die Aprilsession 2020 wurde abgesagt.
 Die Spalte bezieht sich für das Jahr 2020 auf
 die Aufräumsession, die im Mai stattfand.

AI	Appenzell Innerrhoden	FL	Fürstentum Liechtenstein	KESB	Kindes- und Erwachsenenschutz-	TG	Thurgau
AR	Appenzell Auserrhoden	GD	Gesundheitsdepartement		behörde	VD	Volkswirtschaftsdepartement
BD	Baudepartement	GL	Glarus	SH	Schaffhausen	VSGP	Vereinigung St. Galler Gemeindepräsi-
BLD	Bildungsdepartement	GVA	Gebäudeversicherung des Kantons St. Gallen	SJD	Sicherheits- und Justizdepartement		dentinnen und Gemeindepräsidenten
DI	Departement des Innern	HSG	Universität St. Gallen	SK	Staatskanzlei		
FD	Finanzdepartement	KSSG	Kantonsspital St. Gallen	SZ	Schwyz		

Antrag

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, vom Geschäftsbericht der Regierung über das Jahr 2020 Kenntnis zu nehmen.

St. Gallen, 16. März 2021

Im Namen der Regierung

Bruno Damann
Präsident

Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär